

I. Die Zeit ist reif für einen Neuanfang in Hessen (Präambel)

II. Die Zeit ist reif für einen neuen Fortschritt

1. Unser Leitbild für erfolgreiches Wirtschaften
Neues Wirtschaften in der Zeitenwende
2. Ökonomischer Umgang mit Ressourcen
Bereit für die industriellen Massenmärkte des 21. Jahrhunderts
Neue Energie für ein atomstromfreies Hessen
Ein Aktionsprogramm für Hessen
3. Zukunftsfähiges Wirtschaften finanzieren
4. Neubelebung der kommunalen Daseinsvorsorge und
Verbesserung der Infrastruktur
Leitlinien moderner Daseinsvorsorge und Infrastrukturentwicklung
Ein gutes Verkehrssystem für alle
Umweltverträgliche Verkehrssysteme
Der Verkehr im Wandel
5. Arbeit schaffen durch anderes Wirtschaften
Privatwirtschaft unterstützen
Impulse durch öffentliche Nachfrage
Kommunale Beschäftigungspolitik
Wettbewerb und Transparenz beim Umsteuern

III. Die Zeit ist reif für neue Chancengleichheit

1. Chancengleichheit im Haus der Bildung
Unser Maßstab sind die Kinder
Das Grundkonzept
Gute Bildung von Anfang an
Länger gemeinsames Lernen
Kein Jugendlicher ohne Abschluss
Besseres Lernen in Ganztagschulen
Verantwortung in Selbstständigkeit
Neue Lehrerbildung
Berufliche Bildung weiterentwickeln
Lebensbegleitendes Lernen – Weiterbildung stärken
2. Hessische Hochschulen – Chancengleichheit und Innovation
Der Bildungsauftrag unserer Hochschulen
Hochschulprofile entwickeln
Universitäre Forschung weiterentwickeln
Technologie- und Wissenstransfer organisieren
Wissenschaft ist international
Hochschulentwicklung als System der Verantwortung
3. Kinder- und Jugendpolitik für Bildung und Chancengleichheit
Mit Chancen in den Beruf starten

IV. Die Zeit ist reif für mehr Gleichstellung

Für einen neuen frauenpolitischen Fortschritt
Geschlechtergleichheit für alle bei uns lebenden Kulturen
Frauenförderung bleibt unsere Aufgabe

V. Die Zeit ist reif für eine Stärkung der Familie

Familie ist: Zusammenleben
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Pflege Älterer und Menschen mit Behinderung
Beratung und Unterstützung
Mütter und Väter
Pflege und Unterstützung

- VI. Die Zeit ist reif für ein aktives Alter**
Aktiv im Alter
Selbstbestimmtes Alter
- VII. Die Zeit ist reif für mehr soziale Sicherheit**
Ein neues soziales Netz
Menschen mit Behinderung – Mit gleichen Chancen leben
Gesundheit für alle
Auf dem letzten Weg begleiten
- VIII. Die Zeit ist reif für Freiheit und Sicherheit**
Für eine moderne Justizpolitik
Besserer Datenschutz
Schutz der Bürger
Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz
- IX. Die Zeit ist reif für eine bessere Integration**
- X. Die Zeit ist reif für starke hessische Regionen**
Region Rhein-Main
Region Nordhessen
Region Mittelhessen
Region Starkenburg
- XI. Die Zeit ist reif für die Stärkung des ländlichen Raums**
Dörfer mit Infrastruktur
Wälder erhalten und nutzen
Landwirtschaft auf neuen Wegen
Urlaub auf dem Land
Die Natur wird wieder geschützt
- XII. Die Zeit ist reif für eine aktive Gesellschaft**
Für starke Kommunen in Hessen
Mehr Mitbestimmung
Bürgernahe Verwaltung
Das Land als Arbeitgeber
Kultur und Medien
Für öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Kultur für alle
Zukunftsorientierte Sportpolitik
Bürgerschaftliches Engagement
- XIII. Die Zeit ist reif für ein weltoffenes Hessen**
Hessen als Partner in Europa
Hessen europafähig machen
Hessen vertritt seine Bürger in Europa

I. Die Zeit ist reif für einen Neuanfang in Hessen

Zeit für klare Wertmaßstäbe

Politik, die das Leben der Menschen erfolgreich verbessern will, braucht klare Wertmaßstäbe, an denen sie sich orientiert und nach denen sie ihre politischen Prioritäten setzt.

Wir wollen unsere politischen Entscheidungen daran messen lassen, ob sie

- die Entfaltung der Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen fördern,
- jedem die gleichen Chancen in Bildung, Beruf und Leben sichern,
- der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit dienen,
- die Möglichkeiten verbessern, Erwerbsarbeit für alle, die das wollen, anzubieten,
- die Freiheit vergrößern, das eigene Leben selbst zu bestimmen und über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit zu entscheiden,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau voranbringen,
- durch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Entwicklung auch zukünftigen Generationen Entscheidungsfreiheit lassen,
- den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen fördern.

Dieser Politik ist die hessische SPD verpflichtet. Sie stellt damit die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen.

Zeit für soziale Gerechtigkeit

Wir setzen uns ein für soziale Gerechtigkeit. Wir wollen, dass alle Menschen in Hessen am materiellen, aber auch am immateriellen Wohlstand beteiligt werden. Diesem Ziel sind alle Politikbereiche verpflichtet. Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein grundlegender Maßstab für unsere Gesellschaft. Dafür, dass sie erreicht wird, tragen alle Verantwortung, Einzelpersonen ebenso wie Organisationen und Unternehmen. Daran werden wir sie erinnern. Politik muss dabei darauf achten, dass sie Ungleichheiten bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen begrenzt und Armut beseitigt, dass sie die Schwachen schützt und die Absicherung der großen Lebensrisiken auf alle Schultern verteilt.

Zeit für Chancengleichheit

Ob es um Bildung, Lehrstellen oder Arbeitsplätze geht – Untersuchungen zeigen immer wieder, wie ungleich die Chancen je nach Wohnort oder Lebensbedingungen verteilt sind. Wir wissen: Chancengleichheit kommt nicht von alleine; man muss immer neue Anstrengungen unternehmen, um sie herzustellen. Wir wollen, dass jede und jeder in Hessen die gleichen Chancen hat, Arbeit, gute Bildung und Ausbildung, aber auch Zugang zu Informationen und zu kulturellen Angeboten zu erhalten.

Zeit für Geschlechtergerechtigkeit

Wir wollen die traditionellen Rollen von Mann und Frau sowie die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern überwinden. Die Möglichkeit zu einer eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit und die geschlechtergerechte Teilhabe an der bezahlten, der unbezahlten und der Arbeit im bürgerschaftlichen Engagement sind dazu notwendig. Wir wollen die Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt herstellen. Die geschlechtsbezogene Spaltung auf dem Arbeitsmarkt in Branchen, Berufe, Arbeitsverhältnisse und Positionen in den Unternehmen und Verwaltungen muss abgebaut werden.

Zeit für neuen Zusammenhalt

Wir wollen nicht, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation ausgegrenzt werden. Wer lange arbeitslos war, der braucht Unterstützung auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit. Schülerinnen und Schüler, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen, dürfen nicht nach Hause geschickt werden. Sie müssen Hilfe bekommen, damit sie die Sprache lernen

können. Wer Hilfe benötigt, muss sie auch erhalten. Wir wollen eine kulturell vielfältige Gesellschaft und die Integration der zu uns kommenden Menschen anderer nationaler Herkunft. Die Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir nur miteinander bewältigen können.

Zeit für den Weg in eine bessere Zukunft

Zu unserer politischen Verantwortung gehört, dass der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung getragen und der Gefährdung natürlicher Lebenszusammenhänge Einhalt geboten wird. Aus diesem Grund wollen wir eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, um auch künftigen Generationen gesunde Lebensbedingungen zu bieten. Unser Ziel ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die den derzeitigen Bedarf der Menschen befriedigt, ohne die Ressourcen zu vernichten, auf die künftige Generationen angewiesen sind. Dies ist der Maßstab für alle Politikbereiche. Wir investieren in die Zukunft, wie bei den regenerativen Energien, nicht in die Vergangenheit, wie bei der Atomenergie.

Zeit für Politik aus einem Guss

Unsere Politik ist nicht in viele kleine Bereiche zersplittert. Sie ist aus einem Guss. So gehören bei uns zum Beispiel Arbeit, Wirtschaft und ökologische Modernisierung zum Schutz von Menschen, Klima und Umwelt ebenso zusammen wie Familie, Bildung, Betreuung und Gleichberechtigung. Dies gilt für zahlreiche andere Bereiche; sie beziehen sich aufeinander und ergänzen sich. Mit Programmen für die Städte und für den ländlichen Raum werden die Vorschläge für ganze Lebensbereiche zusammengefasst. Für die SPD stehen nicht abstrakte Konzepte, sondern der Mensch im Mittelpunkt der Politik.

Zeit für mehr Demokratie

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin, jeder Bürger das Recht hat mitzureden, wenn es darum geht, wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. Selbst ernannte Experten, die den Menschen vorschreiben, was gut für sie ist, helfen nicht weiter. Deshalb muss bei der Gestaltung von Politik die Beteiligung der Betroffenen mitgeplant werden. Ob über das Profil einer Schule entschieden wird oder über ein Naturschutzgebiet – wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger mitreden können. Wir wollen mehr Demokratie wagen.

II. Die Zeit ist reif für einen neuen Fortschritt

Wir wollen den Fortschritt wieder nach Hessen holen. Mit gut ausgebildeten Menschen, die Mut haben zu neuen Lösungen, haben wir die Chance, neue innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. So können wir besser Arbeitsplätze absichern und wieder mehr Menschen in Arbeit bringen als mit einer Konkurrenz um niedrige Kosten und Löhne, die langfristig viele Beschäftigte um Arbeit und Einkommen bringt.

Gesellschaftlich verantwortlich und wirtschaftlich vernünftig ist es, sich dabei auf Entwicklungen zu konzentrieren, die zu einer deutlichen Reduzierung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen führen. Wer dort an der Spitze ist, wird auch in Zukunft Arbeit haben. Gleichzeitig gehen wir damit das Problem von Klimawandel und Rohstoffknappheit an.

In Hessen können wir auf viele Unternehmen bauen, die sich schon auf den Weg gemacht haben, zukunftsfähige Produkte zu gestalten. Wir wollen sie dabei unterstützen, schneller voranzukommen.

Hessen war schon einmal besser

Hessen war jahrzehntelang einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte Europas, mit seiner hochleistungsfähigen mittelständischen Wirtschaft, den industriellen Kernen der Fahrzeug- und Chemieindustrie, einer führenden Position in der computergestützten Informations- und Kommunikationswirtschaft, modernen wirtschaftlichen Anwendungen von Optik und neuen Materialien, der herausragenden Rolle Frankfurts als Zentrum nationaler und internationaler Finanzdienstleistungen und der weltweiten Profilierung des Frankfurter Flughafens. Dazu zählt auch die Hochschullandschaft Nord- und Mittelhessens.

Dies alles gründete auf einer sozialdemokratischen Landespolitik mit kommunalpolitischer Verankerung, die mit dem Konzept der Daseinsvorsorge die Grundlagen dafür legte, Bildungsangebote bereitstellte und pflegte sowie die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur garantierte. Der „Große Hessenplan“ von Ministerpräsident Georg-August Zinn in den 1960er-Jahren, dessen Neuauflage durch Holger Börner in den 1980er-Jahren und die erfolgreiche Umsetzung des Programms „Arbeit und Umwelt“ durch die rot-grüne Landesregierung in den 1990er-Jahren waren Meilensteine dieser Entwicklung. Heute machen wir uns auf den Weg, um mit unserem Projekt für einen neuen Fortschritt eine Verbesserung der Wirtschaftslage mit mehr Arbeitsplätzen und einer besseren Umwelt zu verbinden.

Verlorene Jahre für Arbeit, Wirtschaft und Umwelt

Nach knapp einem Jahrzehnt CDU-geführter Landespolitik ist bereits viel von dieser Substanz aufgezehrt. So ist das Rhein-Main-Gebiet unter CDU-Regierung in der europäischen Statistik der leistungsfähigen Regionen von Platz fünf auf Platz 16 abgestiegen. Indikatoren zeigen, die Innovationsfähigkeit nimmt ab. Die Wirtschaftspolitik ist überholten Leitbildern verhaftet. Namentlich fehlt es an politischen Impulsen für die Durchsetzung zeitgerechter Führungskulturen, die das Potenzial der personalen und kulturellen Vielfalt der Beschäftigten für Wirtschaft und Gesellschaft zur Entfaltung bringen. Betroffen sind die Älteren, die Frauen, Menschen mit Behinderungen und nach wie vor viele Arbeitskräfte ausländischer Abstammung. Hessen hat seine soziale Balance verloren. Die Arbeitslosigkeit hat überproportional zugenommen. Die amtierende Landesregierung setzt ideologisch auf wirtschaftliche Großinteressen und auf eine Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen. Bei der Börse hat die Landesregierung bis auf Weiteres die Chance verspielt, dass Frankfurt im Wertpapierhandel eine führende Rolle für Europa spielen kann.

Trotz der Welle von Privatisierungen ist die Verschuldung deutlich gestiegen. Die Landesregierung der CDU hat kein Konzept für die Zukunftssicherung der hessischen mittelständischen Wirtschaft, in der zwei Drittel der arbeitenden Menschen tätig sind und die durch den nationalen und internationalen Konzentrationsprozess vor großen Herausforderungen steht.

Die hessische CDU-Landesregierung will unbedingt an der Atomenergie festhalten und setzt ebenso unverändert auf fossile Großkraftwerke. Die breite Einführung erneuerbarer Energien will sie bis Mitte des 21. Jahrhunderts aufschieben. Sie verleugnet die technologisch und wirtschaftlich greifbaren hessischen Potenziale erneuerbarer Energien, um die Atomenergie als unverzichtbar erscheinen zu lassen.

So wurde Hessen in den Jahren der Regierung Koch zum bundesdeutschen Schlusslicht in der Markteinführung erneuerbarer Energien. Ein verlorenes Jahrzehnt für die Zukunftsfähigkeit der hessischen Wirtschaft. Frühere Ansätze zur Verknüpfung von Beschäftigungsförderung und Umweltverbesserung wurden nicht weiterverfolgt. Die erfolgreichen Solarprogramme wurden gestoppt. Die Energieagentur „hessenENERGIE“, die hessischen Gemeinden durch Windkraft neben erneuerbarer Energie auch Einnahmen verschaffte, wurde abgestoßen. Energieberatungsprogramme wurden eingeschränkt. Die einst bundesweite Vorreiterrolle in der Wärmedämmung von Wohngebäuden ist aufgegeben worden. Die herausragenden Leistungen hessischer Hochschulen, Forschungsinstitute und Unternehmen im Bereich neuer Energietechniken sind andernorts mehr gefragt als in ihrem Stammland.

Hessen bleibt heute hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die Potenziale unseres Landes müssen künftig wieder besser ausgeschöpft werden. Wir wollen mit neuen Ideen an alte Stärken anknüpfen und benennen als Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik für Wirtschaft, Arbeit und Umwelt:

- ökonomischer Umgang mit Ressourcen in einem zukunftsfähigen Hessen,

- Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie regionaler Potenziale,
- Neubelebung der kommunalen Daseinsvorsorge und Verbesserung der Infrastruktur,
- Arbeitsplätze schaffen durch anderes Wirtschaften.

1. Unser Leitbild für erfolgreiches Wirtschaften

Wirtschaft sind wir alle!

Wir setzen dieser einseitigen und zukunftsblinden Politik ein anderes, ein ganzheitliches Verständnis von Wirtschaft entgegen. In den Worten unserer Ministerpräsidenten-Kandidatin Andrea Ypsilanti: „Zur Wirtschaft gehören nicht nur Großunternehmen, Manager und Wirtschaftsverbände, sondern genauso die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die Handwerker und Landwirte und viele andere selbstständige Berufe. Dazu gehören Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Familien, Betriebsräte und Gewerkschaften, das Land und die Kommunen, die Bildungseinrichtungen und die öffentliche Infrastruktur, alles eingebettet in die natürliche Umwelt, aus der die Ressourcen kommen. Wirtschaft sind wir alle!“

Zu unserem Leitbild erfolgreichen Wirtschaftens gehören Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit durch ein hohes Niveau an technologischer Produktivität, humane Arbeitsplätze, öffentliche Daseinsvorsorge und allgemein zugängliche wirtschaftliche und soziale Infrastruktur. Wir stärken die eigenen Potenziale der hessischen Regionen und die regionale Wirtschaftskraft. Unser ganzheitlicher Ansatz zielt darauf, dass alle Menschen mit ihrem Einkommen und Löhnen leistungsgerecht am erwirtschafteten Mehrprodukt teilhaben und ihnen dadurch ein freies und würdiges Leben möglich ist. Unter heutigen Bedingungen einer europa- und weltweiten Liberalisierung von Waren, Kapital und Dienstleistungen gehört dazu, einen gesetzlich garantierten Mindestlohn einzuführen, wie es die hessische SPD seit Jahren fordert.

Erneuerbare und effizient genutzte Ressourcen:

Die Schlüsselfrage zukunftsfähiger Wirtschaft und Umwelt

Elementare Voraussetzung zur Realisierung dieser Ziele ist eine gesicherte und zukunftsfähige Ressourcenbasis: Die Verfügbarkeit energetischer und stofflicher Ressourcen und der allgemeinen Lebensgüter Wasser, vegetationsfähige Böden und saubere Luft. Diese Ressourcenbasis ist heute weltweit gefährdet.

Die Entwicklung der Industriegesellschaft hat sich über zwei Jahrhunderte hinweg auf endliche Rohstoffe, fossile Energie sowie später auf die Atomspaltung für ihren Energie- und Materialbedarf gestützt, mit schweren und langfristig wirkenden Folgeschäden. Damit ist sie nunmehr an zwei existenzielle Grenzen gestoßen:

- Die Erschöpfung dieser Ressourcen tritt vor allem aufgrund des rapide wachsenden Bedarfs in China, Indien und Brasilien schneller ein, als bisher überwiegend erwartet wurde. Die erkennbaren Folgen sind anhaltende Preissteigerungen, soziale und wirtschaftliche Krisen sowie internationale Konflikte.
- Die Schadensfolgen aus dem Einsatz dieser Ressourcen haben die Belastungsgrenze der natürlichen Umwelt überschritten, wie vor allem die Entwicklung des Weltklimas zeigt. Dies bestätigen auch die Klimaschutzberichte der Vereinten Nationen UN. Diesen zufolge betragen die volkswirtschaftlichen Kosten von Untätigkeit das Zwanzigfache der Kosten einer effektiven Ursachenbekämpfung.

Nicht zuletzt deshalb haben die Regierungen der 27 EU-Staaten im Frühjahr 2007 als einen ersten Schritt festgelegt,

- dass bis 2020 bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum und erhöhter Produktion der Ausstoß klimaschädlicher Abgase gegenüber 1990 um 30 % verringert werden soll und deshalb
- gegenüber dem bisher angenommenen Energieverbrauch von 2020 eine Einsparung von mindestens 20 % zu erfolgen hat und
- gleichzeitig der Anteil von erneuerbarer Energieerzeugung bis 2020 auf mindestens 20 % steigen soll.

Neues Wirtschaften in der Zeitenwende

Damit stehen wir – aus wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gründen – in einer historischen Zeitenwende der Wirtschaftsentwicklung: Dem unaufschiebbar gewordenen Wechsel von erschöpflichen und umweltschädigenden zu unerschöpflichen und schadstoffarmen erneuerbaren Ressourcen. Der Wechsel gelingt umso schneller, wenn wir gleichzeitig eine drastische Erhöhung der Energieeffizienz und des Einsatzes stofflicher Ressourcen in Kreisläufen vorantreiben. Diesen Wechsel wollen wir nicht einfach hinnehmen, sondern ihn im Interesse der Menschen gestalten.

Der doppelte Ansatz des Einsparens auf der einen Seite und des Ausbaus erneuerbarer Quellen von Energie und Ressourcen erfordert beträchtliche Investitionen, schafft aber gleichzeitig viele Arbeitsplätze. So trägt das von der SPD auf Bundesebene 2006 durchgesetzte Programm zur Wärmedämmung von Wohnraum mit etwa 1%-Punkt zum Wirtschaftswachstum bei und sichert etwa 400.000 Arbeitsplätze.

Für die gewerbliche Wirtschaft erwachsen dabei Chancen aus der Bildung neuer Wertschöpfungsketten auf der Basis arbeitsintensiver Nachrüstungen wie im Wohnungsbau oder bei der Entwicklung erneuerbarer Ressourcen mit den dazu erforderlichen neuen Technologien. Emissionen und Schadstoffe werden vermieden sowie importierte fossile durch heimische erneuerbare Energien ersetzt – hin zu schadstofffreien Wirtschaftskreisläufen.

Zukunftsfähiges Wirtschaften ist ökologisches Wirtschaften, bei dem wir dauerhaft mit den laufenden Erträgen der Natur arbeiten, statt nur noch auf Zeit von deren vergänglichem Kapital zu profitieren. Diese Verbindung von Wirtschafts- und Umweltpolitik führt zu neuen Formen stabilen und standortgebundenen Wirtschaftens.

2. Ökonomischer Umgang mit Ressourcen in einem zukunftsfähigen Hessen

Die Schlüsseltechnologien für zukunftsfähiges Wirtschaften und Arbeiten

Technologien zur Effizienzsteigerung und zur optimalen Nutzung dauerhaft verfügbarer Ressourcen sind Leittechnologien des 21. Jahrhunderts. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, sie zu entwickeln und einzuführen. Dies entspricht unserer Verantwortung in den Industriegesellschaften für die globale Entwicklung und ist gleichzeitig unsere größte Chance für neuen Aufschwung und neue Arbeit in Hessen.

Wir werden die Chance zu schadstoffarmen Produktions- und Verkehrsweisen nutzen, zur Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit der mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und landwirtschaftlicher Betriebe und zu einem Bedeutungszuwachs kommunaler Unternehmen. Es ist die Chance für Industrieunternehmen, mit neuen Ressourcentechnologien für den Binnenmarkt und den Weltmarkt ihre Gegenwart und Zukunft zu sichern. Es ist eine Chance zu neuen Formen des Wirtschaftens, die produktiv für Menschen und natürliche Umwelt zugleich sind.

Die Menschen erwarten, dass sich Politik und Wirtschaft auf diese Herausforderung mit mutigen Zukunftsentwürfen und praktischem Verstand einstellen. Weil es dabei um die Nutzung und Schonung heimischer natürlicher Ressourcen geht, spielt die Landespolitik hierbei eine tragende Rolle.

Es handelt sich um eine Herausforderung, der sich alle gesellschaftlich verantwortlichen Kräfte stellen, bisherige Konzepte überprüfen und neue entwickeln müssen. Sie müssen das im Bewusstsein tun, dass für die Energiewende keine Zeit mehr verloren gehen darf. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten und dabei neue Lernerfahrungen sammeln. Parteien, Verwaltungen, Unternehmen, die Wissenschaft, gesellschaftliche Organisationen – wir stellen uns dieser Herausforderung.

Wir setzen auf einen neuen Fortschritt. Wir wollen mit den Zukunftstechnologien, die sich aus der Herausforderung einer neuen Ressourcenwirtschaft ergeben, neue wirtschaftliche Perspektiven und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören:

- optische Technologien, Nanotechnologie und neue Materialien, die neue Produkte und eine bessere Steuerung mit weniger Ressourcen und weniger Energie ermöglichen,
- elektronische Informations- und Kommunikationssysteme, mit denen Großanlagen durch vernetzte dezentrale Systeme ersetzt werden,
- Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch zu einer effizienteren Nutzung konventioneller Energien,
- Technologien, mit denen die überwiegend noch fossilen Grundstoffe in der chemischen Industrie durch pflanzliche Grundstoffe ersetzt werden können, wofür wir auf die gesamte Vielfalt der natürlichen Pflanzenwelt zurückgreifen wollen,
- biologische Technologien, die bei niedrigen Temperaturen effiziente Produktionsprozesse ermöglichen,
- Technologien zum schonenden Umgang mit Wasser, zur Vermeidung unnötigen Wasserverbrauchs in Produktionsprozessen und in Gebäuden sowie zur Wasserreinigung und -rückgewinnung,
- neue intelligente Entwicklungen bei der Produktion von Fahrzeugen mit deutlich geringerem Verbrauch sowie für Antriebstechniken im Bereich des Fahrzeug- und Flugzeugbaus, die klimaschonende Kraftstoffe tanken können,
- die Entwicklung energiesparender und wieder verwertbarer Materialien und Bautechniken für energieautonome Gebäude und Siedlungen,
- Synergietechnologien, etwa zur Integration von Stromerzeugung und Abfallentsorgung sowie zur Stromspeicherung.

Vieles hiervon wird unbeachtet von der Landesregierung bereits entwickelt. Wir wollen hier neue Impulse geben und den Transfer in die wirtschaftliche Umsetzung beschleunigen. Moderne industrienaher Dienstleistungen, bei denen Hessen eine traditionelle Stärke aufweist, können und werden sich in einem solchen Umfeld besser entwickeln.

Bereit für die industriellen Massenmärkte des 21. Jahrhunderts

Für diese neuen Technologien gibt es einen schnell wachsenden Weltbedarf. Sie stellen einen großen Teil der Massenmärkte des 21. Jahrhunderts dar. Wer auf diesen gewinnen will, muss diese Technologien bei sich selbst einführen, um die Produktion zu starten und dann in den Weltmarkt hineinwachsen zu lassen. Das neue Ressourcenzeitalter führt zu einer neuen wirtschaftlichen Arbeitsteilung: Zum einen die auf regionaler Ebene tätigen kleinen und mittleren Unternehmen und öffentliche Unternehmen wie z. B. Stadtwerke, welche die heimischen Ressourcen bewirtschaften und dabei neue Synergien entstehen lassen, zum anderen die Produzenten der dafür erforderlichen Technologien, die regional wie global ausgerichtet sind – und bei denen gerade in innovativen Bereichen auch viele kleinere Unternehmen eine wichtige Rolle spielen.

Ein weiterer Teil der Massenmärkte des 21. Jahrhunderts wird von hoch qualifizierten kreativen Dienstleistungen und wichtigen traditionellen Industriebranchen bestimmt. Wir werden Hessen deshalb nicht nur als Dienstleistungsstandort stärken, sondern gerade durch die neue Ressourcenwirtschaft die wichtigen Branchen Chemie, Elektroindustrie, Maschinen-

und Fahrzeugbau sowie Pharma mit ihren großen, mittleren und kleinen Unternehmen bei ihren Innovationen unterstützen. Dies ist Teil einer modernen Industriepolitik, die dafür sorgt, dass Unternehmen ihren Weg selbst gestalten und nicht zu verlängerten Werkbänken international agierender Konzerne werden. Zu einer zukunftsorientierten Industriepolitik gehört auch der intersektorale Verbund zwischen industrieller Produktion und unternehmensnaher Dienstleistung.

Industriepolitik in Hessen muss die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Entwicklung unterstützen. Wir wollen eine Politik, die zu einer Stärkung der industriellen Basis beiträgt, um durch leistungsfähige und nachhaltige wirtschaftliche Strukturen einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung zu leisten.

Industriepolitik steht nicht für sich allein. Zukunftsorientierte Industriepolitik ist integrierte Industriepolitik, die verzahnt sein muss, sowohl mit der Wirtschafts- als auch mit Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Stärkung der industriellen Basis beinhaltet ebenfalls die Stärkung der Humanressourcen. Denn Qualifikation und Kreativität der Beschäftigten sind auch im Interesse betrieblicher Innovationsfähigkeit und zur Bewältigung der vielfältigen Anforderungen internationaler Märkte zu fördern. Die Potenziale der Beschäftigten als Träger betrieblicher Innovationen gilt es auszuschöpfen. Die Menschen sind stets die Quelle von Innovationen! Für uns sind Innovationen immer sowohl die Produkt- als auch Prozess- und Sozialinnovationen.

Landespolitik spielt bei der Herausforderung einer neuen Ressourcenwirtschaft eine entscheidende Rolle. Mit den landespolitischen Kompetenzen für die Raumordnung, das Baurecht und das Kommunalrecht sowie mit der Ausbildungs- und Mittelstandsförderung kann Landespolitik die Entwicklung zur zukunftsfähigen Ressourcenbasis bremsen – so wie gegenwärtig noch die Landesregierung – oder diese vorantreiben, wie wir es uns mit unserer Wirtschafts- und Umweltpolitik vornehmen. Wir wollen die natürlichen, wirtschaftlichen und technischen Potenziale, vor allem aber das Potenzial der Menschen des Landes für einen neuen Fortschritt aktivieren. Zu dessen Realisierung integrieren wir die Wirtschafts- und Umweltpolitik, um alle landespolitischen Handlungsspielräume zielgerichtet zu nutzen.

Mit dieser integrierten Wirtschafts- und Umweltpolitik setzen wir neue Akzente. Wir stellen uns damit als treibende politische Kraft einer Jahrhundertherausforderung. Wir wollen alle wirtschaftlichen Akteure des Landes dazu motivieren, diese gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe mit uns zu meistern. Neben den Initiativen der von uns geführten Landesregierung setzen wir dabei auch auf die Kommunen und den Mittelstand, für die wir neue Finanzierungsinstrumente bereitstellen.

Neue Energie für ein atomfreies Hessen

Wir halten an der im Jahr 2001 gesetzlich festgelegten Beendigung der Atomenergienutzung fest. Die nicht beherrschbaren Gefahren atomarer Unfälle und die völlig ungeklärte Frage der Endlagerung des mehrere 100.000 Jahre strahlenden hoch radioaktiven Mülls sind nicht akzeptabel. Das bedeutet, dass die Reaktoren Biblis A und Biblis B bis spätestens 2009 bzw. 2013 abgeschaltet werden.

Mit uns wird es keine neuen Atomkraftwerke in Hessen geben. Gleichzeitig lehnen wir den Neubau fossiler Großkraftwerke ab. Wir setzen stattdessen auf das Potenzial erneuerbarer Energien und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Damit fördern wir die regionale Wertschöpfung in ganz Hessen durch eine breite Streuung von Energiemaßnahmen und Stromerzeugungsanlagen in den Kommunen.

Mit unserem Konzept „Neue Energie für ein atomfreies Hessen“ werden wir die Stromerzeugungskapazitäten der beiden hessischen Atomreaktoren ersetzen. Damit verfügen wir über die bessere Alternative, die auch ein neues Kohlekraftwerk in Großkrotzenburg überflüssig machen kann. Gleiches gilt für das geplante Großkraftwerk in

Mainz-Wiesbaden, bei dem ein energieeffizienteres und saubereres Gaskraftwerk durch den Neubau eines Kohlekraftwerkes mit deutlich schlechterer Energiebilanz ersetzt würde. Auf diese Weise ersparen wir der Rhein-Main-Region erheblichen zusätzlichen Wasserverbrauch und entlasten das regionale Klima durch den Verzicht auf zwei große künstliche Wärmequellen.

Mit der SPD-Strategie „Neue Energie für Hessen“ avanciert Hessen zum Vorzeigeland in der EU für die Energieeinsparung und die Modernisierung der Wirtschaft. Wir werden damit eine Pionierrolle einnehmen, wenn es darum geht, erneuerbare Energien im Rahmen einer nachhaltigen Ressourcenwirtschaft zum zentralen Jobmotor der Zukunft zu machen.

Ein Aktionsprogramm für Hessen

Wir setzen uns ehrgeizige Ziele. Diese können wir umso zügiger realisieren, je erfolgreicher die von uns gleichzeitig eingeleiteten landespolitischen Initiativen zum Energieeinsparen und zur Effizienzsteigerung sind und je mehr diese Entwicklung auf Bundesebene unterstützt wird. Wir werden folgende Initiativen ergreifen:

1. Wir werden die willkürlichen Genehmigungsblockaden gegenüber der Entwicklung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien aufheben und damit den Weg zu neuen Energieinvestitionen in Milliardenhöhe öffnen. Wir werden insbesondere schnell das „Repowering“ bestehender Windkraftanlagen mit stärkeren Anlagen erleichtern und geeignete Vorranggebiete entlang großer Bahnstrecken und Autobahnen festlegen.
2. Wir werden das Bundesprogramm zur Wärmedämmung in Gebäuden durch landesbezogene Programme ergänzen, die insbesondere auf Bürogebäude und auf Mieter von Wohngebäuden zielen. Mit einem Landesprogramm werden Zinsverbilligungen oder Zuschüsse für energetische Gebäudesanierungen gegeben, die das rechtlich geforderte Energieverbrauchs-niveau von Neubauten unterschreitet bzw. erreicht. Damit geben wir vielen Menschen eine Chance, durch eigenes Handeln etwas für Arbeit und Klimaschutz zu tun. Das Bundesprogramm erreicht gut 1 % der Wohnfläche im Jahr. Wir werden die Umsetzung in Hessen mit unseren Initiativen beschleunigen, um bis 2020 über 30 % des Wohnungsbestandes erreicht zu haben.
3. Wir werden die Kraft-Wärme-Kopplung in Hessen innerhalb des nächsten Jahrzehnts verdreifachen und dafür ihren Einsatz in Gebäuden erleichtern, um deren vorhandene Wärmeversorgungsinfrastruktur zu nutzen. Mit diesen Schritten bewirken wir eine Senkung der Energiepreise für die Allgemeinheit.
4. Wir werden Modellprojekte für die unabhängige Energieversorgung von Siedlungen und Gemeinden fördern und dabei auf bestehende Ansätze wie das Kasseler DeNet zurückgreifen. Zudem werden wir den Einsatz von Wärmepumpen und Kraft-Kälte-Kopplung vorantreiben.
5. Wir werden in allen öffentlichen Gebäuden des Landes die Strom- und Heizenergiekosten durch entsprechende Energiespar- und Effizienztechniken um mindestens 25 % auf der Basis des Plans der hessenENERGIE senken. Gleichzeitig wird Energieeffizienz zum Maßstab für die Beschaffung. Damit motivieren wir die Bürgerschaft, dem staatlichen Beispiel zu folgen. Mit den eingesparten öffentlichen Energiekosten finanzieren wir eine kostenlose Energieberatung für jeden Haushalt vor. Ergänzend dazu achten wir auf eine Vollzugskontrolle der bundesweiten Energieeinsparverordnung, indem wir diese Aufgaben den Innungen der Bezirksschornsteinfegermeister für ihre künftige Berufsausrichtung in einer Novelle der Kehr- und Überprüfungsordnung verankern.

6. Die von uns geführte Landesregierung wird für alle Neubauten und Siedlungen einen Mindeststandard zur Nutzung der Solarenergie auflegen. Den generellen Ausschluss der Solarenergie in bestimmten Ortsteilen werden wir durch eine Novelle der Hessischen Bauordnung untersagen.
7. Eine beispielgebende Rolle werden die Landesbehörden für einen Durchbruch klimafreundlichen Automobilverkehrs übernehmen. Dazu werden wir den öffentlichen Fahrzeugpark auf Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien umstellen. Der Rein-Biokraftstoffmarkt ist für uns das wichtigere Förderinstrument als die Beimischung.
8. Zur Unterstützung des Ausbaus der Bioenergie fördern wir die Einrichtung kooperativer regionaler Wertschöpfungsketten und wollen dazu auch die Potenziale organischer Abfälle mit den Kommunen schrittweise zur Biogaserzeugung nutzen. Wir werden die Zusammenarbeit von Stadtwerken und Landwirtschaft unterstützen, um die Einspeisung von Biogas aus landwirtschaftlichen Produkten in das Gasnetz und damit dessen Einsatz in der Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben. Damit steigern wir die Wertschöpfung in den Regionen.
9. Wir werden die wissenschaftliche Nutzpflanzenkunde deutlich ausbauen. Wir konzentrieren uns auf die Nutzung von Pflanzen, die mit wenig Wasser und Dünger auskommen und deshalb boden- und grundwasserschonend sind. Als wissenschaftlich-technischen Grundstock für die wachsende Bedeutung energetischer und stofflicher Biomassenutzung gründen wir eine öffentliche Saatgutbank.
10. Wir ergreifen als Heimatland des Flughafens Frankfurt die Initiative zur Gründung eines Forschungsinstitutes für die Entwicklung klimaneutralen Flugtreibstoffs und dazugehöriger Antriebstechnologien.
11. Wir werden die Grundwasserabgabe wieder einführen und daraus Einspar- und Umweltprogramme finanzieren. Dabei werden wir ein Drittel der Einnahmen als Darlehen vergeben und damit einen revolvingierenden Fonds begründen, der immer wieder aus den Rückzahlungen neue Investitionen in der Zukunft ermöglicht. Im Rahmen der von der EU geforderten Bewirtschaftungspläne für die heimischen Wasserläufe werden wir in Abstimmung mit den hessischen Umweltverbänden den ökologischen Ausbau der Kleinwasserkraft in Hessen ermöglichen.

Mit diesem sofort wirkenden Aktionsprogramm setzen wir neben gesetzlichen Vorgaben die direkten Gestaltungsmöglichkeiten des Landes ein. Für die Zukunft ist anvisiert, das Interesse der kommunalen Selbstverwaltung an dieser Entwicklung zu erhöhen und die Kommunen zum wesentlichen Träger zu machen. Sowohl Energiesparmaßnahmen wie der Ausbau erneuerbarer Energie können – wie die hessenENERGIE früher gezeigt hat – mit der gleichzeitigen Erschließung kommunaler Einnahmequellen verbunden werden. Die Landesplanung werden wir deshalb so umgestalten, dass dort Zielwerte formuliert werden und die Ausfüllung dieser Zielwerte durch die Kommunen mit dezentralen Plänen und Projekten erfolgt – wobei die Ausarbeitung der Planung vom Land unterstützt wird.

3. Zukunftsfähiges Wirtschaften finanzieren – Mittelstand und regionale Potenziale stärken

Wir werden unser Zukunftsprogramm so realisieren, dass möglichst hohe Multiplikatorwirkungen erzielt werden. Dies erreichen wir durch eine systematische Stärkung der Investitionen in Hessen und die dadurch ausgelösten Aufträge. Dies führt zu Arbeitsplätzen und daraus resultierenden Steuereinnahmen. Bei dieser Multiplikatorwirkung wird der mittelständischen Wirtschaft die entscheidende Rolle zufallen – sie stellt zwei Drittel aller Arbeitsplätze in Hessen und einen noch höheren Anteil an Ausbildungsplätzen.

Wir sehen in dieser Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen positive „externe Effekte“, die dem Land und der Gesellschaft insgesamt nutzen. Die Verstärkung dieser Effekte rechtfertigt besondere Fördermaßnahmen für die mittelständische Wirtschaft. Diese verknüpfen wir mit dem oben beschriebenen Programm für effizient genutzte sowie für erneuerbare Ressourcen und eröffnen so einen breiten Korridor für neue Unternehmen und vorhandene mittelständische Wirtschaftsbetriebe.

1. Wir werden das Hessische Mittelstandsförderungsgesetz aus dem Jahr 1974 novellieren und endlich an die veränderten Rahmenbedingungen und die besondere Bedeutung der Mittelstandsförderung für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland anpassen. Beratung, Förderung und Finanzierungshilfen für die klein- und mittelständischen Unternehmen, insbesondere die Begleitung in der Gründungs- und Aufbauphase, müssen einen zeitgemäßen Rahmen erhalten. Einmal jährlich wird das Land einen Mittelstandsbericht erstellen und ihn mit den Vertretern der Unternehmen und der Beschäftigten diskutieren.
2. Wir wollen auch bestehende Betriebe stärken. Jährlich brauchen in Hessen ca. 5000 Betriebe wegen Generationswechsels neue Eigner oder Geschäftsführer. Hiervon sind ca. 30.000 Arbeitsplätze betroffen. Mit entsprechenden Förderstrategien können ca. viermal so viele Arbeitsplätze geschaffen werden wie durch Neugründung. Die Förderung bestehender Betriebe bietet gute Möglichkeiten,
 - wenn sie bestehende Betriebe darin unterstützt, in ihren angestammten Bereichen mit Investitionen in neue Fertigungslinien und -techniken zu verbleiben und sich weiterzuentwickeln;
 - wenn sie bestehenden Betrieben Hilfestellung leistet, um den Generationswechsel zu bewältigen;
 - wenn sie bestehenden Betrieben unter der Beachtung von Kriterien der Nachhaltigkeit und Beschäftigungswirkung das Überspringen von Investitionshürden erleichtert.

Mit niedrigen Förderintensitäten, Darlehen und Beteiligungen statt Zuschüssen sowie einer Ausweitung und Verstärkung des Förderrahmens mit ca. 100 Mio. € im Jahr für Gründungs- und Wachstumsfinanzierung aus dem vorhandenen Sondervermögen werden wir den Mittelstand in Hessen bundesweit an die Spitze bringen.

3. Bei allen Wirtschaftsfördermaßnahmen werden wir künftig darauf achten, dass keine Förderungen mehr stattfinden, bei denen der Preis für neue entstehende Arbeitsplätze die Aufgabe von bisherigen Standorten ist. Mit einer Taskforce beim Land und einem Förderfonds helfen wir in Schwierigkeit befindlichen mittelständischen Unternehmen, hessische Arbeitsplätze zu sichern.
4. Wir werden die drei hessischen Fördereinrichtungen (Hessen-Agentur, Investitionsbank, Landestreuhandstelle) zu einer hessischen Mittelstands- und Infrastrukturbank für Zukunftsinvestitionen zusammenfassen. Die SPD spricht sich klar gegen betriebsbedingte Kündigungen aus. Die Förderstrategie wird nach dem Subsidiaritätsprinzip jeweils vorab mit einem Förderbeirat abgestimmt, in dem alle drei Säulen des Bankwesens sowie Unternehmer und Gewerkschaften vertreten sind.
5. In dieser Förderbank soll auch eine Förder- und Innovationsberatung einschließlich einer Verbindungsstelle zur EU etabliert werden, die den mittelständischen Unternehmen und den Forschungseinrichtungen des Landes die Informations- und Beratungshilfen über die EU-Förderprogramme sowie Hilfestellungen bei der Antragstellung gibt.

6. Wir sorgen für eine stabile Refinanzierung bei einem Teil der Initiativen zu Wohnungs-, Stadt- und Dorferneuerung. Von diesen Investitionen sind 60-70 % Arbeitskosten. Das bedeutet, dass bei einem Investitionszuschuss von 20 % der Investitionssumme und 80 % privater Investition nach Erteilung aller Aufträge mehr Geld in die öffentlichen Kassen zurückfließt, als hierfür abgeflossen ist, und dabei zahlreiche neue Arbeitsplätze generiert werden. Dieser positive finanzwirtschaftliche Saldo ist immer dann erreichbar, wenn die Aufträge vorwiegend von regional tätigen Unternehmen umgesetzt werden. Gleichzeitig stützen wir so die kleinen und mittelständischen Unternehmen, insbesondere im Handwerk.
7. Wir werden neue Förderinstrumente in Trägerschaft der Mittelstands- und Infrastrukturbank zur gezielten Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen und Existenzgründungen entwickeln. Als neue Finanzierungsinstrumente für den Mittelstand werden wir dabei folgende Instrumente einführen bzw. ausbauen:
 - Kleinstkreditprogramme bis zu Größenordnungen von 50.000 Euro,
 - Vorfinanzierung von Aufträgen für den wirtschaftlichen Mittelstand durch Förderkredite,
 - Förderung des Betriebsübergangs an einen Nachfolger bei altersbedingtem Ausscheiden der Eigentümerin oder des Eigentümers,
 - die Einführung von „Mezzaninkapital“ (Kredite mit langen Laufzeiten und eigenkapitalähnlichen Eigenschaften, bei denen erst nach einigen Jahren eine Rückzahlung einsetzt).

Alle diese Kredite werden zinsbegünstigt angeboten, ohne den bürokratischen Aufwand, der zur Erfüllung der Basel II-Kriterien erforderlich ist und für die Banken bei kleinen und mittleren Unternehmen oft zu kostspielig ist und deshalb faktisch mittelstandswidrig die Finanzierung verhindert.

8. Wir werden zur Finanzierung vorgezogener Investitionen in der öffentlichen Infrastruktur verstärkt auf das Finanzierungsinstrument des Contracting zurückgreifen und so zusätzliche Aufträge insbesondere für den Mittelstand generieren. Auch für neue Infrastrukturprojekte kann diese Finanzierung in einzelnen Fällen infrage kommen. Sie ist die klare Alternative zu Privatisierungen. Mit Contracting-Finanzierung werden Teile der Infrastruktur auf begrenzte Zeit einem Unternehmen überlassen, das Erneuerungsinvestitionen aus eingesparten Kosten refinanziert und dann der öffentlichen Hand erneut die Kontrolle übergibt. Das Land wird unter sozialdemokratischer Führung mit den europäischen Finanzierungsinstitutionen eine Pilotstrategie für Hessen entwickeln, die 100 Mio. € jährlich an zusätzlichen Investitionen ermöglicht.
9. Wir wollen eine Projektgruppe aus Vertretern der kleinen und mittelständischen Unternehmen, Verwaltung und Politik einberufen, die ein Konzept zur Bürokratiefolgenabschätzung und zum Abbau von Überregulierung erarbeiten sollen. Dabei gilt es, gemeinsam ein Maß an Regulierungsdichte auszuloten, das unternehmerische Betätigung nicht durch bürokratische Hemmnisse erschwert, aber gleichzeitig auch den Belangen der Beschäftigten und Arbeitssicherheit, der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie des Umwelt- und Landschaftsschutzes Rechnung trägt.
10. Wir werden das Ladenöffnungsgesetz novellieren.

4. Neubelebung der kommunalen Daseinsvorsorge und Verbesserung der Infrastruktur

Soziale Gerechtigkeit in einer zukunftsfähigen Wirtschaft kann nur gewährleistet werden, wenn Staat und Kommunen die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur bedarfsgerecht im städtischen und ländlichen Raum weiterentwickeln. Zur Infrastruktur gehören öffentliche

Bildungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen sowie öffentliche Begegnungsstätten, Wohn- und Gewerbeflächenangebote, Netze für Energie, Wasser, Verkehr, Kommunikation und Entsorgung sowie deren jeweilige dauerhafte und nachhaltige Sicherung.

Die Qualität der Infrastruktur ist ein entscheidender Faktor zur Standortbindung. Infrastruktureinrichtungen müssen für alle Bürger und Wirtschaftsteilnehmer gleichermaßen zur Verfügung stehen, kostenlos oder gegen eine Gebühr. Investitionen dafür müssen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse auch dann erfolgen, wenn Teile davon manchmal im ländlichen Raum nicht ausgelastet sind. Insbesondere zur Sicherstellung gleicher Lebensverhältnisse geben wir dem öffentlichen Auftrag der Infrastruktur Vorrang vor seiner Renditeorientierung.

Damit vor allem kleine und mittlere Unternehmen wieder eine größere Entfaltungschance haben, werden wir Initiativen für eine Verbesserung der Infrastruktur ergreifen. Die von der gegenwärtigen Landesregierung betriebene Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen liegt weder im Interesse der Allgemeinheit noch im langfristigen Interesse der Kommunen oder in dem der mittelständischen Wirtschaft. Sie wird teuer für die Allgemeinheit und schwächt die Demokratie, weil sie der öffentlichen Hand unverzichtbare Gestaltungsmöglichkeiten für das Gemeinwohl entzieht. Das öffentliche Interesse gebietet vor allem für die Infrastrukturen der physischen Versorgungsnetze (Strom, Gas, Wasser, Schiene, Straße), bei denen es sich um „natürliche Monopole“ handelt, dass sie in öffentlicher Hand bleiben oder der öffentliche Einfluss für gleiche Lebensverhältnisse wieder gestärkt und nachhaltig gesichert wird.

Leitlinien moderner Daseinsvorsorge und Infrastrukturentwicklung:

1. Wir werden die Hessische Gemeindeordnung wieder so ändern, dass Privatisierung keinen Vorrang gegenüber kommunaler Tätigkeit erhält. Der von CDU und FDP verfolgte Ansatz, dass der Markt allein bessere oder gar gerechtere Lösungen erbringt, hat sich als Trugschluss erwiesen. Eine erschreckend große Zahl von Menschen wird so von Mitwirkung und Teilhabe ausgeschlossen. Es bleibt aber richtig, dass kommunale und staatliche Tätigkeit den effizientesten Weg suchen und finden muss. Wir werden im Interesse der am Bürgerwohl ausgerichteten Daseinsvorsorge das Vergaberecht kommunalfreundlich auslegen, soweit dies europarechtlich möglich ist.
2. Wir halten fest an der öffentlichen Rolle des Schienennetzes und lehnen eine Netz-Privatisierung ab. Bei der Qualität wollen wir Anschluss finden an die anderen Verdichtungsräume Europas und Deutschlands, die höhere Anteile im öffentlichen Verkehr aufweisen. Wir wollen moderne Ticketing-Systeme in allen Verkehrsverbänden des Landes.
3. Wir stehen für den Ausbau der IT-Infrastruktur im Land, auch im ländlichen Raum. Hessen ist der größte Knotenpunkt von Datenautobahnen in Deutschland. Die Kommunikationsindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Unsere Aufgabe besteht in der Weiterentwicklung der Infrastruktur unter Einbeziehung der Hochschulen und Ansiedlungsförderung für diese Industrie.
4. Wir stehen für den Ausbau der Infrastruktur für Finanzdienstleister in Hessen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gehört dauerhaft nach Hessen. Zentrale Abwicklungssysteme wie Börse, genossenschaftliche und sparkassenbezogene Zentralfunktionen im Finanzplatz müssen gestärkt werden. Mit Aus- und Weiterbildungseinrichtungen für den Versicherungs- und Bankensektor wird eine Infrastruktur in ganz Hessen geschaffen und verstärkt. Das House of Finance werden wir stärken und ausländische Finanzdienstleister bei der Ansiedlung im Rhein-Main-Gebiet unterstützen. Wir werden eine gemeinsame Vertretung mit einem gemeinsamen Sprecher für den Finanzplatz Frankfurt einführen, um dessen Sichtbarkeit in Europa deutlich zu erhöhen.

5. Wir machen Stadtsanierung und Dorferneuerung wieder zu einer treibenden Kraft für den ländlichen Raum. Mit dem Instrument revolvierender Fonds wollen wir langfristig immer wiederkehrend Investitionsmittel für den ländlichen Raum sichern. Wir werden die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der landwirtschaftlichen Rentenbank geeignet mit landeseigenen Programmen verknüpfen, um die Förderwirkung zu erhöhen und damit zusätzliche Investitionsmittel nach Hessen zu ziehen, was die amtierende Landesregierung seit zehn Jahren versäumt hat.
6. Wir wollen, dass das Land Hessen seine Verantwortung für eine Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem und durchschnittlichem Einkommen, wahrnimmt. Darum werden wir die verbliebenen Landesbeteiligungen an Wohnungsgesellschaften als ein wichtiges Instrument für eine sozial orientierte Wohnungspolitik erhalten und sichern. Wir werden das Engagement des Landes im sozialen Wohnungsbau verstetigen und insbesondere auf Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf konzentrieren. Integrierte städtebauliche Konzepte verkörpern dabei ein relevantes Element zur gezielten Steuerung der eingesetzten Mittel. Wir werden eine Offensive zur Stadterneuerung und Modernisierung starten. Sie zielt auf zeitgemäße, moderne Wohnungen und verbesserte Lebensqualität. Einen Schwerpunkt werden wir hierbei auf die gezielte Modernisierung der Quartiere in mittleren und größeren Städten legen, da dort der wesentliche Bedarf zu finden ist und die Arbeitsplatzeffekte am größten sind. Dies verknüpfen wir mit Programmen zur Altbausanierung, zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, da solche Investitionsmaßnahmen sich gegenseitig ergänzen. Gleichzeitig wollen wir neue Belegungsrechte für die Kommunen schaffen. Wir werden das Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und mit den Instrumenten in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mit der Bildungspolitik, z. B. mit Ganztagsangeboten, sowie der Integrationspolitik verzahnen. Wir werden die Rechte der Mieter schützen und ihre Mitbestimmung und Mitverantwortung für ihr Wohnumfeld stärken.
7. Wie eine kommunale Daseinsvorsorge – unter den Bedingungen des Übergangs von einer vergänglichen zu einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung und unter Einbeziehung der darauf ausgerichteten Bau-, Stadt- und Verkehrsplanung – künftig ausgestaltet werden sollte, zeigen wir mit unseren Vorschlägen für die Internationale Bauausstellung „Metropolitana 2015“ im Frankfurt/Rhein-Main beispielgebend auf.
8. Die Sparkassen sind für die Menschen und die Betriebe in allen Teilen des Landes ein verlässlicher und zugleich innovativer Partner. Sie nehmen eine führende Rolle bei der Begleitung von Existenzgründern ein und sichern zum Nutzen der Kunden einen intensiven Wettbewerb in der Kreditwirtschaft. Wir wollen die Sparkassenlandschaft in Hessen leistungsfähig und regional verankert erhalten. Sie gehört zu einer guten, an den Bedürfnissen der Menschen wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen orientierten Infrastruktur. Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Zukunft sichern und die enge Verbindung mit ihren kommunalen Trägern fördern. Sparkassen dürfen keine Handelsobjekte werden. Eine Konzernbildung im Sparkassenwesen lehnen wir ab, weil sie das Ende einer unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft vor Ort ausgerichteten Geschäftspolitik wäre. Deshalb werden wir die von der CDU betriebene Novelle des Hessischen Sparkassengesetzes wieder zurücknehmen. Wir unterstützen die Zusammenarbeit im Verbund zwischen den Sparkassen mit ihrer Nähe zum Kunden und der Landesbank Hessen-Thüringen mit ihrem Zugang zu den europäischen und weltweiten Märkten. Dieses überlegene Geschäftsmodell der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen werden wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern entsprechend den Erfordernissen des Wettbewerbs weiterentwickeln.

9. Wir werden eine flächendeckende Absicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung der sozialen Hilfs- und Beratungsangebote sicherstellen.
10. Wir werden die Stellung der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Die Unterstützung einer unabhängigen Verbraucherberatung mit der notwendigen Finanzausstattung macht den bewussten Umgang mit Verbrauchermacht erst möglich.
11. Gerade im Energiebereich hat die Vormachtstellung der vier großen Stromkonzerne zu einer völlig unbefriedigenden Marktsituation geführt. Deshalb unterstützen wir Schritte zum Aufbrechen dieses Oligopols. Das heißt gleichzeitig aber auch, die Angebotsvielfalt der kommunalen Energieversorgungsunternehmen und ihre Zusammenarbeit zu stärken, damit im Interesse von mehr Wettbewerb ein Gegengewicht gegen die vier Großkonzerne am Markt aufgebaut werden kann. Das Handeln der Landesregierung muss eine Stärkung der dezentralen, kommunalen Energieversorgung und damit einer echten Marktvielfalt zum Ziel haben. Die SPD-geführte Landesregierung unterstützt deshalb die Kommunen des Landes, die ihre Strom-, Gas- und Wassernetze veräußert haben, bei ihren Bemühungen um Netzzrückkäufe. Dazu gehört – mangels einer bundesgesetzlichen Vorgabe – eine landesgesetzliche Regelung, die den von den Nutzergebühren noch nicht bezahlten Restwert zum Rückkaufkriterium macht.

Ein gutes Verkehrssystem für alle

Wir wollen ein gutes Verkehrssystem für alle als einen wichtigen Baustein einer zukunftsorientierten Infrastruktur. Mobilität fungiert als eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Mobilität ist gleichzeitig ein wichtiger Faktor bei der Sicherung wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeit. Auf der anderen Seite trägt gerade der Verkehr in einem hohen Maße zur Klimabelastung bei. Unser Leitbild ist dabei ein integriertes Gesamtverkehrssystem, das Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen und in allen Regionen sichert, das Transport und Logistik für einen dynamischen Wirtschaftsstandort gewährleistet und gleichzeitig die Belastungen für Mensch und Umwelt senkt.

Dieses System braucht eine ausreichende und vor allem intakte Verkehrsinfrastruktur. Engpassstellen müssen gezielt durch behutsame Netzergänzungen wirksam beseitigt werden.

Ein innovatives Verkehrsmanagement dient der Verkehrsmittelwahl und dem effizienten Einsatz aller Verkehrsmittel und unterstützt dabei auch einen ökologisch verantwortlichen Umgang mit Landschaft, Klima und Ressourcen.

Der Binnenmarkt im erweiterten Europa mit zunehmendem grenzüberschreitenden Austausch von Gütern und Dienstleistungen bildet eine besondere Herausforderung für Hessen mit seiner zentralen Lage in Deutschland und Europa. Es gilt, die Vorteile der hervorragenden Lage und Erreichbarkeit über das Straßennetz, die gute Anbindung an die Fernverkehrs- und Hochgeschwindigkeitsstrecken bis hin zum Luftdrehkreuz Flughafen Frankfurt/Rhein-Main zu halten und weiterzuentwickeln und gleichzeitig die ökologischen Belastungen deutlich zu reduzieren.

Für das wirtschaftliche Gewicht der Region im Land Hessen und in Deutschland besitzt der Flughafen Frankfurt eine Schlüsselfunktion mit einer weit über seine Funktion als Verkehrsdrehkreuz und unmittelbarer Arbeitgeber herausragenden Bedeutung. Die mit seiner Entwicklung verbundenen Umweltbelastungen treffen andererseits ebenfalls sehr viele Menschen in der gesamten Region.

Im Prozess der politischen Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Frankfurter Flughafens vertritt die SPD das Gesamtinteresse der Bevölkerung der Region.

Dazu gehören sowohl das Interesse auf Schutz vor Lärm und Belastung als auch das Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung, die zusätzliche, angemessen bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Unsere Zustimmung zu einer Erweiterung ist deshalb untrennbar verbunden mit der Umsetzung der Ergebnisse der Mediation, bei der ein Nachtflugverbot, eine deutliche Reduzierung des Fluglärms, ein Antilärmpaket und eine Reihe von Kompensationsmaßnahmen zentrale Bestandteile sind.

Die Verkehrsströme vom und zum Frankfurter Flughafen müssen gesteuert und in einen Generalverkehrsplan für das Rhein-Main-Gebiet integriert werden. Auch die Vernetzung der Flughäfen Frankfurt/Rhein-Main und Hahn muss – besonders über die Schiene – verbessert werden, um in Hahn umsetzbares Passagieraufkommen, speziell aber die Frachtverteilung, den Erfordernissen entsprechend leiten zu können. Für die angestrebte Lärmreduzierung am Frankfurter Flughafen ist eine bessere Koordination mit dem Flughafen Hahn ein wichtiger Bestandteil.

Um die Verkehrsinfrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten und leistungsfähiger zu gestalten, werden wir zusammen mit dem Bund daran arbeiten, das hessische Autobahn- und Fernstraßennetz zu erneuern und zu komplettieren. Im Landesstraßenbau stehen im Wesentlichen Erhaltungsmaßnahmen neben Ergänzungen – insbesondere von Ortsumgehungen – auf Grundlage einer klar definierten Prioritätenliste im Vordergrund. Gleichzeitig gilt der Lärmsanierung sowie dem Radwegebau entlang von Landstraßen unser besonderes Augenmerk. Analog dem Bundesverkehrswegeplan werden wir auch für Hessen die Landesprogramme in einen Landesverkehrswegeplan zusammenfassen und nach objektiven Kriterien von Nachhaltigkeit und Landesentwicklungszielen nachvollziehbare und sinnvolle Prioritäten für den Neubau wie für den Erhalt unseres Verkehrsnetz festsetzen.

Im Bahnverkehr benötigt das Schienennetz den funktionierenden Knoten Frankfurt-Hauptbahnhof. Durch eine Reihe von Maßnahmen im Rahmenkonzept Frankfurt Rhein-Main plus soll dieser Knoten leistungsstark werden, was zu höherer Betriebsqualität und -stabilität führt und somit den Schienenverkehr in der Region leistungsfähiger macht. Ergänzend muss durch Tangentialverbindungen der Verkehrsknoten Frankfurt-Hauptbahnhof auf Dauer entlastet und funktionsfähig gehalten werden. Dies spart für alle Verkehrsteilnehmer Geld und Zeit und entlastet das Straßennetz sowie die Umwelt.

Wir wollen für Hessen ein Radwegenetz, das modernen Anforderungen genügt. Intakte Radwege sind eine bedeutende Infrastruktur, ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Sie erlauben einen sicheren Radverkehr und eröffnen darüber hinaus vielerorts touristische Entwicklungspotenziale im strukturschwachen Raum.

Umweltverträgliche Verkehrssysteme

Wir sind uns bewusst, dass dem Neubau von Straßen angesichts der drastischen Zunahme von Schadstoff-, Feinstaub- und Lärmbelastungen und dem damit verbundenen Flächenverbrauch auch Grenzen gesetzt sind. Deshalb wollen wir mit einem integrierten Verkehrskonzept Ausbau, Erhalt und Nutzung unserer Verkehrsinfrastruktur effizienter und nachhaltiger gestalten.

Wir werden darauf achten, dass vermeidbarer Verkehr reduziert und die Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf umweltfreundlichere Verkehrsträger intensiviert wird. Der Förderung des öffentlichen Personenverkehrs messen wir dabei eine besondere Bedeutung bei.

Ebenso streben wir eine stärkere Verlagerung der wachsenden Güterströme auf die Wasserwege an. Deshalb fördern wir Erhalt und Ausbau der hessischen Binnenhäfen.

Durch ein Landesprogramm zur Lärmsanierung wollen wir auf einen wirksameren Lärmschutz hinwirken. Aber auch über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus wird sich

Hessen dafür einsetzen, dass Grenzwerte für Schadstoff- und Lärmausstoß angemessen festgesetzt und eingehalten werden.

Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und insbesondere für den Regionalverkehr erwarten wir auch in Zukunft eine ausreichende Förderung vom Bund, damit der ÖPNV seine Bedeutung für die Erschließung der Fläche und als Zubringer zu den Städten und Ballungszentren erfüllen kann. Wir werden einen eigenen Beitrag als Land leisten.

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs ist ein verlässliches Grundangebot für die Menschen unabdingbar. Hier ist das Land nach dem Regionalisierungsgesetz in der Verantwortung. Diese werden wir wahrnehmen. Die originären Landesmittel für den ÖPNV werden wir stabilisieren. Wenn durch mehr Effizienz Mittel frei werden, werden wir sie im Verkehr reinvestieren.

Der Verkehr im Wandel

Öffentlicher Verkehr bleibt für uns Daseinsvorsorge. Diese werden wir auch weiterhin unter sich wandelnden Bedingungen sicherstellen mit einer effizienten Organisation, verkürzten Planungszeiträumen, flexiblen und innovativen Angeboten und neuen Finanzierungsformen. Dies erfordert auch ein Einstellen auf neue Verkehrsnachfrager und damit neue Kunden.

Bedürfnisse wandeln sich, Kundenentscheidungen werden spontaner und verlangen flexible Mobilitätsangebote. Diese müssen aber leicht nutzbar sein und bezahlbar bleiben. In den hessischen Verkehrsverbänden existieren bereits attraktive Angebote für Berufs- und Ausbildungs-Pendler, Sportbegeisterte und Kulturinteressierte. Wir werden das Studententicket langfristig sichern und ein hessenweites, nutzerfreundliches Schülerticket entwickeln, das Zug um Zug eingeführt werden soll. Gleichzeitig dient das Schülerticket als Einstieg in die Entwicklung eines hessenweiten Tarifs.

Der demografische Wandel wird auch das Verkehrsgeschehen beeinflussen. Geringere Fahrgastzahlen treffen den ländlichen Raum mit seinen Verkehrsangeboten sehr stark. Hier muss die Finanzierung des ÖPNV auf Dauer gesichert bleiben.

Den Wettbewerb im ÖPNV wollen wir zur Attraktivitätssteigerung, zur Mobilisierung kundengerechter Leistungen und zur Qualitätsverbesserung nutzen. Hierbei steht der Kunde im Mittelpunkt. Dabei setzen wir auf einen fairen und sozial ausgewogenen Wettbewerb, der für alle Verkehrsteilnehmer zu gleichen und fairen Bedingungen organisiert wird. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass dort, wo ÖPNV-Dienstleistungen ausgeschrieben werden, auch die Tarifbindung bei den Verkehrsunternehmen gefordert und anschließend auch durchgesetzt wird.

Zu einem leistungsfähigen Gesamtverkehrssystem gehört seine intelligente Nutzung. Diese werden wir organisieren. Durch eine Bündelung der Kompetenzen aus Wissenschaft und Wirtschaft können geeignete Instrumente entwickelt werden. Um Ineffizienzen und unwirtschaftliche Prestigeprojekte zu vermeiden, müssen aus gemeinsamen Daten und definierten Standards übergreifende Informationen und Dienstleistungen für alle Verkehrsteilnehmer entwickelt und angeboten werden.

5. Arbeit schaffen durch anderes Wirtschaften– Gestaltungsräume nutzen

Mit unserem Aktionsprogramm für Arbeit und Umwelt motivieren wir die Bürgerinnen und Bürger Hessens und alle wirtschaftlichen Akteure zur Mitwirkung an der Gestaltung unserer Zukunft.

Wir ersetzen durch unsere technologische Offensive hin zu erneuerbaren Ressourcen fossile Rohstoffe durch Technik, mit der wir gleichzeitig die Umwelt sanieren. Wir vermeiden die Bezugskosten für Importenergien und fördern die regionale Wertschöpfung. Wenn das Ziel

einer vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energieressourcen erreicht ist, bedeutet das für das Land Hessen die Vermeidung von über 12 Milliarden € laufender Energiekosten. Mit der Realisierung unseres Energieprogramms nähern wir uns in großen Schritten diesem gesamtwirtschaftlichen Effekt für das Land und für seine Kommunen.

Wir geben der gesamten heimischen Wirtschaft neue Impulse. Das gilt für die chemische Industrie, die von fossilen zu pflanzlichen Rohstoffen wechseln wird, wie für die Automobilindustrie, die neue Antriebstechniken für neue Kraftstoffe anbieten wird. Es gilt für die elektrotechnische Industrie, die Elektronikindustrie, die Glasindustrie und die Bauindustrie. Es gilt für das Bauhandwerk und für die Landwirtschaft, für die mittelständische Wirtschaft insgesamt ebenso wie für selbstständige Berufe, etwa Architekten und Ingenieure. Wir schaffen damit zahlreiche neue Arbeitsplätze mit Standortbindung.

Unser auch auf den Wärme- und Kraftstoffsektor ausgedehntes Programm „Neue Energie für Hessen“ bietet die Chance auf 100.000 neue Arbeitsplätze in Hessen. Zusammen mit unserem Infrastruktursicherungs- und dem Mittelstandsfinanzierungsprogramm und der im Folgenden beschriebenen aktiven Nutzung öffentlicher Gestaltungsräume haben wir die Chance, schrittweise zur Vollbeschäftigung zu gelangen. Durchbrüche zu neuen, breit wirkenden Zukunftschancen erfolgen immer durch den Mut, eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Durch anderes Wirtschaften Arbeitsplätze schaffen

Wir wollen die Arbeitslosigkeit in Hessen deutlich reduzieren. Landespolitik kann und wird dabei einen nennenswerten Effekt haben. Unsere Beschäftigungspolitik ist eng mit anderen Politikfeldern verzahnt. Dazu setzen wir auf fünf Säulen:

- gute Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft,
- Impulse durch öffentliche Nachfrage,
- gemeinwohlorientierte soziale Beschäftigung,
- Arbeitszeitverkürzung,
- Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit.

Das Ziel aktiver Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslose und Menschen mit hohem Beschäftigungsrisiko muss sein,

- die Zeit der Arbeitslosigkeit möglichst kurz zu halten,
- direkt mit Maßnahmen zur Wiedereingliederung anzusetzen,
- eine schnelle Rückkehr in die Beschäftigung zu erreichen,
- dabei die vorhandenen Qualifikationen zu sichern und
- Verschlechterungen des Anstellungsbedingungen wo immer möglich zu vermeiden.

In diesem Ziel müssen die Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen durch Landesprogramme wirksam unterstützt werden.

Dabei sollen die Bemühungen sich besonders auf die Menschen konzentrieren, die am Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind und die beim Zugang zu Arbeit größere Hürden zu überwinden haben.

Privatwirtschaft unterstützen

Wir wollen neben dem Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die starken Bereiche der Wirtschaft, die sich in einem regionalen Zusammenhang gebildet haben, weiter stärken, damit Vorsprünge erhalten und ausgebaut werden können. In den verschiedenen Regionen unseres Landes gibt es bereits heute wirtschaftliche Cluster, wie die solare Region Nordhessen, die Optikregion Mittelhessen, das Finanzzentrum Rhein-Main und einige mehr. Wir werden die Vernetzung voranbringen, die Cluster bei Forschung und Technologie in

Zusammenarbeit mit Hochschulen unterstützen, bessere Finanzierungsbedingungen herstellen und mittelständische Betriebe bei der Erarbeitung internationaler Absatzmöglichkeiten unterstützen.

Netzwerk- und Clusterstrukturen müssen so aufgebaut sein, dass Unternehmen gezielt angesprochen werden und Lösungen konkret an betrieblichen Problemen ansetzen. Der Einbindung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter – Betriebsräte und Gewerkschaften – kommt hierbei ein hoher Stellenwert zu.

Wir wollen die Bildung regionaler Kompetenznetzwerke fördern, mit dem Ziel, regionale Wirtschaftsförderung im Zusammenschluss aller arbeitsmarktpolitischen Institutionen, Verbände und den Bildungs- und Forschungseinrichtungen unter dem Dach einer Koordinierungsstelle vorzunehmen. Dazu wollen wir unser Konzept zur besseren landesweiten Vernetzung und Förderung von Transfereinrichtungen zwischen Mittelstand und Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen umsetzen.

Mit einem verbesserten Technologietransfer gilt es, die enormen innovativen Potenziale hessischer Forschungseinrichtungen und ihres Know-how Hand in Hand mit Unternehmen für die Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Hessen zu nutzen. Bei all dem müssen vorrangig die als Zukunftstechnologien zu bezeichnenden Bereiche stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, als dies derzeit der Fall ist.

Impulse durch öffentliche Nachfrage

Wir werden Nachfrageimpulse in erster Linie durch unser Programm zur Steigerung der Ressourcen- und Energieproduktivität auslösen; hinzu kommen Stadtsanierung und Dorferneuerung. Die Impulse durch Änderungen in der landeseigenen Beschaffung und der beispielhaften Sanierung landeseigener Gebäude wird verstärkt durch die Multiplikatoreffekte bei Kommunen und öffentlichen Unternehmen. So wird z. B. ein erheblicher Teil des hessischen Mietwohnungsbestandes von öffentlichen Unternehmen verwaltet. Neben direkten Effekten bei jenen Unternehmen, die mit neuen Produkten, Dienstleistungen und Energiespartetechnologien zum Zuge kommen, werden diese ihrerseits wiederum innovative Produkte bei Lieferanten anfordern. Zusammen mit der Förderung der oben angesprochenen Clusterbildung für die Privatwirtschaft wird dies erhebliche Arbeitsplatzeffekte auch in Hessen selbst haben. Tariftreue ist dabei für uns Voraussetzung.

Mindestlohn und Tariftreue

Wir erleben derzeit eine zunehmende Veränderung der Beschäftigungswelt. Angemessen bezahlte Normalarbeitsverhältnisse nehmen ab. Viele Menschen arbeiten in Mini-Jobs, in schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika oder sind langzeitarbeitslos. Eine immer größer werdende Zahl von Beschäftigten verdient so wenig, dass sie trotz Vollzeitarbeit auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. Wir wollen, dass Menschen, die Arbeit haben, auch davon leben können. Deshalb hat sich die hessische SPD seit Langem auf der Bundesebene für einen Mindestlohn eingesetzt.

Durch ein hessisches Tariftreuegesetz werden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifverträgen und die Ausbildungsleistungen von Betrieben koppeln.

Kommunale und regionale Beschäftigungspolitik

Wir wollen kommunale Beschäftigungspolitik wieder stärken. Hier zeigen uns gute, von Sozialdemokraten entwickelte Beispiele aus vielen Kommunen in Hessen, welche Chancen wir haben.

Die SPD hat in Hessen mit dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ schon einmal einen Weg einer Arbeitsmarktpolitik für besonders benachteiligte Langzeiterwerbslose eröffnet. Dies war eine Arbeitsmarktpolitik

- der Teilhabe und Integration aller statt Ausgrenzung Benachteiligter;
- mit sinnvoller, auf den 1. Arbeitsmarkt hin orientierter Beschäftigung und Qualifizierung;
- mit einer echten Verbindung von Fördern und Fordern;
- mit Stärkung lokaler und regionaler Netzwerke für Beschäftigung, Erhöhung kommunaler Kompetenz und Verantwortlichkeit;
- mit konstruktiver Begleitung und Unterstützung der kommunalen Arbeitsmarktpolitik durch das Land.

Die Hartz-Gesetze I bis IV haben in jeder Hinsicht neue Rahmenbedingungen für die in regionaler Verantwortung umzusetzende Arbeitsmarktpolitik geschaffen. Dabei sind außerordentliche neue Organisationsanforderungen an die verantwortlichen Akteure gestellt – an Arbeitsagenturen, Kommunen, Aus- und Weiterbildungs- sowie Beschäftigungsträger, Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation usw. Neue Schnittstellen müssen sauber definiert und neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden. Das bedeutet auch neue Qualifikations- und Kompetenzanforderungen an das Fach- und Führungspersonal.

Die CDU-Regierung hat sich weder nachhaltig noch erfolgreich für die Wirksamkeit des von ihr propagierten Optionsmodells interessiert oder eingesetzt.

Die SPD in der Regierungsverantwortung wird dagegen wieder eine aktive Rolle einnehmen und landespolitische Leitplanken setzen, welche die Möglichkeiten der Kommunen verbessern, ihre Beschäftigungspolitik wirksamer zu gestalten und umzusetzen:

- Sie wird die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II in Hessen aktiv begleiten. Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen sollen auch in Hessen möglichst viele Probleme gemeinsam angehen und einen lebendigen Austausch von erfolgreicher und guter Praxis pflegen.
- Sie wird ressortübergreifend die Aktivierung und Zusammenarbeit aller Akteure und Institutionen, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt verantwortlich sind, zu einem Kernthema der Landespolitik.
- Sie wird die Entwicklung regionaler Beschäftigungspläne mit einer breiten Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure fördern, wie sie in vielen europäischen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt werden. Nur so gelingt eine kommunale Beschäftigungspolitik aus einem Guss für die Altbewerber am Ausbildungsmarkt, für die älteren Langzeitarbeitslosen, für Frauen als Berufsrückkehrerinnen und für langzeitarbeitslose Nichtleistungsempfänger.
- Die zuständigen Ministerien werden im Ressortverbund den übergreifenden Erfahrungsaustausch und Netzwerke fördern sowie Unterstützung vor Ort gewährleisten. Sie werden für die Fach- und Führungskräfte der kommunalen Arbeitsmarktpolitik Initiativen zur Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen ergreifen.
- Die zum System des lebensbegleitenden Lernens gehörenden Konzepte der Schul- und Berufsbildung sowie der Weiterbildung werden mit den Konzepten der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung verbunden.
- Wir werden mit allen Verantwortlichen gemeinsam eine Konzeption zu den Möglichkeiten zeitlich begrenzter gemeinwohlorientierter Beschäftigungsfelder erarbeiten. Diese wird Basis und Anstoß für entsprechende lokale Umsetzungskonzepte sein, mit denen auch arbeitslosen Menschen mit fehlender Berufsqualifikation und anderen Beschäftigungshindernissen Teilhabemöglichkeiten eröffnet werden. Dazu werden aber auch öffentliche Arbeitsangebote gehören. Insbesondere für jene Arbeitslosen, die keine direkte Beschäftigungsmöglichkeit im ersten Arbeitsmarkt finden, wird ein großer Bereich gemeinnütziger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aufgebaut. Er dient der Erledigung öffentlicher Aufgaben, die sonst nicht erledigt würden.

Wir setzen auf die Initiativen bei der schnellen Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche. Nichts ist wichtiger als der Berufseinstieg der Jugendlichen und die Chance auf eigenständiges Arbeiten für jede(n). Bei der Berufsausbildung verzahnt sich dieser Teil unserer Beschäftigungspolitik mit unserem Haus der Bildung. Dort wird unsere Planung für die Berufsausbildung ausführlich beschrieben. Dazu gehören auch außerbetriebliche Ausbildungszentren, bei denen die Kommunen eine große Rolle spielen werden. Mit der Integration von Jugendpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik und Kommunalpolitik wird es uns gelingen, fast jedem Jugendlichen einen guten Start in das Berufsleben zu ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, dass es in Hessen einen landesweiten Aktionsplan gibt, mit dem Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche durch diese Form kommunaler Beschäftigungspolitik verdreifacht wird.

Auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir neue Perspektiven schaffen. Arbeitslose über fünfzig haben noch immer kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz. Wir erkennen ihre Kompetenzen und Erfahrungen an, wollen sie für die Gesellschaft nutzbar machen und den Betroffenen neue berufliche und soziale Möglichkeiten eröffnen. Zu diesem Zweck wird die sozialdemokratische Landesregierung gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen ein hessisches Sofortprogramm für die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser entwickeln.

Wettbewerb und Transparenz beim Umsteuern

Wir wollen in Hessen in vielen Handlungsfeldern umsteuern, um die neue Politik für Arbeit, Wirtschaft und Umwelt im ganzen Land wirksam werden zu lassen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der neuen Landespolitik, dass politisch verabredete Ziele, wie z. B. Energiesparen und eine aktive Beschäftigungspolitik, auch umgesetzt werden. Sie erwarten ferner, dass dabei nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch volkswirtschaftliche Logik, wie etwa die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt, in die Projektplanung einbezogen wird, um langfristig positive Entwicklungen anzustoßen.

Damit die Bürgerinnen und Bürger die Ergebnisse unserer Politik auch überprüfen können, wollen wir für mehr Transparenz sorgen. Deshalb werden wir Informationen über den Stand und die Entwicklung in den verschiedenen Handlungsfeldern vorlegen, bei dem die wichtigsten Entwicklungen mit messbaren Ergebnissen versehen sind. Dies können neben üblichen Statistiken auch Indikatoren für die ökonomische und ökologische Entwicklung oder die soziale Ausgewogenheit sein. Auf diese Weise werden wir die Ziele der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung in Hessen umsetzen und voranbringen.

III. Die Zeit ist reif für neue Chancengleichheit

Für uns sind gleiche Chancen ein Gebot der Gerechtigkeit. Mehr Chancengleichheit zu schaffen, zieht sich durch viele Politikfelder. Ob Kindergarten, Schule oder Hochschule, ob Jugendhilfe, Integration, Ausbildung oder Arbeit: In diesen und vielen weiteren Themenfeldern kann Landespolitik durch konkrete Maßnahmen für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse sorgen.

Die PISA-Studien haben mehrfach gezeigt, dass die Bildungschancen in Deutschland noch immer abhängig sind vom sozialen Status der Eltern. Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat nur ein Viertel der Chancen, die Hochschulreife zu erreichen im Vergleich zu einem Kind aus einer Manager- oder Akademikerfamilie. Diese Ungerechtigkeit können und wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der gleiche Bildungschancen selbstverständlich sind, ganz gleich welche Bildung, welchen Beruf oder welches Einkommen die Eltern haben.

Eine Landesregierung, die zusätzliche Barrieren im Bildungssystem schafft, versündigt sich nicht nur an den Kindern, sie schädigt gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Hessen. Deshalb werden wir die neu errichteten Bildungsbarrieren der Regierung Koch wieder beseitigen.

Hürden für den schulischen Aufstieg und Undurchlässigkeit der Bildungsgänge passen nicht zum Ziel gleicher Bildungschancen.

Wir werden Hessen modernisieren, indem wir eine Gesellschaft der Teilhabe für alle verwirklichen. Das Wichtigste für uns sind die Menschen in unserem Land. Unsere Politik setzt auf ihre Fähigkeiten. In sie investieren wir vor allem. Weil wir eine nachhaltige Politik wollen, welche die Chancen zukünftiger Generationen sichert, setzen wir in der Bildung einen wichtigen Schwerpunkt. Für uns sind die Ausgaben für Bildung Investitionen in die Zukunft.

Wir wollen auch dafür sorgen, dass sich Schulen daran beteiligt, all die von Rollenklischees überlagerten realen Potenziale der Jungen und Mädchen in ihrer Reichhaltigkeit zu erkennen und zu fördern.

1. Chancengleichheit im Haus der Bildung

Unser Maßstab sind die Kinder

Maßstab für unsere Politik sind die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebendigkeit, ihrer Vielfalt und ihrer Unterschiedlichkeit auch in ihrer Entwicklung. Für uns sind alle in ihrer Würde als individuelle Persönlichkeiten gleich wert, gleich zu achten, gleich zu schützen und zu schätzen – unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit und Begabung. Aber auch ungeachtet ihres Geschlechts, der sozialen und ethnischen Herkunft der Eltern.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder und Jugendlichen bildungsfähig und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern. Wir wollen eine Schule, in der die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Lebensbedingungen das pädagogische Konzept bestimmen. Nicht die Kinder müssen den Institutionen angepasst werden, sondern die Institutionen müssen sich der Unterschiedlichkeit der Kinder anpassen. Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf qualifizierte Bildungsbeteiligung und ein hohes Leistungsniveau der einzelnen Schulen.

Jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung. Um dies zu erreichen, bedarf es grundsätzlicher Änderungen in unserem Bildungssystem. Die Schulpolitik der CDU-Landesregierung hat dazu geführt, dass die Kinder von Beginn an in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer geteilt werden. Unter Koch entscheidet der soziale Status der Eltern noch deutlicher über die Bildungschancen der Kinder. Wir dürfen es nicht zulassen, dass so viele Kinder auf ihrem Bildungsweg zurückgelassen werden. Zu wenige Kinder erreichen einen Abschluss, der ihnen die Chance auf einen qualifizierten Berufsweg eröffnet.

Das Grundkonzept

Die hessische SPD setzt dem konservativen Bildungsverständnis von möglichst früher Selektion das Konzept des „Haus der Bildung“ gegenüber. Dies ist keine neue Schulform, sondern eine Verbesserung aller Schulen. Wir werden ein gerechtes Bildungssystem schaffen. Statt auf Auslese und Selektion setzen wir auf Förderung und Integration. Längeres gemeinsames Lernen, Fordern und Fördern lauten dabei unsere Grundsätze: An ihnen muss sich Bildungspolitik orientieren.

- Kein Kind wird zurückgelassen – Lernen fördern!
- Unterschiedlichkeiten voraussetzen – Lernen individualisieren!
- Verschiedenheiten anerkennen – Respekt vor Besonderheiten!
- Hohe Ansprüche an das Lernen aller Kinder und Jugendlichen – Lernen fordern!
- Benachteiligungen erkennen und mildern – Erziehungsleistung stärken!
- Selbstverantwortung altersgemäß erproben – Erfahrungsräume schaffen!

Gute Bildung ist für das einzelne Kind und die Entfaltung seiner Persönlichkeit ebenso wichtig wie für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung unseres Landes. Nur wenn es uns gelingt, alle Begabungsreserven zu erschließen, ist unser Land zukunftsfähig. Lediglich ein hohes Bildungsniveau aller sichert die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dazu brauchen wir ein leistungsförderndes Bildungssystem, das auch nach dem Schulabschluss nicht aufhört, sondern lebensbegleitende Angebote vorhält.

Wir wollen mit unserer Bildungspolitik die Grundlage für eine offene und tolerante Gesellschaft in Hessen schaffen. Dafür benötigen wir wieder eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Gute Bildung von Anfang an

Wir treten ein für eine frühkindliche Bildung, welche die Lebensphase von der Geburt bis zum Abschluss der Grundschule insgesamt in den Blick nimmt.

Dabei wollen wir die Eltern mit Angeboten wie Krabbelgruppen und Tagesmüttern unterstützen, damit diese ihrer erzieherischen Verantwortung gerecht werden können. Hierbei sind alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe aufgefordert, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen. Wir werden dafür sorgen, dass sich das Land angemessen finanziell beteiligt.

Wir wollen keine finanziellen Zugangsbarrieren zu den Einrichtungen der frühen Bildung. Die Entscheidung für einen Kindergartenbesuch darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher wollen wir Kindertagesstätten und Kindergärten gemeinsam mit allen Trägern zu Bildungseinrichtungen weiterentwickeln, die kostenfrei angeboten werden. Dabei streben wir die volle Gebührenfreiheit an. Für uns besitzt das letzte Kindergartenjahr eine besondere Bedeutung in der Vorbereitung auf den Übergang zur Grundschule. Deshalb wollen wir es für alle Kinder ab fünf Jahren verpflichtend machen.

Wir wollen den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule angstfreier, gleitender und insgesamt mit weniger Reibungsverlusten und Brüchen gestalten. Wichtig ist die gemeinsame Verantwortung von Kindertageseinrichtung und Grundschule für Erziehung und Bildung der Kinder. Daneben steht für uns als gleichberechtigtes und unverzichtbares Element die Verantwortung der Eltern. Sie müssen in die Arbeit beider Einrichtungen eingebunden sein und bei Bedarf auch durch Jugend- und Familienhilfe, Ärzte usw. gezielt unterstützt werden. Elternarbeit muss fester Bestandteil des Programms der Kindertageseinrichtung ebenso wie des Schulprogramms der Grundschule sein.

Wir wollen Kinder mit gutem Selbstwertgefühl, die in der Lage sind, komplexe Situationen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren, Probleme friedlich zu lösen und sich selbst zu organisieren. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung für Integration und Bildungserfolg. Wir werden daher die Angebote zur Sprachförderung bedarfsgerecht für alle Kinder weiterentwickeln. Die SPD wird auf dieser Grundlage den vorliegenden Bildungs- und Erziehungsplan konkretisieren und den Einrichtungen die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung zur Verfügung stellen. Für die vorgesehene fest installierte Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule werden wir die personellen Voraussetzungen schaffen.

Der Grundschule obliegen wichtige Aufgaben in der Förderung von Kindern; sie darf nicht auf eine Zulieferfunktion für das weiterführende Schulsystem reduziert werden. Wir werden daher die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe weiterentwickeln, in der Kinder je nach Entwicklungsstand zwischen ein und drei Jahren bleiben können. Jedes Kind kommt nach dem Kindergarten in die Grundschule. Eine Rückstellung wegen angeblich mangelnder Schulreife wird es nicht mehr geben. Wir werden jede Schuleingangsgruppe mit Sozialpädagogen fördern. Das durchschnittliche Einschulungsalter werden wir mit diesen Maßnahmen deutlich senken.

Für die neuen Aufgaben der Erzieherinnen und Erzieher werden wir deren Ausbildung reformieren. Künftig wird ein Studium die Ausbildungsstruktur ergänzen, das den gewachsenen Ansprüchen des Berufsbildes Rechnung trägt. Zur Teilnahme an einem solchen Studiengang berechtigt die abgeschlossene Fachschulausbildung. Um ausreichend Erzieherinnen und Erzieher einstellen zu können, müssen die Ausbildungskapazitäten angepasst werden.

Wir werden für Kinder und Jugendliche die bisherige Trennung der Zuständigkeiten des Sozialministeriums auf der einen Seite und des Kultusministeriums auf der anderen Seite aufheben und ein Ministerium für Bildung und Jugend schaffen.

Längeres gemeinsames Lernen

Wir wollen die frühe Selektion an Hessens Schulen beenden. Hier werden ohne Grund für viele Kinder Lebenschancen verbaut. Wer die individuelle Entwicklung jedes einzelnen Kindes ernst nimmt, kann deutlich mehr Kinder zu besseren Bildungsabschlüssen fördern. Dies ist sowohl im Interesse jedes einzelnen Kindes als auch im Interesse der gesamten Gesellschaft. Wir brauchen deutlich mehr sehr gut ausgebildete Menschen, wenn wir die Zukunft in Wirtschaft und Gesellschaft meistern wollen. Alle Studien zeigen, dass das gemeinsame Lernen in unseren europäischen Nachbarländern nicht nur mehr Schüler fördert, sondern auch bessere Leistungen sowohl im Durchschnitt als auch bei den Spitzenschülern hervorbringt.

Längeres gemeinsames Lernen ist auch sozial gerechter, denn viel zu oft wird bei der Schulempfehlung nach sozialer Herkunft statt nach Leistungsfähigkeit entschieden.

Wir wollen eine Schule, die Freiräume für die soziale und individuelle Entwicklung aller Kinder ohne Anpassungsdruck und Aussonderungsdrohung bereithält und auf die Illusion von homogenen Lerngruppen verzichtet.

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen. Daher streben wir eine Schulstruktur an, in der alle weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 eine gemeinsame Mittelstufe anbieten. Wir werden dafür sorgen, dass schon ab 2008 bestehende Schulen des Sekundarbereichs I nach den Prinzipien unseres Hauses der Bildung arbeiten können. Weiterhin wollen wir erreichen, dass bis zum Jahr 2010 für jedes Kind wohnortnah im Sekundarbereich I mindestens eine Schule nach den Prinzipien unseres Hauses der Bildung arbeitet.

Wir werden jedoch keine Schulreform „von oben“ verordnen. Wir wissen, dass wir eine grundlegende Veränderung des Schulsystems und der damit verbundenen Erwartungshaltung an bestmögliche Bildungserfolge der Schülerinnen und Schüler nur im Dialog mit Eltern und Lehrkräften erreichen werden.

Wir streben eine an den vorhandenen Schulstandorten ausgerichtete Weiterentwicklung des Schulsystems an. Dazu werden wir:

- schulformunabhängige Bildungsstandards schaffen, die beschreiben, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler am Ende eines Jahrgangs mindestens erreicht haben sollen.
- die bestehenden schulformbezogenen Lehrpläne und Stundentafeln aufheben und durch Kernlehrpläne und Jahresstundentafeln ersetzen, die an den Bildungsstandards orientiert sind, damit die Schulen den pädagogischen Freiraum erhalten, um möglichst vielen Schüler die Kompetenzstufen im Rahmen dieser Kernlehrpläne zu ermöglichen.
- den Elternwillen ernst nehmen. Aus diesem Grund wird es eine Schulformempfehlung der Grundschule nicht mehr geben. Für alle Schulen der Mittelstufe gilt:
 - Die Querversetzung, d. h. die Überweisung an eine andere Schule, wird aus dem Schulgesetz gestrichen.

- An die Stelle des Sitzenbleibens treten Fördermaßnahmen. Die Eltern behalten aber das Recht, selbst über eine Klassenwiederholung oder einen Schulwechsel ihres Kindes zu entscheiden.
- Alle Schulen der Sekundarstufe I bereiten auf alle Abschlüsse vor.
- Schulsozialarbeit unterstützen, die Schülerinnen und Schülern rechtzeitig beim Bearbeiten persönlicher und sozialer Probleme hilft.

Wir wollen wieder eine regional angepasste Schulentwicklungsplanung vor Ort. Die Schulen mit gemeinsamer Sekundarstufe I erhöhen die Flexibilität der kommunalen Schulträger. Durch Zusammenlegung und Umwandlung bestehender Schulen kann auf die demografische Entwicklung angemessen reagiert werden. Eine gemeinsame Sekundarstufe I ermöglicht den Schulträgern, allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu allen Abschlüssen und Qualifikationen offenzuhalten. Die Richtwerte zur Klassenbildung werden wir abschaffen.

Schulen, ihre Schülerinnen und Schüler sowie das jeweilige soziale Umfeld unterscheiden sich zum Teil erheblich. Dementsprechend darf die Lehrerzuweisung nicht ausschließlich an der Zahl der Klassen bemessen werden, sondern muss auch die pädagogischen Zielsetzungen und strukturellen Bedingungen der einzelnen Schule berücksichtigen.

Unser Grundsatz des längeren gemeinsamen Lernens schließt ausdrücklich auch Kinder mit Behinderungen ein. Wir wollen deren Isolierung vermeiden, denn wer von Anfang an nicht ausgeschlossen wird, muss auch später nicht wieder integriert werden. Aus diesem Grund werden wir das System der Förderschulen von Grund auf überdenken. Unser Ziel ist die Überwindung aussondernder Einrichtungen. Auch Jugendliche mit besonderem pädagogischen Förderbedarf müssen ihre individuelle Förderung in der gemeinsamen Schule erfahren. Lediglich für Kinder und Jugendliche mit schweren und schwersten Behinderungen werden gesonderte Klassen nötig sein, um ihren besonderen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Kein Jugendlicher ohne Abschluss

Wir wollen keinen Jugendlichen ohne Abschluss aus der Schule zu entlassen. Wir werden Schule so organisieren, dass der allgemeine Bildungsabschluss nach der 10. Klasse erworben wird. Ziel ist es, einen allgemeinen Bildungsabschluss nach der Klasse 10 zu vergeben. Das 10. Schuljahr wird künftig eine Gelenkfunktion beim Übergang in die berufliche Ausbildung oder in die weiterführenden Schulen wahrnehmen.

Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe wird aufgehoben, G 8 wird beendet.

Nach dem allgemeinen Bildungsabschluss wählt jede und jeder Jugendliche seinen weiteren Werdegang aus den Optionen Berufsausbildung, vollschulische Assistentenausbildung oder Oberstufe zum Erwerb der Hochschulreife.

Die kommunale Jugendberufshilfe wurde im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ durch die Zerschlagung des Fachstellenprogramms erheblich geschwächt. Sie braucht neue Impulse und muss wieder gestärkt werden. Die Aufgabe des Landes besteht darin, den Aufbau lokaler Netzwerke für den Übergang von der Schule in den Beruf unter Einschluss der Jugendberufshilfe zu unterstützen.

Die berufliche Ausbildung, die am Berufsprinzip orientiert bleibt, erfolgt in der Regel im dualen System. Bei besonderen Engpässen auf dem Ausbildungsmarkt und zu geringem Angebot an dualen Ausbildungsplätzen wird das erforderliche Angebot der beruflichen Erstausbildung in staatlicher Verantwortung durch die Möglichkeit der vollschulischen Berufsausbildung an Beruflichen Schulen mit gleichwertigen Berufsabschlüssen organisiert. Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung berechtigt zur Fort- und Weiterbildung an

einer Fachoberschule, einer Berufsakademie, einer Fachschule oder zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule oder Universität.

Um auch weiterhin das Abitur nach zwölf Jahren erreichen zu können, wollen wir eine Oberstufe mit einem echten Kurssystem, das in zwei bis drei Jahren durchlaufen werden kann. Entscheidend ist der Nachweis der Pflichtkurse bis zur Abiturprüfung. Jede Schülerin und jeder Schüler erarbeitet mit beratender Unterstützung durch die Lehrer zu Beginn der Oberstufe einen individuellen Lernplan aus, der regelmäßig überprüft und gegebenenfalls modifiziert wird.

Die Schuleingangsstufe der Grundschule und das Kurssystem der Oberstufe sorgen für eine weitestgehende Flexibilisierung und geben weiterhin die Chance für die Verkürzung der Schulzeit.

Besser Lernen in Ganztagschulen

Längeres gemeinsames Lernen und echte Ganztagsschulangebote gehören untrennbar zusammen. Für uns ist Ganztagschule mehr, als den jetzigen Schulalltag in den Nachmittag zu verlängern. Wir wollen mehr als eine Mittagsbetreuung. Wir wollen Ganztagschulen mit einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus, in denen neue Bildungskonzepte verwirklicht werden können. Wir wollen einen Schulalltag, der fächerübergreifende Förderung organisieren hilft und Unterricht, Erziehung und individuelle Förderung besser miteinander kombinieren kann. Deshalb halten wir an dem Ziel eines Ausbaus der Ganztagschulen fest. Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden.

Wir wollen lebendige Schulen, in denen Lehren und Lernen Spaß und Freude bereiten und zu Lernerfolgen führen. Zu diesem Zweck muss der Schulalltag verstärkt an die Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Wir wollen die Qualität der Lern- und Bildungsprozesse insgesamt steigern und erstreben eine andere Rhythmisierung sowie Organisation des Schulalltags. In einer Ganztagschule ist auch mehr Raum, um die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu stärken und die Schulgemeinschaft auszubauen. Die Erfahrung sinnvoller Freizeitgestaltung muss fester Bestandteil eines jeden Ganztagsangebotes werden. Wir setzen dabei auf den Ausbau der bereits bestehenden erfolgreichen Zusammenarbeit beispielsweise mit Volkshochschulen, Musikschulen und Vereinen.

Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler fördern, Kinder mit Schwächen durch zusätzliche Beratung und Förderung über den Unterricht hinaus, besonders durch Hausaufgabenbetreuung und gezielte Nachhilfe, aber auch durch integrierte Schulsozialarbeit unterstützen. Wir wollen in Kooperation mit anderen Bildungsinstitutionen für besonders Begabte zusätzliche Angebote im Regelschulsystem schaffen.

Ganztagschulen verhelfen auch zur Chancengleichheit in der Familie. Sie sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie entsprechen den Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, die auf die Veränderungen von Familienstrukturen reagiert und Antworten bereithält. Ganztagsangebote und Ganztagschulen verbessern nicht zuletzt die Wettbewerbschancen des Wirtschaftsstandorts Deutschland, die mehr denn je durch die Qualität von Bildung und Ausbildung bestimmt werden.

Verantwortung in Selbstständigkeit

Schulen wissen am besten, welche pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen nötig sind, um ihren Schülern die bestmögliche Schullaufbahn zu bieten. Wir werden daher den hessischen Schulen mehr Selbstständigkeit geben. Voraussetzung für Selbstständigkeit von Schule ist die Verlässlichkeit der Politik hinsichtlich der pädagogischen Zielsetzungen, der bestehenden Unterstützung für die Schulen und der Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen. Eine größere Selbstständigkeit von Schulen darf von der Politik nicht dazu missbraucht werden, Verantwortlichkeiten und Mangelverwaltung an die Schulen

abzuschieben. Durch das CDU-Programm „Unterrichtsgarantie plus“ wird der Weg zur Selbstverantwortung diskreditiert. Diese Fehlentwicklung werden wir korrigieren.

Wir werden den Schulen ein Gesamtbudget zur Verfügung stellen, aus dem sie eigenständig Personal- und Sachmittelaufwendungen bestreiten. Dabei muss die Lehrmittelfreiheit realisiert werden. Die Gesamtverantwortung für Schule und Bildung verbleibt beim Staat. Für Schulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, wie einem hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund, hoher Sozialhilfedichte im Einzugsgebiet, hoher Arbeitslosenquote, sowie für sonderpädagogische Förderbedarfe und besondere Förderkonzepte für alle Begabungen stellen wir zusätzliche Mittel bereit. Wir setzen uns in Schulen mit einem hohen Anteil islamisch-gläubiger Kinder für einen staatlichen deutschsprachigen islamischen Religionsunterricht nach Lehrplan mit ausgebildeten Fachkräften ein. Für die Verwaltungstätigkeit soll die Schule Fachpersonal einstellen können.

Die Schulen entscheiden in eigener Verantwortung auf der Basis ihres Schulprogramms über Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung. Dazu werden schulformübergreifende Bildungsstandards erarbeitet, die auf Kompetenzstufen aufbauen. Die bisherigen Fachlehrpläne werden durch Kerncurricula ersetzt, die den Schulen größere inhaltliche und methodische Freiräume gewähren. Der Unterricht wird auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler zugeschnitten. Die Wochenstundentafel wird durch eine flexible Jahrestundentafel ersetzt. Im Rahmen der Selbstständigkeit der Schulen entfällt das Zentralabitur.

In der Schule darf Demokratie nicht nur auf dem Lehrplan stehen, sie muss auch von der Schulgemeinde gelebt werden. Wir werden daher die hessischen Schulen demokratisch verfassen. An den Entscheidungen werden Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger unter Einbeziehung des regionalen Umfeldes beteiligt. Dies stärkt die Identifikation mit der Schule und erzeugt eine höhere Verbindlichkeit der Entscheidungen. Wir werden dafür ein neues Personalvertretungsrecht schaffen.

Das eingerichtete Institut für Qualitätsentwicklung und das Amt für Lehrerbildung werden hinsichtlich ihrer Aufgabenstellungen als Dienstleister für die schulische Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung überprüft und weiterentwickelt. Auch den staatlichen Schulämtern wird bei der Qualitätssicherung und -entwicklung eine neue zentrale Rolle zukommen. Notwendige finanzielle Mittel zum Aufbau schulinterner Qualitätssicherungssysteme werden zur Verfügung gestellt.

Schulen in freier Trägerschaft ergänzen wirkungsvoll das Angebot der staatlichen Schulen. Besondere pädagogische Profile und alternative pädagogische Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Sie unterstützen die Vielfalt der Begabungen und tragen unterschiedlichen Wünschen sowie Bedürfnissen von Eltern und Schülerinnen und Schülern Rechnung. Sie brauchen pädagogische Freiräume, die wir ihnen gewähren wollen. Sie brauchen ebenfalls eine verlässliche Finanzierung und die Möglichkeit, an Landesschulprogrammen zu partizipieren. Wir werden ein transparentes Finanzierungssystem schaffen, das die finanzielle Ausstattung der Schulen in freier Trägerschaft sichert.

Wir werden die Öffnungsklausel im hessischen Schulgesetz zur Abschaffung der kostenfreien Schülerbeförderung zurücknehmen.

Neue Lehrerbildung

Wir wollen Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichem sozialen, sprachlichen und familiären Hintergründen individuell und effektiv unterrichten können. Sie müssen mit verschiedensten Begabungen, mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten als auch mit besonderen Talenten umgehen und sie fördern können. Lehrerinnen und Lehrer sind Initiatoren, Moderatoren und Lernbegleiter von Unterrichtsprozessen. Sie leiten Schülerinnen und Schüler dazu an, eigenverantwortlich zu lernen und Lernprozesse selbstständig zu organisieren. Sie können diese Aufgaben nur meistern, wenn sie bereits von

Ausbildungsbeginn an darauf vorbereitet werden. Daher muss sich Lehrerausbildung grundlegend verändern.

Im Zentrum der Ausbildung muss die Vorbereitung auf den Arbeitsplatz „Schule“ stehen. Fachwissenschaften, Pädagogik, Didaktik und der Erwerb diagnostischer Kompetenzen sind in ihren theoretischen und praktischen Bezügen stärker miteinander zu verbinden. Ein gemeinsamer Bachelorstudiengang wird die Vermittlung dieser Kompetenzen in den Mittelpunkt stellen. Mit der Umsetzung eines neuen Lehrerleitbildes wird die Forderung nach höherer Arbeitsmarktrelevanz für die Absolventen Erfolg versprechender zu lösen sein. Dabei ist es entscheidend, dass bereits im Bachelor- und später im Masterstudiengang größere Praxisanteile und auch die Vermittlung von fachdidaktischen Inhalten mit ins Zentrum der Ausbildung genommen werden. Wir werden die schulformbezogenen Ausbildungsgänge für das Lehramt aufheben und dadurch Hierarchien im Lehrerberuf abbauen. Wir werden die Inhalte des Referendariats in die universitäre Ausbildung integrieren. Hierbei sollten Studienseminare und Universität über die Zentren der Lehrerbildung eng zusammenarbeiten. Die Trennung der Ausbildung in zwei Phasen wird aufgegeben. Um den Einstieg in den Lehrerberuf zu erleichtern, wird eine einjährige begleitete Berufseinführungsphase eingeführt. Die Studienseminare werden auch weiterhin die fachdidaktische und fachpraktische Ausbildung mitverantworten. Sie begleiten die Studierenden in Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern während der universitären Ausbildung und in der Zeit der Berufseinstiegsphase. Vor Aufnahme eines Lehramtsstudiums steht ein verpflichtendes Praktikum. Es wird durch die Studienseminare betreut.

Schwerpunkt an der Hochschule ist die pädagogische Ausbildung. Fachliche und fachübergreifende Vermittlungskompetenzen, Teamfähigkeit, Diagnosefähigkeiten und sozial- und entwicklungspsychologische Kenntnisse sind die Grundlage für einen Unterricht, dessen Ziel die individuelle Förderung des einzelnen Kindes ist.

Früher als bisher müssen schulpraktische Studien, Blockpraktika, Semesterpraktika oder Praxissemester integraler Bestandteil des Lehramtsstudiums werden. Es wird ein System von Ausbildungsschulen aufgebaut, die mit zusätzlichen Ressourcen die Lehrerbildung in ihrer Region umsetzen.

Als Erleichterung des Einstiegs in den Lehrerberuf wird eine begleitete Berufseinstiegsphase eingeführt. In den Studienseminaren wird die Unterrichtstätigkeit aufgearbeitet und reflektiert. Damit kommt den Studienseminaren auch zukünftig eine herausragende Bedeutung bei der Unterstützung der jungen Lehrkräfte und für die Sicherung der Unterrichtsqualität insgesamt zu.

Die Fortbildung muss ein fester Bestandteil des Berufsbildes sein und kontinuierlich verpflichtend organisiert werden. Sie wird nicht nur personenbezogen durchgeführt, sondern den Bedürfnissen im Rahmen der Schulentwicklung angepasst, ergänzt um Fortbildungsangebote, die speziell auf eine bestimmte Schule und für Kollegium sowie Schüler- und Elternschaft einer Schule zugeschnitten sind. Die Fortbildung muss deshalb in enger inhaltlicher, personeller und organisatorischer Abstimmung mit den Seminaren und den Hochschulen erfolgen. Fortbildungsveranstaltungen sind in der Regel in der unterrichtsfreien Zeit.

Berufliche Bildung weiterentwickeln

Neben der Reform der allgemein bildenden Schulen wird die SPD das System der beruflichen Bildung zukunftsfähig gestalten. Die beruflichen Schulen sollen zu regionalen Kompetenzzentren weiterentwickelt werden. Wir halten am Grundsatz der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung fest. Darüber hinaus wollen wir mehr Möglichkeiten für den gleichzeitigen Erwerb eines Abiturs mit einer Berufsausbildung schaffen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird

- das duale Berufsausbildungssystem mit starken Berufsschulen als Schlüssel für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe weiterentwickeln.
- dafür sorgen, dass der Anspruch für jede/n Jugendliche/n auf eine Berufsausbildung durch eine solidarische Berufsbildungsfinanzierung als fairer Lastenausgleich zur Finanzierung eines auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebotes unterstützt wird.
- berufliche Schulen zu professionellen Ausbildungsschulen als zweite Säule der Berufsausbildung bei Engpässen auf dem Ausbildungsmarkt entwickeln und hierbei Erfahrungen mit dem Konzept der Produktionsschulen mit einbeziehen.
- die berufliche Fort- und Weiterbildung als wichtige Säule des öffentlichen Bildungssystems ausgestalten.
- den „zweiten Bildungsweg“ bis zum Erreichen von Studienabschlüssen durch aufeinander bezogene Anrechnungen und Berechtigungen verlässlich und durchlässig gestalten.
- die beruflichen Schulen als eigenverantwortlich handelnde pädagogische Organisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit zu regionalen Kompetenzzentren für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen.
- die sozialen Dienste ressort- und schulformübergreifend zur Förderung benachteiligter Jugendlicher vernetzen.

Probleme auf dem Ausbildungsmarkt dürfen nicht mit verkürzten Ausbildungsgängen beantwortet werden. Wir wollen, dass bereits während der Erstausbildung ein hohes Maß an Berufsfähigkeit erlangt wird.

Bei der „Benachteiligtenförderung für nicht ausbildungsreife Jugendliche beim Übergang Schule – Beruf“ müssen ergänzend zu den Möglichkeiten der Arbeitsagenturen integrative Maßnahmen quantitativ und qualitativ angemessen geregelt werden. Die örtlichen Träger der Jugendhilfe müssen in ihrer Verantwortung wieder gestärkt werden, denn nach wie vor klafft eine große und Jahr für Jahr weiter wachsende Lücke von einigen tausend Jugendlichen, die – ohne ausbildungsreif zu sein – aus der allgemeinbildenden Schule kommen. Notwendig sind mehr Jugendwerkstätten, kreative Hilfsangebote und Produktionsschulen.

Lebensbegleitendes Lernen – Weiterbildung stärken

Chancengleichheit bedeutet für uns auch, den Menschen, die in Hessen leben und arbeiten, das Recht auf Weiter- bzw. Fortbildung zu garantieren. Ihnen müssen neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Dies trägt zur Gesamtentwicklung der Persönlichkeit und zum Abbau von Benachteiligungen in der Gesellschaft bei. Wir werden Weiterbildung so entwickeln, dass aus einer Vielzahl von einzelnen Modulen je nach Bedarf passformige Angebote zusammengestellt werden können.

Wir wollen lebensbegleitende Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen. Sie ist notwendig in der Auseinandersetzung mit sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Strukturen und beruflichen Anforderungen.

Die Teilnahme an Weiterbildung muss deutlich erhöht werden. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Bildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe zu gewährleisten. Dazu gehören unter anderem Angebote zur beruflichen Qualifizierung, zur politischen Bildung, zur kulturellen und sprachlichen Integration sowie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit. Besonderer Förderung bedürfen Personen, die sonst keine Möglichkeiten haben, sich beruflich oder allgemein weiterzubilden. Dies gilt auch für Rückkehrer in das Berufsleben und für ältere Menschen. Das Nachholen aller Schulabschlüsse muss möglich sein. Dazu bedarf es des Ausbaus entsprechender Strukturen, insbesondere auch der Schulen für Erwachsene.

Damit Weiterbildungsmaßnahmen diese Bedingungen erfüllen können, ist die öffentliche Verantwortung für das Angebot und die Durchführung von Weiterbildung festzuschreiben. Auch die finanzielle Beteiligung des Staates ist festzuschreiben und stückweise auszubauen, um das Ziel gleicher Partizipationschancen zu erreichen.

Regionale Kooperationen fördern

Aufgabe des Landes ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Integration von allgemeiner, beruflicher, kultureller und politischer Weiterbildung fördern und Weiterbildung mit den anderen Bildungsbereichen Schule, Ausbildung und Hochschule verknüpfen. Volkshochschulen, Berufliche Schulen sowie die anerkannten freien Träger der Weiterbildung und Schulen für Erwachsene spielen in diesem Prozess als in der Fläche verankerte Einrichtungen der Weiterbildung eine bedeutende Rolle.

Wir wollen verbesserte Weiterbildungsdienstleistungen sowie Transparenz der Bildungsangebote und individuelle Weiterbildungsberatung. Der Aufbau neuer Kooperationsmodelle richtet sich nach den regionalen Bedingungen und wird vom Staat unterstützt und gefördert. Die gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Bildungsträgern ist arbeitsteilig zu organisieren.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird das Hessische Weiterbildungsgesetz weiterentwickeln, um

- die finanzielle Förderung der Weiterbildungsangebote zu sichern,
- Möglichkeiten der Weiterbildungsberatung auszubauen und zu unterstützen,
- die ressortübergreifende Kooperation von Weiterbildung in der Landesregierung zu verbessern,
- Innovationen anzustoßen und Strukturen und Angebote zu evaluieren,
- das Landeskuratorium für Weiterbildung als Koordinationsgremium der Weiterbildungsträger weiterzuentwickeln,
- die Koordinationsstelle für Weiterbildung mit dem Ziel auszubauen, die Ressortkooperation zu stärken und die Integration allgemeiner und beruflicher Weiterbildung voranzutreiben,
- die fachliche Supportstruktur der öffentlichen Weiterbildung zu stärken.

Auch an den Hochschulen muss ein neuer Schwerpunkt der Aus- und Fortbildung im Sinne des lebenslangen Lernens gelegt werden. Lebenslanges Lernen ist eine Herausforderung für Universitäten und Fachhochschulen. Die Hochschulen müssen auf diese Entwicklung reagieren und neben einer berufs- und anwendungsorientierten wissenschaftlichen Ausbildung breite Angebote für Teilzeit- und Weiterbildung bereitstellen. Die Neuverteilung der Lernzeit über die Lebenszeit erfordert neben der Verkürzung der Erstausbildung auch neue Arbeitszeitmodelle, wie z. B. Bildungsteilzeit. Ziel sollte eine Verzahnung von Ausbildungs- und Berufsphasen sein.

2. Hessische Hochschulen – Chancengleichheit und Innovation

Für uns sind Chancengleichheit, gute Lehre und exzellente Forschung kein Widerspruch, sondern drei zusammenhängende Facetten einer guten Hochschule. Unser Maßstab sind die besten Hochschulen weltweit.

Wir wollen, dass Chancengleichheit an den Hochschulen ausgebaut wird. Die Regierung Koch hat das Gegenteil getan. Mit der Einführung von Studiengebühren hat sie den Zugang für Studierende aus Familien mit geringeren Einkommen erschwert. Sie nimmt dabei ein Absinken der Studierendenzahlen in Kauf. Das ist nicht nur ein Anschlag auf die Lebenschancen derer, die sich ein Studium nicht mehr leisten können. Es ist auch wirtschaftspolitisch töricht. Wir brauchen mehr, nicht weniger gut ausgebildete Menschen,

wenn wir unsere Zukunft erfolgreich meistern wollen. Es ist deshalb unser Ziel, auch durch die Ausgestaltung des Hochschulpaktes 2020 des Bundes und der Länder, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen.

Die SPD sagt ganz klar: Der Zugang zu Hochschulen muss für alle unabhängig vom Geldbeutel der Eltern möglich sein. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung alle Studiengebühren innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit abschaffen.

Für uns Sozialdemokraten ist selbstverständlich, dass auch ein qualifiziertes Berufsleben einen Zugang zu einer Hochschule ermöglicht. Deshalb werden wir die Zugänge und Übergänge zwischen den unterschiedlichen Hochschularten erleichtern und so die Durchlässigkeit erhöhen. Nicht die formale Zugangsqualifikation darf ausschlaggebend für den Hochschulzugang sein, sondern das Können und Wissen der Menschen.

Für uns endet familienfreundliche Politik nicht an der Hochschule. Studierende mit Kindern sind keine Seltenheit. Wir wollen ihre Situation durch eine Erhöhung der Kinderbetreuungs- und Wohnheimplätze verbessern. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass jeder Studiengang auch in Teilzeit studiert werden kann.

Wir wollen akademische Bildung auch Kindern aus bildungsfernen Haushalten ermöglichen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auf Bundesebene für eine weitere Verbesserung der Bedingungen der Ausbildungsförderung (BAföG) und des Wohnungsbaus für Studierende einsetzen. Wir werden prüfen, wie zusätzliche Mittel zur Erstellung preiswerten studentischen Wohnraums bereitgestellt werden können. Wir wollen für die hessischen Studentenwerke ein verlässliches und sicheres Globalbudget schaffen.

Durchsetzung von Chancengleichheit heißt für uns auch eine gezielte Förderung von Frauen an den Hochschulen. Der vergleichsweise niedrige Anteil von Frauen unter den Hochschullehrenden steht in keinem Verhältnis zu der längst ausgewogenen Geschlechterverteilung unter den Studierenden. Nach wie vor werden Frauen in den Strukturen der Hochschulen benachteiligt. Es ist nicht nur kurzfristig, das Potenzial der Frauen nicht zu nutzen, es stellt auch einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil im internationalen Vergleich dar. Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Frauenförderung, wie die Forschung von Frauen und für Frauen sowie verstärkte Fort- und Weiterbildungsangebote für den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs und die Mitarbeiterinnen.

Der Bildungsauftrag unserer Hochschulen

Hochschulbildung ist für uns mehr als Berufsausbildung und Forschung. Hochschule muss immer auch Persönlichkeitsbildung zum kritischen, die Bedingungen seines Handelns reflektierenden Menschen anstreben.

Die moderne Wissensgesellschaft braucht Menschen, die neben soliden Grundkenntnissen und fachlich spezifischem Wissen auch über darüber hinaus gehende Kompetenzen verfügen. Dazu gehören soziale und interkulturelle Kompetenzen, kritische Urteilsfähigkeit, die Fähigkeit zum schöpferischen Gestalten, die Fähigkeit, mit der ständig wachsenden Menge an Informationen und den sie erschließenden Technologien umzugehen, kommunikative Kompetenzen und Führungskompetenzen und schließlich das Verständnis für fach- und disziplinübergreifende Zusammenhänge. Dafür wollen wir einerseits neue Formen des Lehrens und Lernens entwickeln. Hierfür bedarf es einer Reform von Studiengängen sowie einer ständigen hochschuldidaktischen Fortbildung der Lehrenden.

Insbesondere die Fachhochschulen sind in der Lage, die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften mit einem Hochschulabschluss, der wissenschaftlich fundierten und praxisorientierten Ausbildungs- und Qualifikationsprofilen entspricht, zu genügen. Deshalb sind hier nicht nur entsprechende Kapazitäten zu schaffen, sondern auch neue Fachverbindungen und modulare Ausbildungsgänge zu entwickeln. Wir wollen die Fortentwicklung kooperativer Studiengänge an den Fachhochschulen. Die bisher

gesammelten Erfahrungen verdeutlichen, dass eine langfristig angelegte und konzeptionell tragfähige Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie möglich ist. Diesen Weg wollen wir weiter fördern.

Die Ausbildung an Berufsakademien bildet eine sinnvolle Ergänzung der wissenschaftsnahen Ausbildung mit einer beruflichen Tätigkeit. Dabei bleibt die akademische Ausbildung in erster Linie eine staatliche Aufgabe.

Hochschulprofile weiterentwickeln

Wir unterstützen den Autonomieprozess der hessischen Hochschulen dort, wo er der Entbürokratisierung, der Effektivierung von Verwaltungshandeln an Hochschulen und Profilbildung sowie der Demokratisierung dient. Die Erfahrungen, die an der Modelluniversität Darmstadt gesammelt werden, sollen in diesem Sinne auf andere Hochschulen des Landes übertragen werden. Aber die Autonomie der Hochschulen darf nicht dazu führen, dass Hochschulen aus ihrer Rolle als staatliche Einrichtungen entlassen werden, die politischen und gesellschaftlichen Zielen verpflichtet sind. Die Abstimmung zwischen den Hochschulen und die Koordination im Land müssen im Rahmen einer geordneten Hochschulentwicklungsplanung erfolgen.

Die hessischen Hochschulen arbeiten erfolgreich an der eigener Profilbildung. Diese hat sich auf Forschungsschwerpunkte, die Kooperation mit Unternehmen, besondere Formen des Zusammenwirkens von Forschung und Lehre, den Ausbau internationaler Kooperationen und des Austauschs, der Familienfreundlichkeit, aber auch der regionalen Entwicklungszusammenarbeit bezogen. Wir werden diesen Prozess auch in Zukunft fördern.

Universitäre Forschung weiterentwickeln

Wir stehen für eine stabile Grundlagenforschung. Sie muss in ihrer wissenschaftlichen Organisation frei von ökonomischen Verwertungszwängen, darf aber nicht unabhängig von gesellschaftlicher Verantwortung sein.

Ein besonderes Augenmerk wird der außeruniversitären Forschung gelten. Wir unterstützen die Bildung regionaler wissenschaftlicher Kompetenzzentren ebenso wie die in Hessen einzigartige Institutslandschaft kleinerer wissenschaftlicher Einrichtungen. Die Reorganisation des föderalen Zusammenspiels und hauptsächlich die Neuordnung der Finanzströme wird eine Neuordnung der außeruniversitären Forschungslandschaft nach sich ziehen. Ein besseres Zusammenwirken universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen ist anzustreben.

Anwendungsorientierung und Praxisbezüge in Forschung und Lehre müssen gestärkt werden. Deshalb ist ein nachhaltiger Ausbau der institutionsübergreifenden, anwendungsorientierten Programme und Studiengänge erforderlich. Allerdings darf die Stärkung der Anwendungen nicht zur Schwächung der Grundlagenforschung führen.

Technologie- und Wissenstransfer organisieren

Für unser Konzept des neuen Fortschritts ist der Transfer von Technologie und Wissen ein wichtiger Baustein. Dabei geht es um die schnelle Umsetzung von Anwendungsmöglichkeiten und die notwendige Abstimmung von Ausbildungsinhalten. Es geht um die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung der Wissenschaft im Rahmen der verfassungsmäßigen Freiheit von Lehre und Forschung in Kooperation mit der Wirtschaft.

Dabei müssen die Schnittstellen zwischen universitärer Forschung und Wirtschaft sowie privater Forschung deutlich verbessert werden. Dies wird im Rahmen der eigenverantwortlichen Organisation der Hochschulen zuerst deren Aufgabe. Dazu gehört ebenfalls die Bildung gemeinschaftlicher Institutionen von Universitäten und Fachhochschulen.

Um aber gerade zwischen mittelständischen Unternehmen und Hochschulforschung die Kooperationen in regionaler Verantwortung besser zu organisieren, müssen die Aktivitäten der Hessenagentur, des Technologie-Transfer-Netzwerks und der regionalen Transferzentren grundsätzlich neu ausgerichtet werden.

Wir werden deshalb an hessischen Hochschulen den Prozess der Ideenfindung und Patentierung bis hin zur Vermarktung des neuen Wissens voranbringen. Den Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss über ein hessisches Verwertungsnetzwerk Hilfestellung bei der Patentierung und Verwertung gegeben werden. Etwaige Erträge kommen den Hochschulen zugute. Dies gilt auch für die Ergebnisse, die aus Forschungsk Kooperationen zwischen öffentlich und privat finanzierten Forschungseinrichtungen hervorgegangen sind.

Wissenschaft ist international

Hessen hat eine gut entwickelte Hochschullandschaft. Zwischen 10 % und 20 % unserer Studierenden kommen aus allen Ländern der Welt. Sie prägen den internationalen Charakter unserer Hochschulen. Wir begrüßen diese Entwicklung, weil sie zeigt, dass unsere Wissenschaftslandschaft international anerkannt ist. Zur Förderung der internationalen Spitzenstellung der hessischen Hochschulen gehört ebenfalls die Weiterentwicklung der Einrichtung der internationalen Abschlüsse des Bachelor und Master. Der Bolognaprozess wird in der Legislaturperiode 2008-2013 abgeschlossen werden. Wir werden bei der Einführung dieser neuen Studiengänge darauf achten, dass Bachelorabsolventen mit ihrem erfolgreichen Abschluss die Zugangsberechtigung zum Masterstudiengang erhalten.

Maßnahmen zur Förderung der internationalen wissenschaftlichen Kooperation, des Austauschs und zur Steigerung der Attraktivität hessischer Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind notwendig und müssen weiter verstärkt werden. Wir werden die begonnenen Kooperationen mit den Vereinigten Staaten und dem ostasiatischen Raum weiter unterstützen und fördern.

Hochschulentwicklung als System der Verantwortung

Wir wollen leistungsfähige Hochschulen, die im Rahmen ihres gesellschaftlichen Auftrags optimale Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Wir wollen dafür ein Regelwerk schaffen, indem der Hessische Landtag Eckdaten für Zielvereinbarungen beschließt und somit die politische Steuerung ausübt. Das Ministerium hat die Aufgabe, diese politischen Eckwerte in konkrete Vereinbarungen umzusetzen. Als Beispiele für solche Eckwerte sehen wir z. B. die Festlegung von Anteilen für Fachrichtungen an der Hochschule mit dem Ziel einer als notwendig erachteten Mischung, die Festlegung über die regionale Verteilung von Studienplätzen, die Festlegung über verbindliche Regelungen der Frauenförderung sowie die Festlegung über Verfahren und Formen der Unterstützung für Forschungsschwerpunkte.

Auf der anderen Seite wollen wir Auftragsangelegenheiten sämtlich den Hochschulen übertragen und Personalentscheidungen abschließend in den Hochschulen treffen lassen. Bei fortbestehendem Eigentum des Landes sollen die Hochschulen für die Bewirtschaftung ihrer Grundstücke selbst zuständig sein.

Hochschulen als demokratisch verfasste Institutionen müssen in die Lage versetzt werden, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben geeignete Strukturen zu geben. Dabei muss der Grundsatz gewahrt bleiben, dass alle Gruppen der Hochschule an der Willensbildung in den Gremien beteiligt werden. Insbesondere sollen die Studierenden in die sie betreffenden Entscheidungen der Hochschule einbezogen werden. Wir halten die Willensbildung und Entscheidungsfindung in den Hochschulgremien aus Gründen der demokratischen Verfassung für richtig. Wir wollen die Rechte des Senats stärken und ein Parlament für hochschulpolitische Grundsatzfragen einführen.

Eine Übertragung von Entscheidungsbefugnissen des demokratisch legitimierten Staates auf die Hochschulen ist nur durch legitimierte Hochschulgremien zu vertreten.

Wir wollen die Rechte der Studierenden stärken. Wir werden daher die unsinnige Kopplung der Haushaltsmittel an die Wahlbeteiligung streichen, die verfassten Studierendenschaften erhalten und ihre politischen Äußerungsrechte erweitern.

Wir werden den Hochschulen eine verlässliche Finanzplanung geben. Ein Zurück hinter den von allen Hochschulen unterzeichneten Hochschulpakt wird es mit uns nicht geben. Wir werden daran festhalten, dass die Finanzierung der Hochschulen aus einem stabilen Grundbudget und einem zusätzlichen Leistungsbudget besteht. Dieses Budget wird in hohem Maße die Erfolge in der Verbesserung der Lehre an den Hochschulen mit einbeziehen. Hochschulen, die Erfolge bei der Gewährleistung verbesserter Studienbedingungen zur Erlangung eines Hochschulabschlusses haben, werden hierbei ebenfalls belohnt. Die Indikatoren für Frauenförderung werden verbessert.

3. Kinder- und Jugendpolitik für Bildung und Chancengleichheit

Wir wollen, dass bei Bildung und Chancengleichheit an das ganze Kind, den ganzen Jugendlichen gedacht wird. Deshalb ist der traditionelle Ansatz, der allein das kognitive Lernen der Institution Schule zuweist, während für alles andere – besonders dann, wenn Störungen auftreten – die Kinder- und Jugendhilfe zuständig ist, längst überholt. Alle Institutionen, die sich mit der Entwicklung der Kinder befassen, müssen sich an einem Konzept der positiven Förderung orientieren.

Wir werden eine ganzheitliche Betrachtung unserer Kinder auf allen Ebenen einführen. Deshalb werden wir sämtliche Bereiche staatlichen Handelns, die sich mit der Entwicklung, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen von der Geburt an befassen, so weit wie möglich organisatorisch zusammenfassen. Wir werden alle gesetzlichen Regelungen, die diesen Bereich betreffen, daraufhin überprüfen, inwieweit sie einer ganzheitlichen Konzeption angemessen und geeignet sind, diese zu befördern.

Alle reden davon, dass unser Land kinderfreundlicher werden muss. Wir werden endlich etwas dafür tun. Wir werden den Landesaktionsplan „Kindgerechtes Hessen“ auflegen. Darin werden wir neben Fragen der Bildung und Betreuung, der Förderung von Familien und der Gesundheitsförderung im Kindesalter auch in allen anderen Bereichen der Landespolitik einen „Kindgerechtheits-Check“ implementieren, der eine Prüfung der Auswirkungen landespolitischer Entscheidungen auf Kinder und Jugendliche verlangt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Lebensräume, in denen sich Kinder aufhalten, allen Kindern die bestmöglichen Entwicklungschancen eröffnen.

Wir wollen einen hessischen Kinder- und Jugendbericht schaffen. Ziel eines solchen Berichts ist es, regelmäßig, rechtzeitig und systematisch Informationen über Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu geben.

Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Wir werden deshalb die Maßnahmen zur Unterstützung der Eltern verstärken. Die Unterstützung der elterlichen Erziehungskompetenz kann durch Erziehungsberatungsstellen, Elternbildungsangebote, niedrigschwellige Familienhilfen oder nachbarschaftliche Hilfen erfolgen.

Wir werden – zusammen mit den Kommunen als Jugendhilfeträger – ein Programm der aufsuchenden Hilfe einrichten, das junge Familien unterstützt. Darin integriert wird ein Präventionsprogramm „Vernachlässigung und Gewalt“. Das Ziel dieses Programms besteht darin, dass jedes neugeborene Kind intensiv begleitet wird. Wir werden hierzu Hebammen und andere geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe so schulen, dass sie jedes Anzeichen von Gewalt oder Vernachlässigung erkennen und die notwendigen Schritte einleiten können. Um einen flächendeckenden Schutz zu erreichen, werden wir dafür sorgen,

dass jedes Kind nach der Geburt ein- oder mehrmals zu Hause besucht wird, wie dies auch in anderen europäischen Ländern der Fall ist.

Wir werden – zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und den Krankenkassen – ein Präventionsprogramm „Gesunde Ernährung“ entwickeln, das verpflichtend an Kindertagesstätten und Schulen umgesetzt werden muss.

Wir werden den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag stufenweise umsetzen. Dies ist auch finanziell eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommunen. Hierzu werden wir ein Investitionsprogramm auflegen, mit dem es den Kommunen ermöglicht wird, schnell neue Plätze zu schaffen, damit berufstätige Eltern endlich wirkliche Wahlfreiheit haben und alle Kinder die Chance auf frühkindliche Bildung und damit Chancengleichheit erhalten.

Wir werden die Qualität in der Kindertagespflege massiv steigern und die Anforderungen erhöhen. Hierbei werden wir die Expertinnen des Netzwerks Tagespflege in die Weiterentwicklung einbeziehen.

Wir werden die Ganztagsangebote an Kindertagesstätten massiv fördern und auch damit der frühkindlichen Bildung der Kinder größeren Raum geben.

Bis alle Schulen in Hessen zu Ganztagschulen geworden sind, sind viele Eltern auf Hortplätze angewiesen. Wir werden mit den Kommunen, kirchlichen und freien Trägern dafür sorgen, dass es in den Familien nicht zu Betreuungsengpässen kommt, sobald das Kind in die Schule eintritt und ausreichend Hortplätze – möglichst an Schulen oder in deren Nähe – anbieten.

Auch das Problem der Familien, ihre Kinder in den Schulferien gut aufgehoben zu wissen, wollen wir – gemeinsam mit Kommunen, Unternehmen und freien Trägern – angehen. Viele Kommunen bieten bereits Ferienprogramme an – aber zum Teil nur halbtags oder nur für die Dauer einer Woche. Dies geht heute am gesellschaftlichen Bedarf völlig vorbei.

Wir wollen die politische Beteiligung von Jugendlichen und werden deshalb das Kommunalwahlalter wieder auf 16 Jahre senken. Weiterhin wollen wir ein Aktionsprogramm „Kinder- und Jugendbeteiligung in Hessen“ auflegen, das mit einer Demokratiekampagne und Aufklärungsarbeit in den Kommunen die Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vermittelt und verständlich macht. Kinder und Jugendliche sind Experten ihres eigenen Lebensumfeldes. Wir werden deshalb dafür werben, dass Kinder und Jugendliche in den Kommunen stärker mitbestimmen können. Das kann in Form von Jugendparlamenten ebenso geschehen wie in Jugendforen. Wichtig ist, dass diese Beteiligungsprojekte mit klaren Kompetenzen und finanziellen Mitteln ausgestattet sind und so direkt Einfluss auf kommunalpolitische Entscheidungen genommen werden kann. Gerade Jugend- und Freizeiteinrichtungen, die Gestaltung von Spielplätzen oder Sporteinrichtungen sind besonders geeignet, um die künftigen Nutzer und Nutzerinnen an den Entscheidungen zu beteiligen.

Wir werden die Mädchen- und Jungenarbeit in der Jugendförderung des Landes als Querschnittsfunktion absichern. Das spezielle Know-how der Projekte ist eine unverzichtbare Ressource für die Praxis des Gender-Mainstreaming in der Jugendhilfe.

Wir wollen die Institutionen der Jugendhilfe so ausstatten, dass Jugendliche in ihrer Leistungsfähigkeit und Selbstständigkeit bestärkt werden, beispielsweise durch Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Jugendwohn- und Beratungseinrichtungen. Dabei wollen wir eine Jugendhilfe, die stärker ihrem Erziehungsauftrag nachkommt. Wir wollen die Jugendhilfe bedarfsgerecht im Interesse der Jugendlichen fortschreiben, um eine gezielte Projekt- und Maßnahmenförderung, wie beispielsweise ehrenamtliches Engagement, gewaltfreie Konfliktlösungsalternativen, interkulturelles Lernen u. Ä., in Kooperation mit den

Kommunen durchzuführen und damit den jugendpolitischen Stillstand in Hessen zu beseitigen.

Wir wollen in Kooperation mit den kommunalen Jugendämtern und den freien Trägern der Jugendhilfe landesweit einheitliche Qualitätsstandards sichern, die Fort- und Weiterbildung verbessern als auch den Zugang zu überregionalen Fördermitteln erleichtern.

Die Angebote außerschulischer politischer Jugendbildung in Hessen sind für die Partizipation Jugendlicher an demokratischen Entscheidungsprozessen unabdingbar. Deshalb wollen wir im Bereich „politische Jugendbildung“ in Hessen neue Projekte auflegen. Außerdem werden wir ein Programm für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und der Jugendgewalt erarbeiten.

Wir wollen ferner in der Jugendhilfe das Ehrenamt unterstützen, auch bei den Jugendlichen selbst. Dazu gehört die

- Schaffung kostenfreier Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen zum Einstieg in ein ehrenamtliches und freiwilliges Engagement (kostenfreie Ausbildung von Jugendleiter/-innen),
- Ausweitung der Anerkennung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements junger Menschen und
- Förderung der Freiwilligendienste für junge Menschen.

Mit Chancen in den Beruf starten

Wir wollen endlich den über 12.000 jungen Menschen, die länger als ein Jahr einen Ausbildungsplatz suchen, eine Chance geben. Wir werden mit den Beschäftigungsgesellschaften, den Kommunen, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften und Betrieben einen verbindlichen „Ausbildungspakt für Altbewerber und -bewerberinnen“ vereinbaren, damit diesen jungen Menschen durch eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung endlich ein Einstieg in die Gesellschaft ermöglicht wird. Das Land wird zudem seine eigenen Ausbildungsanstrengungen im Landesdienst massiv erhöhen.

Mit diesen Maßnahmen und einer engen Zusammenarbeit mit Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen werden wir es erreichen, dass in Hessen „Jugendarbeitslosigkeit Null“ gilt: Keine Jugendliche und kein Jugendlicher unter 25 Jahren soll ohne Ausbildungsplatz, Arbeitsplatz oder Qualifikationsangebot bleiben.

IV. Die Zeit ist reif für mehr Gleichstellung

Auch im 21. Jahrhundert werden Frauen in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist längst nicht erreicht. Frauen haben einen überdurchschnittlichen Anteil bei Niedriglöhnen und Armut. Hier ist noch viel zu tun. Die CDU-Landesregierung hat den Frauen nur Rückschritte gebracht. Die Angebote zum Wiedereinstieg in den Beruf sind gestrichen, Frauenförderung findet faktisch nicht mehr statt. Beratung und Hilfsangebote sind dem Rotstift zum Opfer gefallen, selbst die Förderung von Frauenhäusern ist massiv gekürzt worden.

Jeder hat das Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben. Dies ist für jede einzelne Frau ein Ausdruck ihrer Menschenwürde und ein hohes persönliches Gut. Zugleich ist es die Voraussetzung für ein blühendes soziales Leben. Die wissensbasierten Gesellschaften Europas können auf keine Begabung verzichten, wenn sie im internationalen Wettbewerb bestehen und ihre hohen sozialen Standards erhalten wollen. Diskriminierung aber bedeutet Ausschluss von Menschen und Verzicht auf ihre wertvollen Beiträge.

Wir setzen bei unserem neuen Anlauf für mehr Gleichstellung auf die vielen Frauen, die vor Ort daran arbeiten – ob als Frauenbeauftragte in den Kommunen, als engagierte Frauen in Gewerkschaften, Sozialverbänden oder freien Initiativen. Mit diesen Frauen zusammen wollen wir einen neuen Anfang wagen.

Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz grundlegend novellieren und damit ein modernes, zeitgemäßes Instrument der Frauenförderung entwickeln. Oberstes Ziel der erforderlichen Novelle sind gesetzliche Regelungen zur qualitativen Frauenförderung im öffentlichen Dienst, die auch Einflüsse der neuen Verwaltungssteuerung und Personalplanung berücksichtigen.

Für einen neuen frauenpolitischen Fortschritt

Die SPD steht für eine Gleichheitspolitik in der Geschlechterfrage. Mit unserer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti bieten wir die Gewähr dafür, dass Gleichstellung wieder integraler Bestandteil der Regierungspolitik in Hessen wird. Dazu gehört auch, politische Ämter, Gremien, öffentliche Aufsichtsräte und sonstige wichtige Positionen entsprechend zu besetzen.

Die SPD steht hinter der Gleichheitspolitik der EU und unterstützt die Strategie des Gender-Mainstreaming, einer Methode, die entwickelt wurde, um die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen. Dabei sollen beide Geschlechter auf gleiche Weise in die Entwicklung einer konsequenten Gleichstellungsstrategie einbezogen werden. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird den Gender-Prozess zur Cheffinnensache und zur verbindlichen Vorgabe für den gesamten öffentlichen und gesellschaftlichen Bereich erklären.

Es werden Handlungsleitlinien zur Bewertung geschlechtsspezifischer Auswirkungen der Staatsmodernisierung, der Personalentwicklung und Finanzwirtschaft erstellt, und es werden konkrete Zielfestlegungen sowie Beurteilungsmechanismen für die Evaluierung definiert. Mit den hessischen Hochschulen und Bildungsträgern werden Vereinbarungen für die bedarfsgerechte Sicherstellung und Weitergabe für Gender-Wissen und Gender-Kompetenzen getroffen.

Frauenspezifische Angebote und aktive Frauenförderung werden daneben bis zur Erreichung von Gleichstellung im Berufs- und gesellschaftlichen Leben notwendig bleiben. Dazu gehören auch Förderprogramme für die gesellschaftliche und betriebliche Akzeptanz von Männern als Erziehende sowie Initiativen an die Adresse der öffentlichen und der privaten Arbeitgeber. Wir wollen eine Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse und familienergänzende Einrichtungen, die sicherstellen, dass Personen, die familiäre Pflichten haben, bei Einstellungen, Bezahlung und Aufstiegen nicht länger benachteiligt oder abgehalten werden.

Geschlechtergleichheit für alle bei uns lebenden Kulturen

Die von der Verfassung geforderte Positionsstärkung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen ist unabdingbare Regel für alle bei uns lebenden Kulturen und steht nicht zur privaten Disposition.

Zu Recht beruft man sich auf Menschenrechte und allgemeine Grundrechte, um Migranten vor Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie anderen Benachteiligungen zu schützen. Das heißt aber auch, Migrantinnen haben das Anrecht auf dieselben individuellen Menschenrechte, wie sie das Grundgesetz allen zusichert. Dies gilt ebenfalls dort, wo diese individuellen Menschenrechte mit überkommenen Traditionen fremder Herkunftskultur kollidieren. Dafür wollen wir in Hessen aktiv werben.

Bestimmte Migrantinnen leben häufig die traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter abgekehrt vom gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Ihre Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen eröffnet ihnen eine verbesserte Integration und nicht zuletzt das bessere

Verständnis ihrer erzieherischen Verantwortung für die schulische Karriere und die Berufsperspektive ihrer Kinder.

Der besonderen Situation jugendlicher Migrantinnen in Schule und bei Freizeitangeboten muss Rechnung getragen werden. Das Bestreben vieler Mädchen, sich von traditionellen Rollenzuschreibungen zu lösen, muss unterstützt werden.

Unabhängig von jedweder Herkunftskultur gelten allerdings die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte des Einzelnen auch im privaten Bereich. Namentlich für die zugewanderten Mädchen und Frauen gilt, dass unveräußerliche Menschenrechte, wie z. B. die sexuelle Selbstbestimmung, der interkulturellen Aushandlung nicht zugänglich sind.

Frauenförderung bleibt unsere Aufgabe

Wir geben uns nicht zufrieden, wenn die Mehrheit der Frauen im öffentlichen Dienst überwiegend in den unteren und mittleren Bereichen stecken bleibt. Verbindliche Vorgaben für Frauenförderung werden wir wieder herstellen und dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst Schrittmacher ist für eine zeitgerechte diskriminierungsfreie Personalentwicklung auch in der Privatwirtschaft. Die notwendigen Einzelschritte werden wir erneut auf die Tagesordnung setzen und in einem beteiligungsorientierten Gesetzgebungsprozess zur Diskussion stellen.

Frauenförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Der gute Umgang mit Personalressourcen – auch den Frauen – liegt im ureigensten Interesse der Unternehmen. Wir wollen den Dialog mit den Wirtschaftsunternehmen führen und durch gezielte finanzielle Anreize und Auszeichnungen von „Best-Practice-Betrieben“ erfolgreiche Frauenförderung in Unternehmen unterstützen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und ihren Frauenvertretungen werden wir entsprechend den europäischen Vorgaben für eine Erwerbskultur eintreten, die direkte und mittelbare Diskriminierung beendet.

Wir werden ein „Aktionsprogramm Frau und Beruf“ starten und alle Arbeitsmarktprogramme des Landes mit verbindlichen Quoten versehen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu sichern. Frauen brauchen zukunftsfeste Berufe, daher werden wir – zusammen mit der Bundesagentur und den allgemein bildenden Schulen – darauf hinwirken, dass sich das Berufsspektrum junger Frauen deutlich erweitert.

Wir wollen die Ausrichtung von Beschäftigungsverhältnissen mit guten Aufstiegs- und Verdienstchancen auch an Personen mit familiären Pflichten. Das gilt ebenfalls für Führungspositionen. Das bedeutet auch andere Arbeitszeitregelungen. Denn lange durchgehende Arbeitszeiten, bei ständiger und kontinuierlicher Verfügbarkeit, setzt die Entlastung häuslicher und familiärer Verpflichtungen faktisch voraus und blockiert so eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern.

Landespolitisches Aktionsprogramm für Geschlechtergleichstellung

Nach neun Jahren mit frauenpolitischem Stillstand und Rückschritt werden wir mit einem Frauenaktionsprogramm einen neuen Aufschwung der hessischen Frauengleichstellungspolitik unterstützen und initiieren:

- auf dem Arbeitsmarkt und in der Hochschule,
- in der Jugendarbeit und generell in der Lebenswelt von Jungen und Mädchen,
- in der Umsetzung von Antidiskriminierungsrecht und -politik,
- im Bereich von Medien und Kultur,
- in der Politik zum Abbau und zur Prävention von Gewalt gegen Frauen.

Gleichheit in der Vielfalt

Die Sozialdemokraten stehen für ein tolerantes Hessen. Mit der Durchsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes 1999 durch die SPD-Bundesregierung und mit zunehmender sozialer Anerkennung scheint Homosexualität normal zu werden und im Alltag anzukommen.

Für die Belange von Lesben und Schwulen wollen wir in folgenden Bereichen Veränderung schaffen:

Zur sozialen Kompetenz gehört die Fähigkeit, unterschiedliche Lebensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle Identitäten zu akzeptieren. Wir werden hier die Umsetzung der Bildungs- und Unterrichtsrichtlinien zum Thema „Homosexualität“ einleiten. Hierbei setzen wir gleichermaßen auf die Förderung der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen, Universitäten, Organisationen, Jugendhilfe und Eltern. Weiterhin wollen wir eine qualifizierte Ansprechperson für Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Daher wollen wir verpflichtende Fortbildung/Seminare für Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

Wir engagieren uns für eine kulturell aufgeklärte Öffentlichkeit. Wir wollen schwul-lesbische Kulturveranstaltungen fördern.

Es ist die Aufgabe moderner Gesellschaften, Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, ethnischer Herkunft und Weltanschauung entgegenzuwirken. Wir wollen daher Beratungsangebote bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei Arbeitslosigkeit und zur Erlangung beruflicher Selbstständigkeit fördern.

V. Die Zeit ist reif für eine Stärkung der Familie

Wir wollen die Familien in Hessen stärken, damit sie mit den geänderten Anforderungen unserer Zeit besser zurechtkommen. Dazu gehören direkte Hilfen ebenso wie die Entlastung durch ein Angebot öffentlicher Güter, zum Beispiel Kinderbetreuung und Ganztagschulen oder die Gestaltung angemessener Rahmenbedingungen, wie z. B. Arbeitszeitregelungen.

Ein großer Teil des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft wird durch Leistungen in der Familie, zum Teil allein, zum Teil mit der Hilfe öffentlicher Institutionen hergestellt. Ein ganzes Leben lang, von der Geburt bis zum Tod, sorgen Familienmitglieder in unterschiedlichen Konstellationen füreinander. Wir wollen dafür ausreichend öffentliche Unterstützung bereitstellen, damit die einzelnen Familien nicht überlastet werden.

Familie ist: Zusammenleben

Familie ist da, wo Menschen auf Dauer zusammenleben und Verantwortung füreinander in Entwicklung und Erziehung, Pflege und Versorgung übernehmen. Familie ist vor allem dort, wo Kinder sind – unabhängig von der Zahl und Verbindung der Erwachsenen. Familie ist auch dort, wo Menschen im Zusammenleben Verantwortung für Pflege und Versorgung anderer, auf Hilfe angewiesener Erwachsener dauerhaft übernehmen.

Ein solches, neues Bild von Familie definiert Familie nicht mehr nach formellen Beziehungen, sondern danach, wo Menschen faktisch aufeinander vertrauen und sich in Verantwortung füreinander den Herausforderungen gemeinsamer Lebensgestaltung stellen. Dieses Vertrauen ist schutz- und unterstützungswürdig, es macht den Kern der solidarischen Gesellschaft aus.

Dieser Familienbegriff betrifft natürlich vor allem die traditionelle Familie aus ein oder mehr Eltern und Kindern. Sie ist aber auch den Herausforderungen gewachsen, die sich aus neuen Formen von Zusammenleben und Hilfgemeinschaften ergeben. Wer Pflege übernimmt, schafft ebenso Familie wie derjenige, der Kinder erzieht.

Besonders junge Familien sind heute einer dreifachen Beanspruchung ausgesetzt:

- Sie müssen eine berufliche Ausbildung abschließen und den Start ins Berufsleben flexibel, mobil und erfolgreich bewältigen.
- Sie müssen zugleich eine Partnerschaft erfolgreich gestalten und erhalten.
- Schließlich sollen sie Kinder bekommen, finanzieren und erfolgreich großziehen.

Ein Ziel sozialdemokratischer Familienpolitik besteht darin, in allen Politikbereichen und Lebensfeldern zu prüfen, inwieweit sie dazu beitragen, dass junge Menschen sich einen bestehenden Kinderwunsch erfüllen können. Kinder sind ein Schatz für die ganze Gesellschaft, sie sind der Garant der Zukunft. Sie sind eine Bereicherung – aber Elternschaft ist heutzutage auch eine Herausforderung. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Familien so zu stellen, dass ihr Leben nicht schwieriger ist als das von Kinderlosen. Ganz gleich, ob Kinderwunsch oder die Pflege eines Verwandten – Familien brauchen vor allem drei Dinge: Zeit, eine unterstützende Infrastruktur und Einkommen.

Auch für die Familien: verlorene Jahre

Nicht nur für die Wirtschaft, auch für die Familien in Hessen sind die Jahre der Regierung Koch verlorene Jahre. Statt Ausbau der Unterstützung für Familien gab es Kürzungen, dafür aber viel Öffentlichkeitsarbeit. Man hat den Eindruck, Familienpolitik besteht in Hessen aus Familientagen und Modellprojekten für die „familienfreundliche Kommune“.

Für Kinderbetreuung wurden die Landesmittel halbiert. Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat die CDU-Landesregierung 50 Millionen Euro für Betreuung aus dem kommunalen Finanzausgleich gestrichen – das sind bis zum Jahr 2008 450 Millionen Euro, die dringend für den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung notwendig gewesen wären. Das Land Hessen beteiligt sich gerade noch mit ca. 8 % an den Kosten der Kinderbetreuung – zum Vergleich: Das Land Bayern beteiligt sich mit rund 30 %.

Hessen steht im Vergleich mit anderen westdeutschen Flächenländern miserabel da. Während unter der SPD-geführten Vorgängerregierung 60.000 neue Plätze entstanden waren und der Versorgungsgrad für Drei- bis Sechsjährige halbtags damit bei nahezu 100 % lag, wurden die nächsten Schritte nicht mehr angegangen, weder der Ausbau von Ganztagsplätzen noch das Angebot für die unter Dreijährigen. So liegt der Versorgungsgrad für die unter Dreijährigen bei gerade einmal 8 % – bei einem geschätzten Bedarf von mindestens 30 %.

Die angebliche „Offensive“ für Kinderbetreuung erschöpft sich ebenso in symbolischer Politik. Das „Bambini“-Programm bezahlen real die Kommunen. Der hoch gelobte Bildungs- und Erziehungsplan wird zur sozialpolitischen Attrappe, wenn gleichzeitig keinerlei Mittel zu seiner Umsetzung bereitgestellt werden. Während nach Kontrollbesuchen beim Kinderarzt gerufen wird, werden Erziehungsberatung und Familienbildungsstätten, also die Vorbeugung familiärer Katastrophen, abgebaut. Und Qualitätskontrolle in der sensiblen Betreuung von Kleinstkindern: Fehlanzeige. Kinderaufbewahrung statt Kindererziehung lautet die faktische Maxime dieser Landesregierung.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir wollen, dass Männer und Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Dabei ist neben der Sicherstellung einer hochwertigen Betreuung die Ausgestaltung der Erwerbsarbeit die wesentliche Frage.

Familien benötigen Zeit für das Familienleben. Dazu gehört neben dem von Sozialdemokraten eingeführten Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung auch ein Anspruch auf moderne Arbeitsmodelle, die sich örtlich und zeitlich an den Bedürfnissen von Familien orientieren.

Wir werden den gesamten öffentlichen Dienst in Hessen dem Audit „Familie und Beruf“ unterziehen und gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen eine

Landeskoordinierungsstelle einrichten, um Unternehmen dafür zu gewinnen, Kinderbetreuungsangebote zu organisieren und Modelle für flexible Arbeitszeiten zu entwickeln, z. B. durch die Einrichtung von Jahresarbeitszeitkonten, Telearbeit und die Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen gerade auch für Männer.

Wir werden im Bereich der Landesverwaltung Lösungen anbieten, die ein Höchstmaß an Freiheit und Flexibilität für Menschen, die auch Familienarbeit leisten, sichern. Wir werden dafür eintreten, dass die Kommunen entsprechend verfahren.

Wir werden ebenfalls gegenüber der Wirtschaft verdeutlichen, dass Familienpolitik eine Aufgabe ist, der sich alle stellen müssen. Wir werden deshalb prüfen, inwieweit Familienfreundlichkeit bei der Beurteilung von Förderungsmaßnahmen wie bei der Auftragsvergabe als Vergabekriterium fungieren kann.

Wir werden in zunächst vier Modellprojekten Kommunen unterschiedlicher Größe finanziell, logistisch und organisatorisch darin unterstützen, zur „zeitbewussten Stadt“ ähnlich dem erfolgreichen Modellprojekt in der Stadt Hanau zu werden. Dazu gehören beispielsweise die Anpassung von Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und Verkehrsfahrplänen oder Initiativen zur Anpassung der Service- und Zustellzeiten privater Dienstleister an für Familien und Berufstätige realistische Zeiten.

Emanzipatorische Familienpolitik kann dabei zur „Jobmaschine“ avancieren. Neben den Zukunftsinvestitionen in Bildung und Betreuung ist auch der Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen ein Feld zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes sowie qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern und flexiblen Öffnungszeiten. Wir werden die notwendigen Finanzmittel für den Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersgruppen zur Verfügung stellen. Unser Programm zur Chancengleichheit beschreibt die einzelnen Elemente unseres Konzeptes.

Pflege Älterer und Menschen mit Behinderung

Familie ist auch da, wo Menschen Verantwortung für Hilfebedürftige übernehmen, die nicht ihre Kinder sind. Das gilt vor allem für die Pflege von Angehörigen, beispielsweise der eigenen Eltern oder der Lebenspartner, aber genauso in anderen, dauerhaft bestehenden und auf gegenseitige Unterstützung und Verantwortung füreinander angelegten Lebensgestaltungen. Auch hier wollen wir die Familien mit öffentlichen Angeboten entlasten.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege unterstützen und haben uns deshalb auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass ein Anspruch auf Freistellung zur Pflege geschaffen wird. Der öffentlichen Hand kommt eine Vorbildfunktion zu. Deshalb werden wir allen pflegenden Beschäftigten des Landes flexible Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung und auch Freistellung ermöglichen. Dieses Vorgehen werden wir den Kommunen ebenfalls empfehlen und durch eine breite Öffentlichkeitskampagne allen Arbeitgebern nahe bringen.

Dem Bedürfnis der Älteren, möglichst lange in der vertrauten Umgebung zu bleiben, und dem Bedürfnis der Familien, die Pflege möglichst selbst zu leisten, wollen wir durch den Ausbau von „Tages- und Begegnungsstätten für Ältere“ entgegenkommen. Dies gilt auch und gerade für Menschen mit demenziellen Erkrankungen.

Für viele pflegende Familien und Wahlfamilien wäre es ferner eine große Entlastung, wenn sie ihre Angehörigen in der Urlaubszeit gut versorgt wüssten. Hier sind sowohl Kurzzeitpflegeplätze als auch Ersatzpflegekräfte im eigenen Haushalt möglich.

Beratung und Unterstützung

Kindertagesstätten und Schulen werden wir zu einer Familie ergänzenden und unterstützenden Einrichtung ausbauen. Solche Familienzentren werden mehr bieten als Kinderbetreuung. Sie werden auch der Ort sein, an dem alle anderen öffentlichen Hilfen, Unterstützung und Beratung für Eltern anzutreffen sind oder von wo Eltern zu den geeigneten Unterstützungsangeboten weitergeleitet werden.

An solchen Familienzentren werden wir gleichermaßen Netzwerke für Betreuungsstrukturen etablieren, mit denen eine Notfall- und Ferienbetreuung ebenso sichergestellt werden kann wie ergänzende Angebote in den Randzeiten. Dazu werden wir „Elternschaftsunterricht“ in der Schule anbieten. Wir werden die Familienberatung und Familienbildung ausbauen und stärken.

Familien brauchen Raum, in dem sie sich entfalten können. Wir werden deshalb in allen Förderprogrammen berücksichtigen, inwieweit sie die Schaffung familiengerechter Stadtstrukturen und Wohnungsangebote sowie günstigen Wohnraums für Familien berücksichtigen.

Mütter und Väter

Wer sich dazu entscheidet, Familienaufgaben zu übernehmen, darf nicht den beruflichen Anschluss verlieren. Durch gezielte Qualifikationsprogramme kann der berufliche Wiedereinstieg erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen deshalb Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer bedarfsgerecht ausbauen.

Besonders für Frauen erweist sich der Berufseinstieg oder Wiedereinstieg nach einer Erziehungspause als wesentlich für die eigene Existenzsicherung. Maßnahmen und Hilfen zum Schritt ins Berufsleben und die Elternzeit begleitendes Lernen können Arbeitslosigkeit vermeiden helfen.

Männern muss signalisiert werden, dass auch das Vaterwerden gesellschaftlich weiterhin einen hohen Stellenwert hat und dass Väter, die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, gesellschaftlich angesehen sind. Vor allem im Rahmen der Bildungs- und Erziehungsarbeit bei Jungen werden wir sicherstellen, dass der hohe Wert von Familienleben und Mitverantwortung für eigene Kinder verdeutlicht wird. Hinzukommen werden Förderprogramme für die gesellschaftliche und betriebliche Akzeptanz von Männern als Erziehende. Der in Deutschland seit dem 1.1.2007 praktizierte Einstieg in eine Quotierung der Elternzeit ist ein wünschenswertes Mittel, die Väter zur Elternzeit zu veranlassen.

Pflege und Unterstützung

In den nächsten Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich ansteigen. Die Sicherung der medizinischen Versorgung, ambulante und hauswirtschaftliche Hilfen, qualifizierte Pflege, die finanzielle Absicherung und die menschliche Zuwendung stellen uns vor neue sozialpolitische Herausforderungen. Wir wollen, dass Menschen möglichst lang in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Deshalb werden wir die medizinische und geriatrische Behandlung und Rehabilitation deutlich verbessern!

Um den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen Unterstützung und Hilfe im Falle eingetretener oder drohender Pflegebedürftigkeit zu geben, werden wir „Beratungs- und Koordinierungsstellen für Ältere“ fördern. Sie sollen insbesondere Wohnungsberatung und Unterstützung bei der Wohnraumanpassung leisten und Hilfe im „Dschungel der Hilfen“ bieten. Diese Stellen können an die vorhandenen Sozialstationen angegliedert werden, sodass hier Synergieeffekte entstehen.

Die von der Pflegeversicherung vorgesehenen Kurzzeitpflegebetten sind in der Regel für die jeweiligen Einrichtungen nicht finanzierbar und werden deshalb von ihnen dauerhaft belegt. Bei Alleinstehenden besteht indes der Bedarf nach Pflege, z. B. nach einer Operation. Oft reicht der ambulante Pflegedienst hier nicht aus. Wir werden daher ein Modellprojekt „Krankenwohnung“ auflegen, in dem angegliedert an einen ambulanten Pflegedienst, eine

Sozialstation oder eine stationäre Einrichtung Menschen vorübergehend gepflegt werden. Wir werden uns aktiv an den Verhandlungen mit den Krankenkassen und der Liga der freien Wohlfahrtspflege sowie den Sozialhilfeträgern über die Pflegesätze beteiligen.

Die Beschäftigten in stationären Einrichtungen leisten gute Arbeit unter hoher Belastung. Wir wollen aber die Qualität der Einrichtungen noch verbessern. Wir wollen die Ergebnisse der Überprüfungen durch den Medizinischen Dienst und die Heimaufsicht nutzen, um – gemeinsam mit den Trägern und den Heimbeiräten – einen Kriterienkatalog zu entwickeln, der Betroffenen und ihren Angehörigen Anhaltspunkte gibt, wie die Qualität der jeweiligen Einrichtung zu beurteilen ist. Im Sinne des Verbraucherschutzes sind uns solche Ergebnisse wichtig. Von Bedeutung ist insbesondere, dass die Überprüfungen grundsätzlich unangemeldet erfolgen, denn nur so kann ein objektives Bild entstehen. Die neuen Gesetzgebungskompetenzen des Landes im Heimrecht werden wir nutzen, um neue Initiativen, wie z. B. selbstbestimmte Wohnformen in Gruppen, durch Entlassung aus dem Geltungsbereich des Heimgesetzes zu erleichtern.

Wir werden neue Konzepte zur Betreuung und Begleitung von Menschen mit demenziellen Erkrankungen einfordern, welche die neuesten Erkenntnisse berücksichtigen. Es widerspricht der Würde des Menschen, wenn zu viele sedierende Medikamente gegeben werden, die – bei besserem Verständnis für die Erkrankungen und den Umgang mit den Menschen – überflüssig sind. Das Konzept von kleinen Wohn- und Pflegegruppen ist eine Alternative zur Heimunterbringung.

Wir werden die Altenpflegeausbildung auf hohem Niveau sichern und insbesondere darauf hinwirken, dass dieser Ausbildungsgang auch wieder als Zweitausbildung förderungsfähig wird. Gerade die Absolventinnen und Absolventen der Altenpflegeausbildung sind durch ihre Berufs- und Lebenserfahrung sehr häufig ganz besondere Stützen in den Altenpflegeeinrichtungen. Die Altenpflegesschulen werden wir durch größere Spielräume bei den Klassengrößen in ihrem Bestand – insbesondere auch im ländlichen Raum – sichern.

VI. Die Zeit ist reif für ein aktives Alter

Längeres Leben durch eine steigende Lebenserwartung ist ein Erfolg sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts. Dazu haben gesündere Arbeitsplätze, bessere Ernährungs- und Wohnsituation, hygienisches Wasser und eine sauberere Umwelt, gute medizinische Versorgung für alle, Arbeitszeitbegrenzungen sowie vielfältige soziale Unterstützungen beigetragen. Wir werden gesund alt und gewinnen eine neue, aktive Lebensphase des „jungen Altseins“. Unsere Gesellschaft „überaltert“ nicht, sondern wir werden erst nach mehr Lebensjahren alt. Andere und vielfältigere Lebensstile aber stellen auch neue Anforderungen an die öffentliche Aufgabenerfüllung.

Aktiv im Alter

Es gibt immer mehr Ältere, die mit ihren ganzen Erfahrungen und Ideen eine sehr aktive Gruppe in unserer Gesellschaft bilden. Sie sind fit, aktiv und mobil, sie engagieren sich vielfältig im Ehrenamt – das wollen wir fördern! Sie betreuen und erziehen oft die Enkelgeneration mit und entlasten damit die Eltern. Sie betreuen aber auch häufig ihre eigenen Eltern und Schwiegereltern und brauchen dabei selbst Entlastung. Wir wollen die Räume schaffen, in denen sich bürgerschaftliches und politisches Engagement der älteren Generation entfalten kann, und werden die Chancen des „neuen Alters“ ergreifen. Wir nehmen die Herausforderung des demografischen Wandels an und werben für ein solidarisches Bündnis der Generationen, wie es schon vielfach vorgelebt wird.

Die meisten Älteren sind geistig rege, lebens- und wissenshungrig. Bildung erhält für sie in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Die SPD wird aus diesem Grund dazu beitragen, dass Angebote speziell für Seniorinnen und Senioren bereitgestellt werden.

Kommunale Weiterbildungseinrichtungen bieten durch ihre Nähe zu Wohnquartieren dafür die günstigsten Voraussetzungen. Angebote in Seniorenheimen gehören dabei genauso dazu wie Bildungsmöglichkeiten in Gemeindezentren, Bürgerhäusern und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. Wir werden eine intensive Zusammenarbeit der Organisationen der Erwachsenenbildung mit den Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Institutionen und Familienbildungsstätten initiieren. Gleichmaßen gilt dies auch für den Sport für Ältere. Insbesondere von Seniorinnen und Senioren ausgehende Initiativen gilt es zu unterstützen.

Wir treten ein für die enge Zusammenarbeit mit der Landesseniorenvertretung und werden die Hessische Gemeindeordnung so ändern, dass in den Kommunen Seniorenbeiräte gewählt werden, um die Interessen der älteren Generation vor Ort zu vertreten.

Die älter werdende Gesellschaft steht vor neuen Herausforderungen, die sich in der besseren Planung in den Bereichen Pflege, Gesundheit, aber auch in Bezug auf Wohnen, Barrierefreiheit und ÖPNV widerspiegeln müssen.

Wir wollen, dass mit der steigenden Lebenserwartung aus mehr Jahren auch gute Jahre für alle älteren Bürgerinnen und Bürger werden, unabhängig von Einkommen, sozialem Status oder Wohnort. Wir werden deshalb ein Landesprogramm „Altenplanung“ auflegen und damit die traditionellen Konzepte der Altenhilfeplanung ergänzen. Damit sollen auch Modelle entwickelt und gefördert werden, mit denen unter Eigenregie sowie mit kommunaler Unterstützung Engagement in der Gesellschaft und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für die jungen Alten auch außerhalb der Ballungsräume und auch für diejenigen, die über kein großes Einkommen verfügen, ermöglicht werden.

Selbstbestimmtes Alter

Ältere Menschen wollen selbstbestimmt leben und auch im hohen Alter selbstständig bleiben. Dem muss sich die Politik in Hessen endlich stellen. Wir werden daher den seniorengerechten Um- und Neubau von Wohnungen fördern und hier insbesondere die Bereiche „Service-Wohnen“, Mehrgenerationenwohnen, Senioren-Wohngemeinschaften und Genossenschaftsprojekte fördern und unterstützen. Durch ambulante Pflegedienste, durch Sozialstationen und hauswirtschaftliche Hilfen kann auch hier Unterstützung geleistet werden, wenn sie benötigt wird. Immer mehr Menschen wollen dies, und es ist eine Herausforderung der Zukunft, dass dieser Wunsch sich nicht nur für die erfüllt, die über ein sehr hohes Einkommen verfügen.

Insbesondere in den ländlichen Regionen werden sich Alterung und Bevölkerungsrückgang schon bald auswirken. Neben der allgemeinen Entwicklung kommt hier hinzu, dass insbesondere jüngere Menschen und junge Familien den Arbeitsplätzen folgend in den Ballungsraum ziehen. Die Versorgung der älteren Menschen gerade in ländlichen Regionen darf dadurch nicht gefährdet werden.

Wir werden den Verfassungsauftrag vergleichbarer Lebensverhältnisse in allen Regionen Hessens erfüllen und garantieren, dass die Versorgung mit öffentlichen Gütern in ganz Hessen auf vergleichbarem Niveau stattfindet, unabhängig davon, ob es sich um dicht oder dünn besiedelte Regionen handelt. Das gilt sowohl für die technische wie für die ökonomische und soziale Infrastruktur, mithin für öffentliche Versorgung, soziale, medizinische und pflegerische Einrichtungen, Beratungs- und Hilfsangebote sowie die Grundversorgung mit notwendigen Gütern.

VII. Die Zeit ist reif für mehr soziale Sicherheit

Hessen war über Jahrzehnte sozialdemokratischer Regierungen hinweg ein starker sozialpolitischer Partner im Konzert der deutschen Länder. Es entwickelte sich im Zuge dieser Politik zu einer attraktiven Region mit einem hohen Anspruch an Gerechtigkeit. Während der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Koch ist mit dieser guten Tradition gebrochen worden. Vielfältige Maßnahmen des Sozialabbaus und Dauerpolemik gegen

soziale Standards haben das Profil Hessens grundlegend verändert. Das Sozialstaatsprinzip hat bei der CDU keinen Rückhalt mehr. Heute prägt soziales Desinteresse die Politik der CDU-Landesregierung.

Die Regierung Koch betreibt in Hessen nur noch die Abwicklung der Reste von Sozialpolitik. Das ist organisierte Verantwortungslosigkeit. Wichtigstes Zeichen war die „Operation düstere Zukunft“. Ohne Not, mit minimalem Einspareffekt wurden auf einen Schlag umfangreiche, über Jahrzehnte aufgebaute Strukturen zerschlagen. Zehntausende von Opfern, für die keine Erziehungsberatung, keine Schuldnerberatung, kein Frauenhaus, keine Sucht- und Drogenberatung mehr die angemessene und erforderliche Hilfe bereitstellen kann. Damit einher geht vor allem der Abbau präventiver Angebote – langfristig eine teure Fehlentscheidung. Jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit wurde sinnlos entwertet, trotz aller Sonntagsreden zum Lobe des Ehrenamtes.

Aber damit ist die Unterstützung nicht beendet. Anders als neoliberale Politik steht die SPD für soziale Sicherheit, für die Absicherung von Alter und den großen Lebensrisiken, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Konfliktsituationen einen Anspruch auf Beratung und Hilfe haben.

In die Gesellschaft integrieren

Soziale Problemlagen konzentrieren sich in den Kommunen Hessens sozialräumlich in bestimmten Quartieren. Zur Armutsbekämpfung und Förderung der Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen geht die SPD Hessen deshalb zwei Wege:

Zum einen fördern wir durch die Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ die Entwicklung in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, wie einem hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund, hoher Sozialhilfedichte und hoher Arbeitslosenquote.

Dafür wird neben den Städtebaumitteln auch ein sozialpolitisches Begleitprogramm aufgelegt. Dieses soll ebenfalls für die Quartiere offen sein, die nicht bzw. nicht mehr im Rahmen des Soziale-Stadt-Programms gefördert werden. Gleichzeitig werden wir die Programmimpulse auch auf andere Quartiere übertragen.

Zu diesem Zweck werden wir zugleich die landesweite Vernetzung von Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen und die hessenweite Beratung von Stadtteilakteuren unterstützen.

Alle Förderprogramme werden so angelegt, dass sie auch für Quartiere mit besonderen Herausforderungen nutzbar gemacht werden können. Diesbezüglich werden Programmbausteine entwickelt, die eine besondere Ausstattung in Stadtteilen mit besonderen Anforderungen vorsehen und niedrigschwellige Angebote ermöglichen.

Ein neues soziales Netz

Die verantwortungslose und kurzsichtige Politik der derzeitigen hessischen CDU-Landesregierung werden wir beenden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf präventive Angebote legen und damit das soziale Netz mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Hessen neu knüpfen!

Wir werden einen Hessischen Sozialbeirat unter Federführung des Sozialministeriums berufen, in dem Kirchen, Träger der freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen vertreten sein werden. Ziel dieses Beirats ist es, die bisherigen Strukturen zu analysieren, neue Bedarfe zu ermitteln, sinnvolle Trägerkooperationen zu organisieren und die Arbeit insbesondere auf Prävention und Krisenintervention auszurichten. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Beirats werden wir eine „Charta soziales Hessen“ erarbeiten und verabschieden.

Wir stellen uns der Verfassungsaufgabe, für gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu sorgen. Das bedeutet, dass Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderungen, Menschen mit und ohne Kinder, Kranke und Gesunde vergleichbare Lebensbedingungen vorfinden. Sie sollen Zugang zu Beratungsstellen, zu Krankenhäusern, zu Hilfeeinrichtungen haben, gleichgültig, ob sie in Eschwege, Frankfurt oder in Rimbach leben.

Insbesondere nach der „Operation düstere Zukunft“ und der „Kommunalisierung sozialer Leistungen“ kommt dem Land eine wichtige Steuerungsfunktion zu, die bisher nicht wahrgenommen wird. Wir werden daher mit den Beteiligten des Hessischen Sozialbeirats und den kommunalen Spitzenverbänden klare Kriterien für eine Landessozialplanung vereinbaren. Zur Bestandsaufnahme werden wir zunächst einen Hessischen Sozialbericht erarbeiten, um eine Dokumentation sozialer Lebenslagen in Hessen und den Zugang der Bevölkerung zu sozialen Diensten und Einrichtungen zu erhalten und so die Handlungsbedarfe zu identifizieren.

Wir werden einen Armuts- und Reichtumsbericht für Hessen vorlegen.

Wir werden im Landeshaushalt die Mittel, welche die Regierung Koch im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ gestrichen hat – 30 Millionen Euro –, zu einem Sozialbudget zusammenfassen, das zu sozialpolitischen Schwerpunktinitiativen beiträgt. Besonderen Wert werden wir auf die notwendige Verstärkung der präventiven Angebote und auf innovative Projekte legen. Wir werden Investitionen in die soziale Infrastruktur vornehmen, und wir werden die Kommunen unterstützen bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben.

Keine Armut in einem reichen Land

Armut ist heute nicht nur durch wirtschaftliche Not, sondern vor allem durch faktischen Ausschluss von der Teilhabe an vielen Bereichen des Lebens und subjektiv durch eine Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Diese Situation wurde durch die Zerstörung vieler Hilfsstrukturen durch die „Operation düstere Zukunft“ erheblich verschärft.

Hessische Sozialdemokraten haben über Jahrzehnte wirksame Hilfsstrukturen und Hilfsnetze gerade für die Ärmsten der Gesellschaft entwickelt. An diese Tradition werden wir anknüpfen. Unser Ziel lautet, jedem die gleichberechtigte Teilhabe an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu gehören äußere Hilfen genauso wie die Stärkung der individuellen Möglichkeiten.

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger zur Inanspruchnahme ihrer sozialen Rechte befähigen und darin unterstützen und mit ihnen Hilfeleistungen bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir werden den Auftrag einer kontinuierlichen Prüfung der Regelungen zur Neuordnung sozialer Hilfen und von Hilfen bei Landzeitarbeitslosigkeit in Hessen umsetzen und ihre Auswirkungen auf Menschen in Hessen überprüfen. So werden wir prüfen, welche Pauschalierungen insbesondere finanzieller Leistungen wirklich zur Stärkung beitragen oder eine Überforderung darstellen und uns für entsprechende Korrekturen einsetzen.

Vollzeitbeschäftigung muss ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sowie die damit verbundene Anpassung der Leistungshöhe sozialer Hilfen sind für uns unverzichtbar.

Armutprobleme können nur mit einem koordinierten Hilfsnetz angegangen werden. Wir werden deshalb die Kooperation aller Beteiligten unterstützen. Träger der freien Wohlfahrtspflege, Vereine, Verbände oder Kirchen sind hier ebenso in der Verantwortung wie Unternehmen oder private Initiativen. Hierzu werden wir die Strukturen der Sucht- und Drogenhilfe und der Schuldnerberatung wieder auf den Stand vor der „Operation düstere Zukunft“ heben.

Wir werden darüber hinaus die bestehenden Strukturen der organisierten Hilfe in schwerer Not unterstützen durch ein Programm zur Förderung und Ausbau der ehrenamtlichen Tafeln, der Obdachlosenhilfe sowie der medizinischen Versorgung von Menschen in Not.

Armut macht krank, und arme Menschen leben kürzer. Wir werden die Initiativen der Bundesregierung für ein Präventionsgesetz entschlossen unterstützen und für Hessen einen besonderen Schwerpunkt „Armut und Gesundheit“ mit eigenen Mitteln zusätzlich fördern.

Zunehmende Kinderarmut in einer reichen Gesellschaft ist ein unerträglicher Zustand. Kinder besitzen häufig noch keine Bewältigungsstrategien und nehmen daher leicht dauerhaften Schaden. Kinderarmut verursacht Mängel der Grundversorgung wie Nahrung, Kleidung, Wohnen, Bildung und Gesundheit, aber auch soziale und kulturelle Deprivation durch Ausschluss zahlreicher Erfahrungschancen. Wir werden deshalb ein spezielles Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut auflegen, um in besonders betroffenen Stadtteilen diese Nachteile auszugleichen und Alternativen zu kommerzialisierten Angeboten zu schaffen. Dazu gehören aufsuchende Hilfen, kindgerechte Sozialraumplanung und Umfeldgestaltung, die „Gesunde KiTa und Schule“, die Förderung gesunder Ernährung und ausreichender Bewegung, aber auch die gleiche Chance auf soziale und kulturelle Erfahrungen und Entwicklungen durch Teilhabe an Vereinen, im Sport, Freizeitangeboten, an der sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Infrastruktur, durch die Förderung von Sport, von erlebnis- und medienpädagogischen Projekten, der Sprachförderung und Projekten der herkunftsbezogenen Kulturarbeit.

Unerträglich ist ferner, wenn in einer wohlhabenden Gesellschaft eine relevante Gruppe Jugendlicher insbesondere aus benachteiligten Regionen chancenlos bleibt. Viele dieser Jugendlichen fühlen sich perspektivlos, abgehängt, nutzlos und überflüssig. Gerade in der Adoleszenz geht es auch, aber nicht nur um Geld, sondern vor allem um Anerkennung, Wertschätzung und Partizipation an der Erwachsenenwelt.

Wir werden deshalb die an der Zielgruppe orientierte Jugendbildungsarbeit in sozialen Brennpunkten verstärken. Wir werden die landesweite Vernetzung und den Austausch der Angebote voranbringen und gezielt Förderstrategien für Partnerschaft und Kooperation der lokalen Bildungsinstitutionen im Stadtteil entwickeln – stets unter Beteiligung der betroffenen Jugendlichen.

Menschen mit Behinderungen – Mit gleichen Chancen leben

Behindertenpolitik ist für uns ein integraler Bestandteil aller Politikfelder. Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft und auf die Unterstützung und Hilfen, die sie benötigen. Dabei stehen wir hinter dem auf Bundesebene vollzogenen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe. Wir werden in Hessen das Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen bezüglich ihrer Unterstützung achten und nach dem Prinzip „ambulant vor stationär“ handeln. Hierbei ist das trägerübergreifende persönliche Budget ein wichtiges Instrument. Wir wollen Beratung und Unterstützung für diejenigen fördern, die mit einem Budget nicht selber zurechtkommen. Dieses Instrument ermöglicht die Orientierung der Unterstützungsleistungen an den Bedürfnissen behinderter Menschen.

Wir werden die Position der Landesbehindertenbeauftragten so ausstatten, dass sie als Ansprechpartnerin für alle behinderten Menschen in Hessen fungieren kann und dass diese Arbeit enger als bisher mit dem Landesbehindertenrat verzahnt wird.

Wir werden das Hessische Gleichstellungsgesetz novellieren und wesentlich verbessern. Der Geltungsbereich wird auf die Kommunen ausgeweitet, da Menschen zuallererst mit den öffentlichen Einrichtungen in den Kommunen konfrontiert sind und dort Barrierefreiheit noch wichtiger als bei Landesbehörden ist. Barrierefreies Bauen wird zu einem verpflichtenden Bestandteil der Ausbildung für Architekten und Bauingenieure an den hessischen Hochschulen.

Wir werden die Frühförderung für behinderte Kinder im Vorschulalter und die integrative Betreuung in Kindertagesstätten weiter ausbauen und die Qualität steigern. In der Schule werden wir den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung fördern und die notwendigen pädagogischen, therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Hilfen bereitstellen.

Wir treten für den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) und seine Zuständigkeit für die stationäre Behindertenhilfe sowie das betreute Wohnen ein, um die Chancengleichheit in allen Landesteilen zu gewährleisten. Gerade Menschen mit Behinderungen sind auf die Fachkompetenz des LWV angewiesen; eine Zersplitterung der Zuständigkeiten würde eine „Behindertenpolitik nach Kassenlage“ ermöglichen, die von uns strikt abgelehnt wird. Wir wollen auch das Angebot an ambulanten und teilstationären Angeboten weiter verbessern und treten für den Erhalt des Landesblindengeldes ein, das als Nachteilsausgleich notwendig ist.

Wir werden unsere Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung weiter verstärken. Der Landesverwaltung kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu.

Viele Menschen mit Behinderung erreichen inzwischen dank des medizinischen Fortschritts ebenfalls ein hohes Alter. Zahlreiche Beschäftigte der Werkstätten für Behinderte benötigen einen Wohnplatz oder ambulante Unterstützungsstrukturen, da ihre Eltern inzwischen – aufgrund des Alters – nicht mehr in der Lage sind, sie zu unterstützen. Auch mit dem Renteneintritt der Beschäftigten und damit dem Wegfall einer Tagesstruktur müssen neue Angebote am Wohnort oder Wohnberatungsstellen entwickelt werden. Wir werden hierfür einen Investitionsfonds schaffen und damit unseren Beitrag dazu leisten, dass die Einrichtungsträger sich diesen neuen Herausforderungen stellen können.

Da behinderte Frauen doppelt diskriminiert sind, werden wir das hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen unterstützen und in seiner Arbeit bestärken.

Wir unterstützen die Arbeit von Selbsthilfegruppen und -verbänden behinderter Menschen, die Arbeit der Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie der Interessenvertretungen der Einrichtungsträger und werden eng mit ihnen in allen Fragen der Behindertenpolitik zusammenarbeiten.

Mobilitätsbehinderte Menschen haben – gerade im ländlichen Raum – ganz besondere Schwierigkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir wollen deshalb ein Modellprojekt „Mobil auf dem Land“ auflegen.

Gesundheit für alle

Wir wollen auch in Zukunft eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land chancengleich und unabhängig vom sozialen Stand, vom Einkommen und Vermögen, aber auch unabhängig vom Wohnort sicherstellen. Die Bewahrung gesunder Lebensverhältnisse in Hessen ist ein vorrangiges Ziel unserer Politik in allen Politikfeldern. Deshalb werden wir die gesundheitsgefährdenden Belastungen in der Umwelt und am Arbeitsplatz zurückdrängen, den Verbraucherschutz stärken und den Arbeitsschutz wieder herstellen.

Medizinische Versorgung muss auf den gesamten Menschen ausgerichtet sein. In all unseren gesundheitspolitischen Maßnahmen werden wir uns daran orientieren, ob und wie dadurch ganzheitliche, patientenzentrierte Ansätze gestärkt und weiterentwickelt werden können.

Verantwortlicher Umgang mit Gesundheit setzt Wissen und Aufklärung über die eigene Gesundheit voraus. Deshalb werden wir die Gesundheitserziehung in Kindergärten und

Schulen erheblich verstärken. Ferner muss die Organisation von Schule und Kindergarten an gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden, beispielsweise in Fragen der Ernährung, Bewegung und Ruhepausen.

Neue Vergütungssysteme und knappe Budgets stellen die Krankenhäuser vor große Herausforderungen. Wir wollen auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung mit öffentlichen oder gemeinnützigen Krankenhäusern sicherstellen. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern in gewinnorientierte Unternehmen oder ihren Verkauf lehnen wir ab.

Wir werden die öffentlichen oder gemeinnützigen Krankenhäuser stärken und die Qualität der Versorgung sichern. Dazu werden wir durch eine Änderung des Landeskrankenhausgesetzes die Schaffung wettbewerbsfähiger, an Qualitätsstrukturen orientierter Verbände öffentlicher und gemeinnütziger Krankenhäuser voranbringen.

Durch verbindliche Standards in der Personalbemessung und Zusammensetzung sichern wir die Qualität der Versorgung zum Wohle der Patienten sowie die Arbeitsplätze der Beschäftigten. Die Finanzierung muss diese Standards berücksichtigen. Schädliche Folgen der bereits eingetretenen Ökonomisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen können so abgewendet werden. Zur Verbesserung der integrierten Versorgung sollen öffentliche Krankenhäuser in Kooperation mit den regionalen Kassenärzten über ein angeschlossenes medizinisches Versorgungszentrum verfügen.

Neben der Weiterentwicklung der Hochleistungsmedizin in speziellen Bereichen wird es insbesondere auf eine angemessene Versorgung älterer und alter Patienten ankommen. Das erfordert eine kleinräumige Flächendeckung gerade in den bevölkerungsärmer werdenden ländlichen Regionen. Nur durch wohnortnahe stationäre Versorgungsformen in enger Kooperation mit ambulanten Diensten kann eine Rückkehr in die eigenen vier Wände verbessert werden.

Wir werden eine regionale Gesundheitskonferenz in Hessen schaffen. Um eine bessere Verzahnung zwischen dem stationären und ambulanten Bereich zu erreichen und die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern, werden sich diese auf regionaler Ebene aus Vertretern aller wichtigen, am Gesundheitssystem beteiligten Gruppen zusammensetzen.

Dem öffentlichen Gesundheitsdienst obliegen im Rahmen der Daseinsvorsorge vielfältige und wichtige Aufgaben, so im Bereich der Prävention, des Infektionsschutzes, der Gesundheitsberichterstattung und der Beratung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Wir werden mit den Beteiligten prüfen, welche weiteren Tätigkeitsfelder besonders gut in öffentlicher Trägerschaft bearbeitet werden können. Wir streben für jedes Gesundheitsamt die Angliederung eines medizinischen Versorgungszentrums an.

Für die Versorgung im ländlichen Raum werden wir den Aufbau regionaler Kompetenzzentren und einer dezentralen, multiprofessionellen Versorgungsstruktur voranbringen. Zu diesem Zweck werden wir einen Gemeindedienst zunächst modellhaft und dann flächendeckend einführen. Dabei geht es nicht um Konkurrenz zu bestehenden Pflegediensten, sondern um einen aufsuchenden, den Arzt entlastenden Dienst.

Hessen benötigt endlich ein modernes Gesetz für psychisch Kranke, dessen Leit motive auf Hilfe für die Betroffenen ausgerichtet sind. Ihre rasche wohnortnahe Behandlung zur Vermeidung einer Stigmatisierung und zur schnellen gesellschaftlichen und beruflichen Integration muss sichergestellt werden.

Aufgrund der vielfach schlechten Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern werden die Arbeitsplätze dort zunehmend unattraktiv. In Hessen gibt es einen Pflegenotstand. In naher Zukunft droht auch im ärztlichen Bereich ein erheblicher Mangel. Die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern müssen verbessert werden, nicht nur im Sinne der Arbeitnehmer,

sondern auch im Sinne der Patienten. Die tarifvertragliche Absicherung aller Beschäftigten ist ebenso notwendig wie die Förderung gleicher Bedingungen für alle Krankenhausträger.

Das Gesundheitswesen kann nur so gut sein wie die Ausbildung der Beschäftigten. Deshalb werden wir uns für die Reform des Medizinstudiums, der Krankenpflegeausbildung und aller anderen Heilberufe einsetzen und dabei einen fachhochschulqualifizierten medizinischen Fachberuf schaffen. Debatten zu ethischen Fragen des Gesundheitswesens haben auch die Notwendigkeit einer entsprechenden Ausbildung deutlich werden lassen. Deshalb werden wir uns für die Etablierung klinischer Ethik in allen Heilberufsausbildungen einsetzen.

Auf dem letzten Weg begleiten

Mit der Gesundheitsreform 2007 wurde auf Vorschlag der SPD erstmals die angemessene palliativmedizinische Behandlung Schwerstkranker und Sterbender in den Katalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen. Wir werden dafür sorgen, dass auf dieser Grundlage in Hessen ein leistungsfähiges Netz der palliativmedizinischen Versorgung entsteht.

Die meisten Menschen möchten gerne in ihrer häuslichen Umgebung und im Kreis ihrer Familie sterben. Dieser Wunsch wird zu selten erfüllt. Wir unterstützen daher die Hospizbewegung, die gar nicht hoch genug zu bewerten ist und sehr häufig doch ermöglicht, dass dieser Wunsch erfüllt werden kann. Wir werden das Amt eines ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Palliativmedizin und Hospizwesen schaffen, der Koordination und Entwicklung sowie und das öffentliche Bewusstsein fördert. Wir werden den Haushaltsansatz im Jahr 2009 deutlich erhöhen. Auch die Arbeit der stationären Hospize und der Palliativmedizin sorgen vielfach dafür, dass Menschen in Würde und ohne Schmerzen sterben können. Sie werden von uns unterstützt.

VIII. Die Zeit ist reif für Freiheit und Sicherheit

Wir Sozialdemokraten in Hessen bekennen uns zu einer demokratischen und sozialen Rechts- und Innenpolitik. Diesbezüglich benötigen wir einen funktions- und leistungsfähigen Staat, der die Menschen schützt. Die notwendige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist zu wahren. Die SPD setzt sich entschieden für die Wahrung der Bürger- und Freiheitsrechte ein. Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Grundrechte besitzen in unserer freiheitlichen Demokratie einen hohen Rang. Deshalb bedarf der hoheitliche Eingriff in ein Grundrecht der Rechtfertigung, nicht aber die Ausübung des Grundrechts selbst. Hinsichtlich des Schutzes der Freiheitsrechte hat die hessische CDU versagt.

Für eine moderne Justizpolitik

Eine gute Justiz schafft Rechtsfrieden. Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und soziale Gerechtigkeit sind bewährte, tragende Säulen des Landes Hessen – sie dürfen nicht länger aufgrund ökonomischer Überlegungen gefährdet werden und damit in den Hintergrund treten.

Wir wollen wieder eine maßvolle, weltoffene sowie dem Bedürfnis nach Vielfalt und Sicherheit Rechnung tragende Rechts- und Justizpolitik. Die SPD wird keine Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten betreiben und auch den Rückzug der Justiz aus der Fläche stoppen.

Wir haben ein Zukunftskonzept für die hessische Justiz. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Justiz angemessen personell und sächlich ausstatten, damit Rechtssuchende nicht durch überlange Verfahrenszeiten abgeschreckt werden. Wir erteilen eine klare Absage an jedweden weiteren Arbeitsplatzabbau. Wir werden die technische Modernisierung der Justiz fortführen. Dabei ist auf personelle Belastungen Rücksicht zu nehmen und es sind die Verwaltungsabläufe als auch die insbesondere durch SAP eingetretenen Belastungen der Justiz zu überprüfen, damit die Bediensteten wieder

ausreichend Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben der Rechtspflege erhalten. Dies entlastet nicht nur die Justiz, sondern führt auch zur zeitlichen Verkürzung von Gerichtsverfahren.

Der Ausbau präventiver wie repressiver Maßnahmen muss gewährleistet, für adäquate Nachsorge sowie den Zeugen- und Opferschutz muss gesorgt sein. Unser Leitbild ist Rationalität und Verhältnismäßigkeit.

Die SPD sieht den großen Bedarf von Konfliktbewältigung. Wir werden deshalb außergerichtliche Streitschlichtung und gerichtsnahe Mediation stärken. Überdies hält die SPD an der Beteiligung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in den Fachgerichtsbarkeiten fest. Ihre Beteiligung ist Ausdruck der demokratischen Legitimation der Justiz und gewährleistet gleichzeitig auch eine öffentliche Kontrolle der Rechtsprechung. Ihre Fachkompetenz ist ein unverzichtbarer Beitrag für eine überzeugende und akzeptierte Rechtsprechung dieser Gerichtsbarkeiten.

Eine Landesregierung, die durch das sogenannte Zukunftssicherungsgesetz insbesondere bei den Staatsanwaltschaften, bei denen sich Wirtschaftskriminalitäts- und Korruptionsverfahren anhäufen, einen enormen Verfahrensstau riskiert, handelt gesellschaftspolitisch untragbar. Diesen Missstand und die sozialschädliche Signalwirkung, dass zahlreiche Korruptionsverfahren nicht zeitgerecht bearbeitet werden können, will die SPD beseitigen. Wir werden auf die Bekämpfung der Wirtschafts- und Korruptionskriminalität ein größeres Gewicht legen. Durch die SPD-Personalbedarfsplanung wird sichergestellt, dass auch die Staatsanwaltschaften in Hessen wieder hinreichend mit Personal ausgestattet werden und so angemessen und in vertretbarer Zeit ihre Aufgaben erfüllen können. Auch wollen wir die Staatsanwälte in ihrer Rolle als unabhängige Strafverfolgungsinstitution stärken, indem bei Beibehaltung der internen Weisungsbefugnis ergangene Weisungen künftig einer Dokumentationspflicht unterliegen. Das formell bestehende externe Weisungsrecht des Justizministers soll modifiziert werden.

Die SPD in Hessen wendet sich gegen die geplante Auslagerungen des Grundbuchgerichts und des Handelsregisters, von Nachlassangelegenheiten sowie gegen die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens und der Bewährungshilfe, da sich diese Aufgaben aufgrund ihrer besonderen öffentlichen Bedeutung nicht zur Auslagerung bzw. Privatisierung eignen.

Effektiver Zeugen- und Opferschutz, erfolgreiche Beratungs- und Präventionsarbeit sowie Resozialisierung verkörpern das Herzstück sozialdemokratischer Kriminal- und Justizpolitik. Hier ist das SPD-Konzept geprägt von den positiven Erfahrungen mit rationalen, humanen und vom Ergebnis der Rückfallquoten her sichereren Maßgaben.

Wir sind gegen eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters. Problematischen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität ist mit erzieherischen Mitteln zu begegnen.

Falls bessere Lösungen als das Strafrecht existieren, sind diese vorrangig zu ergreifen. Für den Bereich der Freiheitsentziehung bedeutet dies, dass verstärkt die Möglichkeiten kommunaler Kriminalprävention genutzt werden müssen. Zur Prävention wollen wir modellartig in Hessen ein „Haus des Jugendrechts“ initiieren. Neben Synergieeffekten sind herausragende Erziehungserfolge zu erwarten, wenn unter „einem Dach“ Polizeibeamte, Vertreter der Staatsanwaltschaft, Mitarbeiter der Jugendämter und weitere Engagierte schnell, effizient und untereinander abgestimmt zusammenarbeiten, um auf strafbares Verhalten Jugendlicher angemessen und zeitnah zu reagieren.

Wir werden flächendeckend regionale Präventionsräte zur Kriminalitätsvorbeugung einrichten und bestehende unterstützen. Diesen obliegt es, Kriminalitätsgefährdungen zu beobachten, zu analysieren und auf der Grundlage dieser Erkenntnisse ein langfristiges Präventionskonzept zu erarbeiten. Durch die Beteiligung kommunaler Mandatsträger, Stadtverwaltungen, der Jugendhilfe, der sozialen Dienste, der Polizei, der

Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der freien Träger, der Schulleitungen etc. kann bei aktuellen Kriminalitätsgefährdungen schnell, kompetent und abgestimmt reagiert werden.

Auch wenn das sozialdemokratische Grundverständnis in erster Linie Aktivitäten im Bereich der Prävention gebietet, gilt es für die Fälle, in denen die Prävention nicht erfolgreich war, einen kriminalpolitisch vernünftigen Strafvollzug zu organisieren. In diesem Zusammenhang wird die SPD ein eigenständiges Landesstrafvollzugsgesetz sowie ein Gesetz zur Regelung der Untersuchungshaft erarbeiten und dabei die von der Rechtsprechung entwickelten und verfassungsrechtlich verankerten Standards berücksichtigen.

Im Bereich des Justizvollzugs ist die Bilanz der Landesregierung von schwerwiegenden Versäumnissen geprägt. So wurde in allen Bereichen des Justizvollzugsdienstes Personal abgebaut, Gefangene wurden nur unzureichend auf die Haftentlassung vorbereitet und es wurden in großem Umfang Haftplätze im offenen Vollzug abgebaut. Die von der amtierenden Regierung begonnene Privatisierung des Strafvollzuges wird von uns als Irrweg abgelehnt. Wir legen Wert auf qualitätsvollen und wirksamen Strafvollzug. Dafür ist es erforderlich, dass auch künftig in ausreichendem Umfang qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Der offene Vollzug hat der Regelvollzug zu sein.

Da im Jugendstrafvollzug die erzieherische Ausgestaltung im Vordergrund steht und Jugendliche noch nicht in ihren Persönlichkeitsentwicklungen abgeschlossen sind, treten wir für anspruchsvolle Behandlungsstandards und eine hohe Betreuungsdichte ein.

In Hessen sind solche offenen Einrichtungen dringend erforderlich, um u. a. die Rückfallquote jugendlicher Straftäter zu reduzieren. Im geschlossenen Vollzug bedarf es einer ausreichenden Zahl von Sozialarbeitern, Psychologen und Bediensteten des allgemeinen Justizvollzugsdienstes, damit der Behandlungsvollzug wieder im Vordergrund stehen kann.

Wir treten für Erziehungs- und Ausbildungschancen ein. Es bedarf hierzu kleiner Wohngruppen und einer hinreichenden Anzahl von Schul- und Ausbildungsplätzen.

Der Erwachsenenstrafvollzug ist am Grundsatz der Resozialisierung auszugestalten. Jede weitere Reduzierung des Strafvollzuges für Erwachsene liefe auf einen reinen Verwahrvollzug hinaus, d. h. ohne Behandlung jedes einzelnen Gefangenen.

Besserer Datenschutz

Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurde in Deutschland das erste Landesdatenschutzgesetz für den öffentlichen Bereich entwickelt. Diesen Vorbildcharakter hat Hessen inzwischen leider verloren. Damit sich dies wieder ändert, wird eine SPD-geführte Landesregierung ein längst überfälliges Informationsfreiheitsgesetz schaffen. Damit wollen wir größtmögliche Transparenz im Umgang mit öffentlichen Daten und Informationen erreichen.

Der Umgang mit elektronischen Medien ist immer bedeutender in unserem Leben geworden – privat wie beruflich. Dabei werden Unmengen von Daten teils bewusst, teils unbewusst Dritten zugänglich gemacht und gespeichert.

Wichtige Aufgabe des Datenschutzes ist dabei sicherzustellen, dass jeder weiß, welche persönlichen Daten zu welchem Zweck und unter welchen Bedingungen gesammelt und verarbeitet werden. Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger auch vor Datenmissbrauch im privaten Bereich stärker schützen und polizeiliche sowie strafrechtliche Ermittlungstätigkeiten weiter optimieren. Dabei gilt es, auch den Betroffenen zusätzliche Hilfen an die Hand zu geben.

Datenschutz ist aber auch ein Abwehrrecht. Mit uns wird es deshalb keine Aushöhlung des Datenschutzes und damit keinen Abbau von Individual- und Freiheitsrechten geben.

Wir werden bei der Gewährung des Datenschutzes endlich die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich aufgeben und so gewährleisten, dass der Datenschutz in Hessen seine gesetzlichen Aufgaben noch wirkungsvoller und effizienter erfüllen kann. Vor diesem Hintergrund werden wir eine Datenschutzauditierung für Unternehmen ermöglichen.

Schutz der Bürger

Die Menschen in unserem Bundesland haben ein Anrecht auf ein sicheres Leben. Ein Leben in Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft. Diese Sicherheit kann nur der Staat als Inhaber des Gewaltmonopols gewährleisten. Wir lehnen daher eine Verlagerung von Sicherheitsfragen auf private Anbieter oder Hilfspersonal, wie es unter der CDU mit dem freiwilligen Polizeidienst geschehen ist, strikt ab. Wir wollen für die Bürger Hessens gut ausgebildete Polizisten. Verwaltungsstellen entlasten die Vollzugspolizei.

Von der Bekämpfung neuer Erscheinungsformen organisierter Kriminalität bis zur Abwehr terroristischer Aktivitäten stehen die hessischen Polizeibeamten seit Jahren vor großen Herausforderungen, die sie trotz Stellenabbau und Mehrarbeit hervorragend bewältigen. Wir werden aus diesem Grund zusätzliche Ausbildungsstellen für Polizeivollzugsbeamte schaffen und an der zweigeteilten Laufbahn festhalten.

Für uns ist Prävention die beste und wirkungsvollste Kriminalitätsbekämpfung. Hier besteht für Hessen dringender Nachholbedarf. Ohne Blick auf die langfristigen Folgen hat die CDU mit rigorosen Kürzungen im Sozialetat nahezu flächendeckend sozialen Einrichtungen den Boden entzogen. Damit hat sie sehenden Auges den sozialen Frieden gefährdet und präventive Strukturen zerschlagen, die der langfristigen Verhinderung von Kriminalität dienen. Für uns widersprechen sich Prävention und Sanktionen nicht, sondern sind vielmehr zwei Seiten derselben Medaille.

Ein Präventionsgesetz schafft die Grundlage für ein verbindliches Präventionskonzept, das die Akteure zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Wir werden dafür sorgen, dass durch verstärkten Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen sowie durch die Einführung von Bereichsbeamten – auch im ländlichen Raum – die Polizei wieder sichtbar Präsenz zeigt und damit bürgernäher wird. Der gut ausgebildete Polizist vor Ort, der auch als Konfliktmanager auftritt, wirkt präventiv.

Die SPD setzt sich entschieden für die Wahrung der Bürger- und Freiheitsrechte ein, für die der CDU das Gespür verloren gegangen ist. Während die CDU zur angeblichen Gefahrenabwehr immer tiefer in die Rechte der Bürger eingreift, werden wir die Bürgerrechte in unserem Land nicht zurückdrängen. Die Verschärfungen der in den letzten Jahren vorgenommenen Eingriffe in die Freiheitsrechte wie etwa im Bereich der Rasterfahndung, der Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams, der Schleierfahndung und automatischen Kennzeichenerfassung werden von uns sowohl auf ihre Erforderlichkeit als auch auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft.

Demokratie und Menschenwürde repräsentieren hohe Güter in unserem Land. Sie in Hessen zu sichern, ist Aufgabe des Verfassungsschutzes. Das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist für die hessische SPD zwingend und darf auch nicht aufgeweicht werden. Die CDU-Landesregierung hat diese Trennungslinie immer weiter verwischt. Wir werden das hessische Verfassungsschutzgesetz korrigieren und die längst überfällige Überarbeitung der Regelungen zur Wohnraumüberwachung durch den Verfassungsschutz vornehmen. Dabei werden wir die Vorgaben durch das Bundesverfassungsgericht umsetzen und damit dem verfassungsrechtlich verbrieften

Kernbereich privater Lebensführung wieder den diesem zustehenden Schutz zukommen lassen.

Die Beobachtung und Bekämpfung des gewaltbereiten Islamismus und des sich in seinem Erscheinungsbild wandelnden Rechtsextremismus müssen mit gleicher Priorität erfolgen. Die hessische SPD will keine einseitige Ausrichtung des Verfassungsschutzes.

Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz

Wir werden die wichtige überwiegend ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes nachhaltig unterstützen. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die dafür Sorge tragen, dass die personelle und die sächliche Ausstattung unserer Wehren so ausgestaltet werden, dass der Brandschutz in Hessen in optimaler Weise gewährleistet werden kann. Dies gilt für die Absicherung der finanziellen Mittel ebenso wie für die Verteilung der Landeszuschüsse. Der Nachwuchsförderung gilt unser besonderes Augenmerk.

Die SPD hat in Hessen in den 1990er-Jahren unter ihrer Verantwortung entscheidende gesetzliche Weichenstellungen für den Brandschutz in Hessen gestellt. Diese gilt es zu erhalten und fortzuentwickeln. Wir erteilen dabei jeglichen Bemühungen, die gesetzlich normierten Hilfsfristen zu verlängern oder gar abzuschaffen, eine deutliche Absage.

IX. Die Zeit ist reif für eine bessere Integration

Menschen sind seit Jahrhunderten aus Hessen ausgewandert, und sie sind seit Jahrhunderten nach Hessen eingewandert. Wie Deutschland als Ganzes, so ist Hessen in der Mitte Europas seit jeher ein Einwanderungsland. Hessen hat eine Tradition des Weltbürgertums, an die es anzuschließen gilt. Es ist an der Zeit, sich dieser Wahrheit nicht weiter zu verschließen, sondern die sich daraus ergebenden Aufgaben zu meistern.

Eine gelungene Integration zeichnet sich dabei besonders dadurch aus, dass die in der kulturellen Minderheit lebenden Menschen sich nicht ausgegrenzt fühlen und aktiv am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können. Integration heißt dabei nicht vollständige Assimilation, also totale Anpassung an eine sogenannte Leitkultur, sondern es ist ein ständiger Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Chancengleichheit im Bildungssystem und Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt sind Grundvoraussetzungen zu gleichberechtigter Teilhabe an der Gesellschaft.

Wir wollen neben den notwendigen Reformen für unser Haus der Bildung eine obligatorische, altersgerecht gestaltete Sprachförderung an Kitas und Grundschulen im Rahmen der Stärkung der frühkindlichen Bildung und Angebote, um die muttersprachliche Kompetenz zu gewährleisten und weiterzuentwickeln. Kitas und Schulen mit einem hohen Anteil mit Migrationshintergrund müssen einen erhöhten Personalschlüssel erhalten.

Wir wollen die Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Migrantinnen und Migranten zielgenau auf deren Bedarf zuschneiden.

Wir wollen die Ausbildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen, Zugangshürden abbauen und dazu regionale Netzwerke unter Einbeziehung von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie der Migrantenorganisationen aufbauen. Die stärkere Nutzung ausbildungsbegleitender Hilfen, die Qualifizierung des innerbetrieblichen Ausbildungspersonals sowie enge Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen sind dazu nötig.

Wir wollen mehr interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen von Integration. Hier sind ein Umdenkungsprozess und

Umstrukturierung nötig, um das Potenzial von Migrantinnen und Migranten als Chance für die Zukunft unserer Gesellschaft zu begreifen. Die Forderung nach interkultureller Öffnung betrifft die kommunale Verwaltung, die sozialen Institutionen und Dienste sowie die Migrantenorganisationen gleichermaßen. Hier sind die „Integrationsnetzwerke“ besonders wichtig.

Ohne einen angemessenen Beitrag durch die kommunalen Verwaltungen sowie kommunale Dienste können die regionalen „Integrationsnetzwerke“ nicht zum Erfolg führen. Diese müssen vor allem die Rahmenbedingungen zur Förderung von Migrantenorganisationen erweitern und Integrationsangebote verstärken. Eine verstärkte Kooperation mit Migrantenvereinen und -organisationen bildet dabei die wichtigste Maßnahme, um ein verstärktes Integrationsklima zu ermöglichen. Gerade durch aktive Einbeziehung und politische Partizipation kann eine erfolgreiche Kooperation zustande kommen.

Integration heißt auch, dass wir dort, wo Probleme im Lebensumfeld entstehen, die Kommunen im Rahmen der „sozialen Stadt“ deutlich in ihrem Bemühen um ein lebenswertes Umfeld und Angebote für ein soziales Miteinander unterstützen. Wir werden daher das Bundes-Länder-Programm „Soziale Stadt“ durch ein sozialpolitisches Begleitprogramm flankieren.

Familienzentren sollen sich zu Integrationszentren in den Stadtteilen weiterentwickeln, in denen Kinder insbesondere beim vorschulischen Erlernen der deutschen Sprache gefördert, Eltern niederschwellig beraten und durch Familienbildung begleitet werden.

Gemeinsam mit den Kirchen und Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege werden wir die vorhandenen Migrationsfachdienste zu Integrationszentren umwandeln. Die klassische Beratung soll in Zukunft flexibler werden und verstärkt dezentral arbeiten, mit aufsuchender Beratung und Hilfe.

Viele Migrantinnen und Migranten, die vor Jahrzehnten als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in unser Land gekommen sind, wollen – obwohl sie dies ursprünglich nicht vorgesehen hatten – ihren Lebensabend bei uns verbringen. Für diese besteht ein erhöhter Bedarf an Alten- und Pflegeeinrichtungen. Wir werden den speziellen Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe im Alten- und Pflegebereich Rechnung tragen.

Ebenso gilt es im Gesundheitswesen den speziellen Bedürfnissen der Migrantinnen und Migranten mit zielgerichteten Angeboten zu entsprechen.

Die Härtefallkommission in Hessen muss ausgewogener besetzt werden. Wir werden Vertreter der Kirchen, Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, AGAH und kommunale Spitzenverbände in die Härtefallkommission berufen.

Wir werden die Rechte der Ausländerbeiräte erneut stärken und das kommunale Wahlrecht für alle länger in Hessen lebenden Ausländer einführen.

X. Die Zeit ist reif für starke hessische Regionen

Die Region gewinnt für die Menschen mehr und mehr an Bedeutung. Regionale Verflechtungen bestimmen das Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Für die größer gewordenen Probleme sind vielerorts die Kommunen zu klein und die Länder bzw. die nationale Ebene zu groß. Die notwendige Gestaltung ist lediglich in sehr eingeschränktem Maße auf der lokalen Ebene möglich. Regionale Politik soll kommunal getragen und verantwortet werden. Deshalb ist die Region als Planungs- und Handlungsraum in der Zukunft von besonderer Bedeutung.

Wir wollen die Effizienz der Verwaltung auf der Landes-, Kreis- und Gemeindeebene verbessern. Seit der Gebietsreform der 70er Jahre konnten die Verwaltungen einerseits durch die Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie ihre Effizienz

enorm steigern, andererseits sind die Aufgaben wesentlich komplexer geworden, was insbesondere kleinere Gemeinden inzwischen große Probleme bereitet. Wir werden deshalb freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden und Landkreisen organisatorisch und finanziell unterstützen.

Wir wollen die in allen Teilen des Landes begonnenen Diskussionen um die Regionalisierung als wichtiges Strukturprinzip der weiteren Entwicklung des Landes in konkrete Schritte umsetzen. Die Gliederung des Landes in die Regionen Nordhessen, Mittelhessen, Rhein-Main und Starkenburg entspricht den Zusammenhängen, die sich auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und historischer Gegebenheiten entwickelt haben. Die Vielfalt dieser Regionen und ihre unterschiedlichen Stärken erfordern unterschiedliche Strukturen, die diesen spezifischen Gegebenheiten angepasst sind.

Region Rhein-Main

In der Rhein-Main-Region konzentrieren sich auf ungefähr einem Fünftel des Landes Hessen etwa die Hälfte seiner Einwohner, zwei Drittel seiner Arbeitsplätze; dort werden jedes Jahr circa drei Viertel seines Bruttosozialproduktes erwirtschaftet. Bestehende herausragende wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Leistungen sowie Institutionen, ein früher über Jahre hinweg überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum, gestützt auf eine Vielzahl hoch qualifizierter, leistungsbereiter, in großer Unternehmensdichte und -vielfalt beschäftigter Menschen, ein dank polyzentrischer Struktur der Besiedlung noch bewahrter, im Ballungsraumvergleich günstiger Umweltstandard und die damit in Zusammenhang stehende Attraktivität als Wohnstandort, nicht zuletzt auch das erreichte hohe Maß an Internationalität und internationalem Ansehen bilden gute Grundlagen und bieten große Chancen.

Hessen braucht ein umfassendes Konzept regionaler Entwicklungsperspektiven, das Stärken und Schwächen der Regionen definiert, wirtschaftliche Potenziale benennt und imagefördernd weiterentwickelt sowie mit einem professionellen Standortmarketing für und mit den Regionen die Attraktivität erhöht. Dieses Ziel ist nur erreichbar mit einer Politik, die alle Vorteile des Standortes Hessen, speziell auch die des Rhein-Main-Gebietes, aufgreift und weiterentwickelt.

Wir wollen die Neuordnung der Regionen, denn vor allem die schlechte Wirtschaftsentwicklung im Rhein-Main-Gebiet ist ursächlich für das Abrutschen Hessens im Ländervergleich verantwortlich. Wir wollen den neu zu schaffenden Regionalkreis Rhein-Main zum Vorbild einer effizienteren regionalen Verfassung machen. Wir werden die Landkreise im Rhein-Main-Gebiet zu einem Regionalkreis Frankfurt/Rhein-Main zusammenfassen. Dieser Regionalkreis wird auch die Aufgaben des Regierungspräsidiums Südhessen für sein Gebiet wahrnehmen.

Ein besonderes Augenmerk richtet sich auch auf die Förderung der Wirtschaftspotenziale. Dazu gehört die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Börse und „House of Finance“ ebenso wie die Unterstützung von Internetunternehmen, Kommunikationswirtschaft und Kultur.

Dabei erteilen wir Zwangsorganisationen, wie sie die CDU-geführte Landesregierung mit dem Ballungsraumgesetz durchsetzen wollte, eine deutliche Absage. Die Metropolregion Frankfurt / Rhein-Main mit all ihren Herausforderungen für die Regional- und Landespolitik reicht weit über das begrenzte Denken dieser Zwangsorganisation hinaus. Wir werden dieses Gesetz wieder zurücknehmen und wollen – aufbauend auf den vorhandenen aufgabenbezogenen Kooperationen - einen moderierten und geförderten Prozess initiieren, in dem sich die Gebietskörperschaften in die Entwicklung der am besten geeigneten und effizienten Strukturen in der Region einbringen können. Dabei achten wir die kommunale Selbstverwaltung und wollen den Kreisen und kreisfreien Städten frei stellen, in welche regionale Zusammenarbeit sie sich zuordnen wollen.

Wir setzen uns dafür ein, den Reichtum und die Vielfalt der Kultur in der Region zu erhalten und weiter auszubauen. Die Landschaft aus nationalen und internationalen Angeboten wollen wir als wichtiges Element für die Lebensqualität erweitern und damit zur Profilierung der Region beitragen. Dazu wollen wir die bestehenden Angebote stärken und Neues entwickeln. Dies lässt sich aber nur mit einer größtmöglichen Solidarität und nicht auf Kosten der Kultur in den vielen Städten und Gemeinden bewerkstelligen. Mit unserer Initiative zur Stärkung der Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main wahren wir dieses Gleichgewicht und bauen gleichzeitig eine stabile langfristige Finanzierung auf.

Wie kommunale Daseinsvorsorge – unter den Bedingungen des Übergangs von einer vergänglichen zu einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung und unter Einbeziehung der darauf ausgerichteten Bau-, Stadt- und Verkehrsplanung – künftig ausgestaltet werden sollte, zeigen wir mit unseren Vorschlägen für die Internationale Bauausstellung „Metropolitana 2015“ im Frankfurt/Rhein-Main beispielgebend auf. Das programmatische Leitbild der sozialen Stadt wird dabei verknüpft mit den Grundideen der europäischen Charta für Solarenergie.

Wir sprechen uns eindeutig für die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) in der Region Rhein-Main aus.

Wir werden zur Sicherstellung eines angemessenen Wohnungsangebotes im Ballungsraum auch für ein breites öffentliches Wohnungsangebot eintreten.

Als großes regionales Verkehrsprojekt konzentrieren wir uns auf den Bau der bereits längst überfälligen Regionaltangente West als S-Bahn, ggf. durch eine Vorfinanzierung der Strecke durch das Land.

Region Nordhessen

Sozialdemokratische Landespolitik steht seit jeher für einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Regionen Hessens. Die Stärkung und Profilierung Nordhessens war SPD-geführten Landesregierungen stets ein großes Anliegen. Die Erschließung wichtiger Verkehrsadern (A44, A49) sowie der Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn (ICE-Strecke Kassel-Fulda-Würzburg) sowie die Etablierung des Hochschulstandortes Kassel sind nur einige Punkte, die von der SPD maßgeblich vorangetrieben wurden.

Mit der Regierungsübernahme von Roland Koch wurde Politik für Nordhessen nahezu ausschließlich auf den Ausbau des Regionalflughafens Kassel-Calden – zu dem sich die Region bekennt – verkürzt. Beim wichtigen Autobahnbau Kassel-Eisenach (A44) und Kassel-Gießen (A49) hat die Landesregierung in acht Jahren keinen neuen Meter Baurecht schaffen können. Wir werden den Ausbau dieser beiden Autobahnprojekte unterstützen und vorantreiben.

Die CDU-Landesregierung hat systematisch wichtige Infrastruktur in dieser Region zerstört. Die Schließung von Landesbehörden und Amtsgerichten wurde trotz heftiger Proteste vollzogen, die des Regierungspräsidiums und des Landeswohlfahrtsverbandes konnte die SPD zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verhindern.

Insbesondere der ländliche Raum leidet unter der rigorosen Schulpolitik. Das bestehende Schulgesetz gefährdet die Existenz kleiner Schulstandorte, die für die Entwicklung der Städte und Gemeinden aber immens wichtig sind. Das einst von Sozialdemokraten aufgelegte Dorferneuerungsprogramm ist erheblich zusammengestrichen worden und hat so seine Impulswirkung für die Städte und Gemeinden der Region verloren.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird zur Stärkung Nordhessens folgende Punkte angehen:

- ein Programm für den demografischen Wandel im ländlichen Raum aufstellen, das hilft, die Grundversorgung sicherzustellen;
- den öffentlichen Finanzausgleich so weiterentwickeln, dass vergleichbare Lebensverhältnisse für alle Bürger Hessens dauerhaft gesichert werden;
- die derzeit diskutierte stärkere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Kassel unterstützen (die Entscheidung zur Bildung eines solchen Regionalkreises liegt aber vor Ort; wir werden ggf. das sogenannte Kassel-Gesetz aufheben);
- einen weiteren Ausbau des Regionalmanagements auf breitem Fundament bei Erhalt der Landkreise und des Regierungspräsidiums in Angriff nehmen;
- eine bessere Verzahnung der nordhessischen Hochschulstandorte schaffen;
- die hervorragenden Initiativen aus der Region in einem Energiekonzept für die „Solarregion Nordhessen“ zusammenfassen.

Region Mittelhessen

Die Region Mittelhessen (Landkreis Limburg-Weilburg, Lahn-Dill-, Gießen, Vogelsberg, Marburg-Biedenkopf und Wetterau) mit ihrer zentralen Lage in Deutschland und ihrer direkten Nähe zu den europäischen Ballungszentren, insbesondere dem Rhein-Main-Gebiet, besitzt hervorragende Entwicklungschancen. Ihre Stärken gründen sich in der Vielfalt der einzelnen Teilregionen, die sich in ihren Profilen ergänzen und so Mittelhessen als Wirtschafts-, Bildungs- und Innovationsregion positionieren. Zudem kommt der Region Mittelhessen besondere Bedeutung als Lebensraum zu. Neben einem starken verarbeitenden Gewerbe gepaart mit Forschungs-, Bildungs- und Dienstleistungsstrukturen besitzt Mittelhessen attraktive Wohnstandorte, Tourismus- und Naherholungsgebiete.

Diese Entwicklungspotenziale für eine eigenständige Regionalentwicklung wollen wir in den nächsten zehn Jahren voll ausschöpfen und in Wachstum, Beschäftigung und Lebensqualität umsetzen.

Mittelhessen steht in den kommenden Jahren jedoch vor großen Herausforderungen: Gerade die Sicherung und Schaffung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze im ersten und zweiten Arbeitsmarkt und der Erhalt vorhandener Behördenstandorte müssen gesichert werden. Die Stabilisierung und Weiterentwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur bei sich ändernden demografischen Strukturen, die Verbesserung der ökologischen Rahmenbedingungen sowie die Verbesserung der Bildungschancen und die Familienförderung sind ohne einen Beitrag des Landes nur schwer zu bewältigen. Hier werden wir auch zukünftig Verantwortung übernehmen.

Wir werden dazu sowohl die Anstrengungen der Teilregionen bei der Erarbeitung regionaler Entwicklungsstrategien (IREK) weiter unterstützen als auch den Dialog auf regionaler Ebene mit den Akteuren aus Politik, Hochschulen und den Sozialpartnern Mittelhessens führen.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Regionalmanagements zu einer regionalen Entwicklungsagentur, wie sie bereits von der IG Metall und dem DGB vorgeschlagen wurde. Die Erarbeitung und kontinuierliche Weiterentwicklung eines regionalen Entwicklungskonzeptes Mittelhessens im Dialog in der Region sind dabei unverzichtbare Bestandteile.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird darüber hinaus die Region Mittelhessen in folgenden Aspekten unterstützen:

- In Mittelhessen mit den beiden Universitäten (Justus-Liebig-Universität Gießen, Philipps-Universität Marburg) und der Fachhochschule Gießen-Friedberg steht Innovation hoch im Kurs. Rund die Hälfte aller hessischen Erfindungen bzw. Patentanmeldungen stammt aus Mittelhessen. Die direkte Impulswirkung der Hochschulen für Forschung, Entwicklung und Wirtschaft ist offensichtlich. Aus diesem Grund setzen wir uns auch zukünftig für eine starke Hochschullandschaft in Mittelhessen ein. Die bereits etablierten Ansätze des Transfers aus Wissenschaft und Forschung in die Wirtschaft hinein durch das Transferzentrum und die TransMit

werden von uns unterstützt, vorhandene Fort- und Weiterbildungseinrichtungen wie die Aus- und Fortbildungsstelle in Schotten zu erhalten.

- Wir stärken Mittelhessen weiterhin als Wissenschaftszentrum in der Mitte des Landes durch die Entwicklung innovativer regionaler Schwerpunkte, z. B. in den Bereichen der Gesundheits- und Medizintechnik, der Bio- und Nanotechnologie sowie der Optoelektronik. Hier kann Mittelhessen auf gute Ausgangsbedingungen, gewachsene Strukturen und erfolgreiche Entwicklungsansätze verweisen. Insbesondere im Bereich der Medizintechnik kann für Mittelhessen eine Zukunftsbranche entwickelt werden.
- Wir werden mit der Erarbeitung und Umsetzung eines Leitbildes „Technologieregion Mittelhessen“ unter besonderer Berücksichtigung der bereits in den Oberzentren vorhandenen Struktur sowie eines Konzeptes für ein Netzwerk zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie- und Gründerzentren, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen neue Impulse setzen.
- Mittelhessen verfügt über den höchsten Industriebesatz Hessens. Vor allem in den Bereichen Maschinenbau, Metall- und Elektrotechnik besteht ein hohes Innovationspotenzial. Starke Branchen in der Steuer-, Mess- und Regelungstechnik, Optik und Fotonik bergen im Wettbewerb der Regionen Profilierungspunkte. Herausragend ist dabei der Optik-Cluster im Lahn-Dill-Raum.
- Um Unternehmen in der Start- und Wachstumsphase mit Kapital zu versorgen, wurde in Mittelhessen mit dem RegioMit der erste Regionalfonds Mittelhessen eingestellt. Hier sagen wir auch zukünftig die Unterstützung des Landes Hessens zu.
- Für Mittelhessen wird der Tourismus ein immer wichtiger werdender wirtschaftlicher Baustein, der aktiv und intensiv durch die Städte und Gemeinden, die Kreise aber auch durch das Land Hessen gefördert werden muss. Insbesondere sind das Lahntal und der Vogelsberg touristisch attraktive Naherholungsgebiete. Notwendige Unterstützung im weiteren Ausbau touristischer Infrastruktur werden wir durch das Land bereitstellen.

Darüber hinaus spielt für die weitere Entwicklung der Region Mittelhessen die verkehrliche Anbindung eine zentrale Rolle. Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, Mobilität flächendeckend zu sichern. Aus diesem Grund halten wir die Attraktivitätssteigerung der Lahntal- und der Vogelsbergbahn für zwingend erforderlich. Um Mobilität für Menschen ohne Auto auch in der Fläche aufrechtzuerhalten, sind wir für ein tragfähiges ÖPNV-Netz auch in den ländlichen Regionen. Eine einseitige Kürzung von ÖPNV-Mitteln in diesen Räumen wird es mit uns nicht geben.

Der geplante Ausbau der A49 und B49 wird von uns unterstützt und vorangetrieben.

Region Starkenburg

Die Region Starkenburg/Technologieregion Darmstadt mit den Landkreisen Bergstraße, Odenwald, Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt besitzt bundesweit gesehen ein hervorragendes Entwicklungspotenzial. Die Region gehört zu den zukunftssträchtigen Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Chancen müssen genutzt werden, und dies erfordert eine gute Zusammenarbeit der beteiligten Kreise und Kommunen. Die CDU – insbesondere im Kreis Bergstraße – arbeitet aber systematisch an einer Zerschlagung der Region, was mit erheblichen negativen Folgen verbunden wäre.

Starke Kommunen mit möglichst vielen Kompetenzen und eine funktionierende regionale Zusammenarbeit mit der notwendigen Bündelungsfunktion sind das Zukunftskonzept einer zukunftsgerichteten Politik in einem sich dramatisch verändernden Europa.

Wir treten deshalb weiter dafür ein, dass die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung, wie die Flächennutzungsplanung, das Standortmanagement einschließlich der benötigten Flächen und der Werbung sowie die Koordination der regionalen Infrastruktur in der Region

entschieden werden. Dies wollen wir verbinden mit einem regionalen Finanzausgleich. Nur so können diese Aufgaben angemessen und zukunftsfähig angepackt werden.

Starkenburger ist eine Region im Aufbruch mit einer breiten Vielfalt innovativer Projekte. Die Region hat ein besonders hohes Entwicklungspotenzial. Die Nähe zu den wichtigsten Forschungsinstituten der umliegenden Universitäten und Fachhochschulen in Mannheim, Heidelberg und Darmstadt kann für sehr guten Wissenstransfer zur lokalen Wirtschaft sorgen. Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang sind das dadurch sehr differenzierte Angebot an Fachkräften sowie die umfangreichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowohl in den technischen als auch in den naturwissenschaftlichen Bereichen.

Der Region kommt zudem als wichtiges Verbindungsglied zwischen den Metropolregionen Frankfurt Rhein-Main und Rhein-Neckar eine besondere Bedeutung zu. Deshalb muss die Region eine aktive Rolle dabei einnehmen, die beiden anderen Regionen stärker miteinander zu verknüpfen.

Die Region ist durch Verkehrswege hervorragend erschlossen; die damit verbundenen Vor- und Nachteile liegen auf der Hand. Mit der geplanten ICE-Schnellbahntrasse wird die Region zusätzlich belastet, gleichzeitig ist damit der Weg frei gemacht, um eine S-Bahn-Verbindung auf der Rhein-Neckar-Bahn einzuführen. Wir bekennen uns zur ICE-Neubaustrecke – diese muss aber für Mensch und Umwelt verträglich gebaut werden und Darmstadt und Mannheim und damit die Region anbinden.

Wir wollen die Norderweiterung der S-Bahn Main-Neckar, um die traditionell starke Verbindung der Region Rhein-Neckar an den südhessischen Wirtschaftsraum zu festigen.

Notwendig ist indes ebenfalls der dreispurige Ausbau der A67 zwischen Lorsch und Darmstadt, um den erheblichen PKW- und LKW-Verkehr auf der A5 und der A67 bewältigen zu können.

Mit dem Unesco-Geopark Bergstraße-Odenwald hat die Region ein überragendes touristisches Ziel, das zum Entdecken erdgeschichtlicher und landschaftsgestaltender Vorgänge und ihrer Bedeutung für unsere Kultur und unser tägliches Leben einlädt.

XI. Die Zeit ist reif für die Stärkung des ländlichen Raumes

Wir wollen Fortschritt und Wohlstand auch für den ländlichen Raum. Um dies zu erreichen, werden wir die Veränderungen durch Wirtschaftsentwicklung und demografischen Wandel aufnehmen und neue Impulse zur strukturellen und eigenständigen Weiterentwicklung der ländlichen Räume in Hessen geben. Politik für die ländlichen Regionen reicht weiter als die klassische Agrarpolitik. Wir stehen für eine Politik, die eine nachhaltige ländliche Entwicklung unterstützt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass auch abseits der Ballungsräume eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung und eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur existieren. Auch auf dem Lande müssen die Menschen gut und gerne leben können. Uns geht es deshalb um eine integrierte Konzeption für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raums, in der alle relevanten Programme wieder zusammengefasst werden. Unser Ziel ist es,

- die lokalen und regionalen Entwicklungspotenziale zu fördern und damit die Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern;
- die Rahmenbedingungen zur Erhaltung und Schaffung zukunftsfähiger Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verbessern;
- eine eigenständige regionale Entwicklung zu unterstützen, um damit die Identität zu fördern;
- die Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern und auszubauen;

- neue Technologien und Medien zu fördern;
- eine angemessene Grundversorgung unserer Dörfer zu erhalten;
- Natur und Umwelt zu bewahren und zu verbessern.

Wir wollen eine Regionalentwicklung mit den Menschen vor Ort. Sie sollen beteiligt werden an der Erarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte, die mit ihren regionalen Leitbildern die Basis für den Einsatz von Fördermitteln aus den unterschiedlichen Quellen bilden sollen.

Dörfer mit Infrastruktur

Die hessischen Dörfer weisen in ihrer Struktur und in ihren Lebensformen eine große Vielfalt auf. Sie weiterzuentwickeln und ihre wirtschaftliche Grundlage und hohe Lebensqualität zu sichern, ist auch in Zukunft Ziel unserer Politik für die Dörfer. Wirtschaftliche Konzentration und demografischer Wandel schränken die Freiheit der Menschen auf dem Lande ein. Fehlende Verkehrsverbindungen und eine ausgedünnte Infrastruktur – privat und öffentlich – führen zu Benachteiligungen.

In Gebieten mit besonders starkem Rückgang der Bevölkerung wären die Kosten für zentrale Versorgungsstrukturen immens. Hier werden wir die Umstrukturierung zu dezentralen Strukturen fördern. Der notwendige Umbau von Versorgungseinrichtungen verursacht zusätzliche Kosten bei rückläufigen Nutzerzahlen. Diese können nicht allein den Menschen in den betroffenen Regionen angelastet werden. Dies muss der kommunale Finanzausgleich berücksichtigen.

Wir benötigen eine neue Definition von Richtwerten zur Erhaltung der sozialen und strukturellen Infrastruktur in der ländlichen Region.

Unser zentrales Handlungselement bleibt das Dorferneuerungsprogramm. Wir wollen es als wirtschaftspolitischen Stabilisationsfaktor im ländlichen Raum nutzen und damit erneut Investitionen in erheblichem Umfang auslösen, die sich in Handwerk, Handel und Gewerbe arbeitsplatzfördernd und -sichernd auswirken. Wir wollen erhaltenswerte Dorfkern so umgestalten, dass Wohnen und Arbeiten in Kombination möglich ist.

Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse sollen verbessert, die regionaltypische Bausubstanz soll erhalten werden. Es geht um die Verbesserung der Grundversorgung mit Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Bereich sowie den verbesserten Zugang zu neuen Medien in unseren Dörfern. Es sollen Impulse für wirtschaftliche und kulturelle Eigeninitiativen ausgelöst werden.

Basis dafür ist eine moderne zukunftsfähige Infrastruktur, die den Mobilitätsbedürfnissen Rechnung trägt. Für die Verkehrsversorgung werden wir innovative Formen wie beispielsweise Rufbusse und Anrufsammeltaxis unterstützen. Damit wollen wir die strukturelle Entwicklung begünstigen, Arbeitsplätze in den regionalen Räumen langfristig sichern, den Austausch der Menschen untereinander problemloser gestalten und individuelle Mobilitätswünsche ermöglichen.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Infrastruktur sowohl im sozialen und kulturellen Bereich als auch im Verkehrs- und Versorgungsbereich hergestellt und weiterentwickelt wird. Dazu gehört auch die Versorgung mit ausreichend schnellen Internetanschlüssen. Angesichts der Angebotsreduzierung gerade in sehr kleinen Ortsteilen wird die Förderung einer ortsnahen Einzelhandelsversorgung immer wichtiger, bei denen Post- und Bankdienstleistungen integriert werden können.

Ein gutes Bildungsangebot vor Ort und gute Anbindungen an weitere Bildungsangebote sollen gleiche Bildungschancen unabhängig vom Wohnort sichern. Kinderbetreuung und Ganztagsangebote machen Beruf und Familie auch auf dem Land leichter miteinander vereinbar.

Wälder erhalten und nutzen

Wir wollen ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Walderhalt und vernünftiger Nutzung. Angesichts der Klimaveränderungen und der beginnenden Rohstoffknappheit wird die Nutzung von Holz immer wichtiger. Mit dem massiven Personalabbau bei Hessenforst hat die CDU-Landesregierung den Staatsforstbetrieb deutlich geschwächt. Die Bearbeitung der zunehmenden Sturmschäden ist nur noch mit Überlastung des Personals möglich. Die nicht-ökonomischen Funktionen des Forstes werden ohnehin vernachlässigt.

Wald ist nicht nur als Produktionsstätte für nachwachsenden Rohstoff und als natürliches Refugium für Tier- und Pflanzenarten unverzichtbar. Wald wird außerdem zum Schutz unseres Bodens und Wassers, als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz, aber auch als Erholungsraum dringend gebraucht. Wir wollen einen Bürgerwald. Die eigentlichen Eigentümer des öffentlichen Waldbesitzes müssen die maßgeblichen Ziele für die Entwicklung des Waldes setzen. Eine Privatisierung des öffentlichen Waldes würde der gesellschaftlichen Bedeutung des Waldes nicht gerecht und ist deshalb abzulehnen.

Wir wollen die ökologische und ökonomische Leistungsfähigkeit des Waldes durch eine ordnungsgemäße Forstwirtschaft sichern. Dabei wollen wir immer stärker den Aufbau und den Erhalt standortgerechter Wälder mit naturgemäßen Waldbaumethoden fördern und damit unsere Waldökosysteme stabilisieren. Dazu gehören eine weitgehend natürliche Verjüngung, angepasste Wildbestände, der Verzicht auf Kahlschläge und auf Chemieeinsatz im Wald. Notwendige Waldsanierungen sowie die Vorbereitung auf die geänderten Verhältnisse durch den Klimawandel repräsentieren eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Dies umfasst eine weitgehend natürliche Verjüngung, angepasste Wildbestände, grundsätzlich den Verzicht auf Kahlschläge und auf Chemieeinsatz im Wald.

Die hohe ökologische und soziale Qualität unserer Waldwirtschaft werden wir durch eine internationale Zertifizierung nach den Normen des Waldbewirtschaftungsrates FSC bestätigen lassen.

Forstwirtschaft und Forstpolitik sind für uns ein Element der Entwicklung ländlicher Räume. Sie sichern regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wir wollen, dass durch bessere Verknüpfung der einzelnen Elemente höhere Anteile der Wertschöpfung in den Regionen verbleiben.

Wir wollen für Hessens Wälder eine ausreichende Anzahl von Förstern und Waldarbeitern. Das Einheitsforstamt als Fachverwaltung hat sich bewährt; die Präsenz der Forstverwaltung darf nicht weiter reduziert werden.

Landwirtschaft auf neuen Wegen

Die meisten Landwirte in Hessen stellen sich der schwierigen Aufgabe, die Produktion gesunder Nahrung unter Schonung natürlicher Ressourcen in Einklang zu bringen mit den ökonomischen Zwängen, denen sie ausgesetzt sind. Dabei wollen wir sie unterstützen. Dabei geht es nicht um harte Brüche, sondern um einen Prozess, bei dem mit der Zeit ein immer schonenderer Umgang mit der Natur mit stabilen Einkommen verbunden werden kann.

Das Interesse der Verbraucher an gesunder schmackhafter Nahrung hat weiter zugenommen, darunter auch das Interesse an ökologisch angebauten Lebensmitteln. Durch die mangelnde Unterstützung der Landesregierung haben hessische Landwirte davon nur zum Teil profitieren können. Im Interesse der Umwelt und der Verbraucher gleichermaßen ist es unser Ziel, in weiteren Schritten den Anteil des ökologischen Landbaus in Hessen deutlich zu erhöhen. Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Wir wollen deshalb den ökologischen Landbau in Hessen auch in Zukunft in Forschung, in Lehre, Beratung und Versuchswesen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen

sowie im Marketing besonders fördern. Dabei sollen regionale Wertschöpfungsketten Arbeit und Einkommen in der jeweiligen Region sichern.

Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, sich neue Einkommensmöglichkeiten durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und durch erneuerbare Energiequellen zu erschließen. Dies ist Bestandteil unseres Energiekonzeptes für Hessen.

Die Landwirtschaft erbringt neben der agrarischen Produktion vielfältige Leistungen, die im Interesse der Gesellschaft notwendig sind. Diese Leistungen, wie zum Beispiel die Erhaltung der Kulturlandschaft, die Schaffung und Pflege von Räumen für Erholung und Freizeit müssen angemessen honoriert werden.

Urlaub auf dem Land

Hessische Regionen mit attraktiven und reizvollen Landschaften wollen wir in ihrer touristischen Entwicklung fördern. Hier sehen wir noch große Potenziale, neue Einkommensquellen zu erschließen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um damit die Erhöhung der Wertschöpfung zu erreichen. Dieses ist ein Mehr an Lebensqualität, dient der kulturellen Identität, führt zum Erhalt der Kulturlandschaft und verdeutlicht die Vielfalt der Landschaftsräume in Hessen. Wir wollen die touristischen Infrastrukturen durch gezieltes Marketing fördern.

Wir wollen das Naturerlebnisland Hessen gestalten und Anreize bieten, ökologisch verantwortungsbewussten Urlaub in Hessen zu verbringen.

Die Natur wird wieder geschützt

Das Land Hessen hat einen beispiellosen Abbau des Naturschutzes hinter sich. Mit mehreren Gesetzesänderungen wurden Schutzbestimmungen weitgehend abgebaut, ganze Schutzbereiche wurden aufgegeben, in anderen findet Naturschutz nur noch nach Kassenlage statt. Damit wird der natürliche Reichtum unseres Landes preisgegeben.

Diese kurzsichtige Politik werden wir beenden. Wir werden ein neues Naturschutzgesetz vorlegen, in dem die Natur wieder zu ihrem Recht kommt. Grundgedanke dabei ist, Natur und Landschaft sowohl im besiedelten wie auch im unbesiedelten Bereich so zu behandeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt als Lebensgrundlage des Menschen, aber auch um ihrer selbst willen nachhaltig gesichert sind.

Bei der Umsetzung der europäischen Regelungen zur Verbesserung der Wasserqualität bringen wir mit den Kommunen Umwelt- und Naturschutz zusammen. Eine Reduzierung des Flächenverbrauchs gehört zu einer nachhaltigen Landesplanung.

Die Ziele und die gesetzlichen Vorgaben des Naturschutzes erfordern auf einem kleinen Teil der Fläche die Aufgabe jeglicher Nutzung, zum Teil mit gezielter Pflege, um wertvolle Biotope in ihrem derzeitigen Zustand zu bewahren, zum Teil ohne weitere menschliche Einwirkung, um die natürlichen Prozesse sich selbst zu überlassen. Dazwischen werden Verbindungsflächen zur Vernetzung der einzelnen Biotope benötigt. Nicht nur aus finanziellen Gründen sind dem jedoch enge Grenzen gesetzt. Auf dem überwiegenden Teil der Fläche kommt es uns darauf an, Formen einer Landnutzung zu erhalten oder zu entwickeln, die ihren Beitrag zur Volkswirtschaft mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit bestmöglich vereinen.

Wir werden in einem Naturverträglichkeitsprogramm aufzeigen, an welchen Stellen natur- und menschenverträglich erneuerbare Energien produziert werden können. Hierfür werden wir die Naturschutzgrundlagenuntersuchungen zu Arten und Biotopen zur Verfügung stellen.

Wir werden ein Landschaftsprogramm für den Erhalt der für Hessen typischen Vielfalt der Natur auf den Weg bringen.

Integriert in Ganztagsangebote und außerschulische Jugendbildung wird der Umgang mit Natur und Umwelt den notwendigen Stellenwert erhalten.

Der Schutz der Natur wäre nicht so weit, wie er heute ist, ohne die Arbeit der vielen Menschen, die ehrenamtlich Naturschutz betreiben. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Zu dieser Arbeit gehören auch die Beteiligung an Verwaltungsverfahren und das Instrument der Verbandsklage.

In einem neuen Naturschutzgesetz werden wir die Rechte der Naturschutzbeiräte wieder ausweiten und das Verbandsklagerecht erneut herstellen. Mit vernünftigen Verfahrensregelungen werden wir mögliche Verzögerungen begrenzen. Wir werden wieder landestypische Biotope unter Schutz stellen und den Landschaftsschutz wieder durchsetzen. Wir werden in einer vernünftigen Mischung von hoheitlichem und vertraglichem Naturschutz die großflächigen Schutzgebiete von Natura 2000, aber auch die kleineren Naturschutzgebiete langfristig absichern. Dazu gehört gleichermaßen die notwendige Pflege.

Wir wollen alle Menschen für die Natur begeistern! Wir werden in Kellerwald, Rothaargebirge und Burgwald die Biosphärenregion Ederbergland neu entwickeln. In dieser Region leben, arbeiten, forschen und lehren Marktführer der Umwelttechnik, Profis der Holzwirtschaft, Experten eines naturnahen Tourismus, Land- und Forstwirte und nicht zuletzt die Naturschutzexperten, welche die Erfolgsstory des hessischen Nationalparks geschrieben haben. Hier müssen wir weiter voranschreiten und Synergien nutzen! Auch das Biosphärenreservat Rhön wird von uns weiterentwickelt werden.

Tiere schützen

Zu einem konsequenten Schutz der Gesamtheit der Natur gehört auch, dass Tiere nicht nur als Nutzobjekte behandelt werden, sondern dass ihnen um ihrer selbst willen Schmerz und Leid erspart bleiben und sie artgerecht leben dürfen. Den Rahmen, den das Tierschutzgesetz des Bundes gesetzt hat, füllen wir durch einen wirkungsvollen Vollzug so weit wie möglich aus. Eine Tierschutzbeauftragte überwacht den Tierschutz und gibt Anstöße zu seiner Verbesserung.

In der landwirtschaftlichen Tierhaltung setzen wir uns ein für die Weiterführung und Verbreiterung der Projekte zur artgerechten Tierhaltung. Mit der Unterstützung kleiner Schlachthöfe und einer tierschutzgerechten Schlachtung unterstützen wir engagierte Erzeuger, regionale Versorgungswege und artgerechte wie konsumentenfreundliche Haltungssysteme.

Wir wollen das Ehrenamt im Tierschutz stärken. So sollen die Tierschutzorganisationen stärker in den Vollzug eingebunden werden. Ihre Möglichkeiten, Entscheidungen noch einmal überprüfen zu lassen, soll verbessert werden.

XII. Die Zeit ist reif für eine aktive Gesellschaft

Für starke Kommunen in Hessen

Menschen erleben politisches Handeln und seine Auswirkungen in Städten, Gemeinden und Kreisen unmittelbar. Die Kommunen bilden die Grundlage unseres Staatsaufbaus. Daher braucht diese unterste Staatsebene eine Verstärkung und Verstetigung ihrer Einnahmen. Eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik mit der Folge lokaler wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherung sowie Gewinnung von Arbeitsplätzen kommt nur mit einer soliden und guten Finanzausstattung aus. Dafür werden wir sorgen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sicherstellen, dass das in der hessischen Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip auch gewahrt wird.

Wir wollen staatliche Verwaltung modernisieren und Service als auch Leistungen möglichst nah an die Menschen bringen. Eine kostenneutrale Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen ist ein Weg, sofern sie diese auch übernehmen wollen und können.

Wo Städte und Gemeinden auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten wollen, dürfen eigene Regeln des Landes nicht entgegenstehen. Das Land muss helfen, entsprechende Hürden bei Bundes- und Europagesetzgebung zu berücksichtigen. Aus diesem Grund werden wir ein Programm zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit auflegen.

Mehr Mitbestimmung

Mitbestimmung von Menschen bei sie betreffenden Fragen ist für uns ein roter Faden, der sich durch alle Politikfelder zieht. Die Möglichkeiten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dahin gehend, mitbestimmend und gestaltend zu wirken, sind durch die CDU-Regierung durch zahllose Gesetzesänderungen bis zur Unkenntlichkeit beschnitten worden. Wir werden deshalb in enger Abstimmung mit den zuständigen Gewerkschaften das Hessische Personalvertretungsgesetz als demokratisierendes und die Qualität öffentlicher Dienstleistung förderndes Instrument einer modernen Verwaltungskonzeption weiterentwickeln. Die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes dienen als Leitlinie. Die Föderalismusreform gewährt uns hierzu erforderliche Handlungsmöglichkeiten.

Bürgernahe Verwaltung

Bürgernähe, eine Orientierung an den Bedürfnissen und die Sicherung wohnortnaher Dienstleistungen sind Maßstäbe für SPD-Politik. Verwaltungsdienstleistung muss sich am Bürger orientieren und nicht umgekehrt.

Wir werden die Zentralisierung von Verwaltungsstrukturen der Koch-Regierung aufhalten und wo möglich zurückführen. Standortentscheidungen öffentlicher Verwaltungen werden wir an regionalen Strukturen und im Hinblick auf deren Bedeutung für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsleistung orientieren. Unser Ziel besteht dabei in der Stärkung strukturschwacher Regionen.

Der Staat ist verpflichtet, eine Grundversorgung öffentlicher Leistungen vorzuhalten. Dazu dienen auch die Einrichtungen der Verwaltung. Sie müssen ebenfalls in der Fläche erhalten bleiben.

Der Einsatz moderner Kommunikationsformen ersetzt nicht den Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, stellt gleichwohl eine sinnvolle Ergänzung dar. Wir werden E-Government in diesem Rahmen weiterentwickeln.

Das Land als Arbeitgeber

Im Dienste des Landes Hessen sind derzeit rund 130.000 Beschäftigte als Lehrer, Polizisten, Verwaltungsbeamte, Arbeiter und Angestellte für den Staat tätig. Sie leisten wertvolle Arbeit für alle in Hessen. Das Land bietet als Arbeitgeber einen zentralen Beitrag sowohl zur Gewährleistung öffentlicher Interessen als auch zur Bereitstellung eines gesicherten Arbeitsplatzangebotes.

Die Regierung Koch hat über 10.000 Stellen im Landesdienst gestrichen. Damit ist Roland Koch der größte Arbeitsplatzvernichter Hessens. Wir wollen hierzu ein Bündnis für Arbeit vereinbaren. Arbeitsplatzangebot, Arbeitszeit, Dienstleistungserbringung und Arbeitsplatzsicherheit müssen in einem gerechten Interessenausgleich gestaltet werden. Wir wollen diesen Gleichklang gemeinsam mit Beschäftigten, Gewerkschaften und Beteiligten gestalten.

Wir werden für den öffentlichen Dienst sicherstellen, dass auch dort ein diskriminierungsfreier, wertschätzender Umgang mit Personalressourcen stattfindet, wo

Frauenförderung noch nicht als Behördenkultur praktiziert wird. Dazu gehört insbesondere nicht nur eine richtige Umsetzung, sondern auch eine zeitgerechte Überarbeitung des HGIG.

Die CDU-Regierung bietet den Beschäftigten des Landes weder Anerkennung noch berufliche Perspektiven. Für eine SPD-Regierung dagegen lautet die Leitlinie der Personalpolitik:

Der wichtigste Faktor zur Zukunftsgestaltung durch Landespolitik sind qualifizierte und motivierte Landesbeschäftigte, denen auch eine berufliche Perspektive offeriert wird. Wir wollen die Verwirklichung guter Arbeit auch im Landesdienst, damit optimale Ergebnisse für die Bevölkerung erzielt werden und das Land als Arbeitgeber Vorbild ist.

- Wir werden sämtliche Projekte der sogenannten Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) auf den Prüfstand stellen.
- Wir werden faire und transparente Beurteilungsverfahren und Konzeptionen für Personalentwicklung und beruflichen Aufstieg schaffen.
- Diskriminierende Verfahren, wie die PVS (Personalvermittlungsstelle), werden beendet.

Unser Ziel ist es, die Landesverwaltung in stärkerem Maße zu nutzen, um einen spürbaren Beitrag auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu leisten. Wir streben dabei eine verstetigte Ausbildungsquote an.

Für die erbrachte Arbeitsleistung haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Anspruch auf angemessene Bezahlung. Wir stehen zum fairen Ausgleich der Interessen. Mit uns wird es weder tarifpolitische Alleingänge, tariflose Zustände noch Missachtung des Tarifvertragsprinzips geben. Wir werden der „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ u. a. mit dem Ziel, die Arbeitszeit der Bediensteten des Landes Hessen auf 40 Stunden/Woche festzuschreiben, wieder beitreten.

Wir werden eine Leistungsbewertung von Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst anstreben, welche die Chancengleichheit von Männern und Frauen fördert und nicht hindert.

Die Leistung von Beamten und Tarifbeschäftigten ist gleichwertig, weshalb wir eine Angleichung des Beamtenrechts an die Regelungen für Tarifbeschäftigte anstreben. Wir stehen zum Grundsatz: Beamtenrecht folgt Tarifrecht.

Wir werden ein hessisches Vergabegesetz für Aufträge der öffentlichen Hand erarbeiten, das regeln wird, dass künftig nur solche Betriebe öffentliche Aufträge erhalten, die mindestens nach den allgemein gültigen Tarifvereinbarungen am Ort der Leistungserbringung entlohnen, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und sich den Prinzipien von Gender-Mainstreaming verpflichtet fühlen. Bei Verstößen gegen das Vergabegesetz werden fühlbare Konsequenzen vorgesehen.

Kultur und Medien

Der gesellschaftliche Wandel ist heute eng mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie verbunden. Die Arbeitswelt wird ebenso deutlich von den modernen Medien beeinflusst wie der Alltag der Bürgerinnen und Bürger, Kultur und Kunst, Politik und Wirtschaft.

Eine SPD-geführte Landesregierung will die Rahmenbedingungen für eine medientechnologische Entwicklung schaffen, die vor allem den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Eine zukunftsorientierte Medienpolitik muss sich an der Chancengleichheit im

Umgang mit den Medien und der aktiven Teilhabe an den Medien orientieren. Mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wollen wir deshalb einen besonderen Schwerpunkt auf die Medienpolitik als zentrale Zukunftsaufgabe legen.

Wir wollen die in Hessen bestehenden vielfältigen Strukturen von Einrichtungen und Angeboten, die sich mit Medien beschäftigen, weiterentwickeln, mit dem Ziel der Vernetzung aller medienpädagogischen Aktivitäten in einem Forum „Medienkompetenz“. Wir wollen uns zukünftig vor allem stärker als bisher auf die Anwender und Nutzer von Medien konzentrieren. Wir werden deshalb Medienpädagogik und Medienerziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

Wir wollen den Ausbau der bestehenden offenen Kanäle des Fernsehens und der nicht kommerziellen Lokalradios zu Einrichtungen mit medienpädagogischen Angeboten.

Der Kommunikationswirtschaft kommt in Hessen eine wachsende Bedeutung zu. Den weiteren Ausbau Hessens als Medienstandort werden wir nach Kräften unterstützen. Wir wollen Hessen auf Dauer als den Standort für Film und Effekte in Europa etablieren.

Wir wollen mit einem Modellprojekt zur langfristigen Sicherung der Filmkultur in kommunalen und mittelständischen Programmkinos mit einmaligen, für Technik und Umbau spezifizierten Investitionsmaßnahmen auch deren Existenz im Übergang zum digitalen Kino sichern.

Die Zukunft der Branchen wollen wir außerdem durch eine reformierte Filmförderung stärken. Wir werden eine Initiative starten, die besonderen Wert auf kulturelle Filmförderung setzt. Dazu wollen wir bewährten Filmfestivals, insbesondere in mittleren Städten und auf dem Lande, Planungssicherheit verleihen. Die von uns entwickelte wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung muss im Rahmen der Medienpolitik eine Bestandsgarantie unter Einbeziehung neuer, konkreter Zielvorgaben erfahren.

Wir wollen eine Stärkung der Ausbildung auf unterschiedlichen Ebenen und eine Aufwertung der Hochschulen, die den Nachwuchs der hessischen Filmproduktion sichern. Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für die schulische und außerschulische sowie die universitäre und die berufliche Bildung im gesamten Medienbereich müssen weiterentwickelt werden – auch in bestehenden Einrichtungen.

Für öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in einer zunehmend aufgefächerten Informations- und Kommunikationsgesellschaft unverzichtbar und muss dauerhaft gesichert bleiben. Nur dadurch kann in unserem dualen Rundfunksystem, bestehend aus dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, auch bei zunehmender Konvergenz und Digitalisierung die freie Meinungsbildung und Informationsvielfalt sowie die Programmqualität gewährleistet werden.

Daher wollen wir:

- eine Einschränkung des derzeit bestehenden umfassenden Funktionsauftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verhindern;
- die regionalen Dritten Programme der ARD-Anstalten als Teil der Grundversorgung erhalten;
- durch Rundfunkgebühren die Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten; wir werden einer Neuordnung der Rundfunkgebührenpflicht nur zustimmen, solange sie aufkommensneutral und sozialverträglich bleibt;
- die eingeleitete Digitalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks voranbringen;
- das programmbegleitende Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender im Online-Bereich sichern und ausbauen;

- durch staatsvertragliche Regelungen bei der Rundfunkverbreitung im Kabel sicherstellen, dass sowohl im analogen als auch im digitalen Bereich die Vielfalt und Pluralität sowie der diskriminierungsfreie Zugang zu allen Programmen gewährleistet bleiben;
- dafür sorgen, dass bei der digitalen Rundfunkverbreitung im Kabel mindestens 50 % der Kapazitäten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reserviert bleiben;
- die Unabhängigkeit des Hessischen Rundfunks und der Landesanstalt für privaten Rundfunk stärken;
- die digitale Hörfunkübertragung (Digital Audio Broadcasting – DAB) so lange aussetzen, bis sich eine ernsthafte Akzeptanz auf dem Markt zeigt.

Kultur für alle

Wir wollen Kultur für alle – ein Ansatz, der Kultur als Integrationsfaktor und als notwendigen Bestandteil des Wertekanons eines sozialen Rechtsstaats begreift. Das Bürgerrecht auf Kultur bedeutet, die notwendige Bindungskraft in unserer Gesellschaft als Prozess zu organisieren. Unsere Kulturpolitik in Regierungsverantwortung wird nachstehenden Grundprinzipien folgen:

- Kultur ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe. Dabei bewegt sich Hessen zurzeit in fast allen Bereichen im unteren Drittel der durchschnittlichen Landeszuwendungen vergleichbarer Bundesländer. Dies wollen wir ändern.
- Wir werden die kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung stärken. Zurzeit wird in den Schulen sowohl die musische Erziehung als auch die ästhetische Erziehung vernachlässigt. Sie muss nach dem Vorbild der nordeuropäischen Länder endlich in die schulischen und vorschulischen Curricula Einzug halten.
- Kultur ist ein eigenständiger Weg zur Überwindung von Elend und Armut. Dieser Weg ist allerdings nicht gangbar ohne die Aktivierung der eigenen kulturellen Ressourcen über kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung. Dazu gehört aber auch die Möglichkeit der Teilhabe und des Zugangs zu kulturellen Einrichtungen.
- Kultur verkörpert ein wesentliches Element zur Herstellung gesellschaftlicher Bindungskraft. Wir brauchen den interkulturellen Dialog.
- Wir müssen einer neuen Jugendkultur die Türen öffnen.

In Hessen begegnen sich urbanes und ländliches Leben, regionale und internationale Traditionen wie in kaum einem anderen Land der Bundesrepublik. Aus dieser kulturellen Vielfalt erwächst indes auch eine besondere politische Verantwortung, der wir uns stellen. Wir nehmen dies zum Anlass, eine eigene hessische Kulturpolitik in gemeinsamer Verantwortung des Landes mit seinen Kommunen zu formulieren und zu entwickeln. Dies gilt für die Entwicklung der Theater und Museen genauso wie für die Kulturdenkmäler und Bauten, welche die Identität des Landes prägen.

Die Kultur der Freiheit lebt sowohl von einem Klima der Offenheit und Innovationsfreundlichkeit als auch finanziell auskömmlichen Rahmenbedingungen. Wer – so wie wir – auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse setzt, muss Künstlerinnen und Künstler verstärkt zur aktiven Mitwirkung einladen. Demokratie lebt von Widersprüchen, Kritik und Kreativität, die aus künstlerischem Engagement erwachsen. Dieses vielfältige Spektrum auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und zu fördern sowie progressive Entwicklungen in allen Sparten zu ermöglichen, ist Aufgabe einer eigenen Landeskulturpolitik.

Wir setzen auf die Vielfalt der Kulturen, die voneinander lernen, sich gegenseitig bereichern und mit Respekt begegnen. Zahlreiche Menschen aus fremden Ländern haben in Hessen eine neue Heimat gefunden. Ihre kulturellen Beiträge für das Zusammenleben sind uns besonders willkommen. Immer wieder aufkeimende Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Minderheiten werden wir niemals dulden. Wir werden dem Rechtsextremismus stets

entschieden entgegnetreten. Dazu werden wir nicht nur auf strafrechtliche Maßnahmen setzen, sondern zivilgesellschaftliche Strukturen und die politische Bildung stärken.

Die zahlreichen soziokulturellen Zentren sind aus der Landschaft Hessens nicht mehr wegzudenken. Wir wollen die soziokulturelle Arbeit und ihre Zentren auf eine neue, verlässliche finanzielle Basis stellen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen alle soziokulturellen Zentren eine Basisfinanzierung erhalten, die eine Absicherung der organisatorischen und künstlerischen Arbeit ermöglicht. Wir werden einen Fonds „Soziokultur“ einrichten, der besondere Projekte fördern wird.

Die junge Generation braucht Freiräume für Kreativität und Orte des kulturellen Lernens. Musische Angebote an den Schulen wie Musik, Kunst und darstellendes Spiel besitzen dabei einen besonderen Stellenwert. Ebenso unverzichtbar ist die engagierte Jugendarbeit von kulturschaffenden Vereinen und Einrichtungen. Für deren Ausbau setzen wir uns ebenso ein wie für ein möglichst flächendeckendes freies Theaterangebot für Kinder und Jugendliche.

Wir wollen modellhaft kulturelle Kinder- und Jugendarbeit regionaler Netzwerke unter Beteiligung von Schulen, Vereinen und Kulturinstitutionen fördern. Gerade an sozialen Brennpunkten können vor Ort integrative Kulturprojekte der Arbeit mit jungen Aussiedlern und Ausländern neue Impulse verleihen. Wir versprechen uns davon einen nachhaltigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung, zum Abbau von Vorurteilen und zur gewaltfreien Lösung von Konflikten.

Kulturpolitik handelt stets auch vom Erinnern. Nur wer sich der Vergangenheit in ihren Höhen und Tiefen stellt, wird den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht. Deshalb wollen wir junge Menschen sensibilisieren und stark machen gegen rechte Gewalt und Fremdenhass, damit sich die Gräueltaten der Nationalsozialisten niemals wiederholen. Eine zentrale Rolle übernehmen dabei die Schulen.

In die Entwicklung einer zukunftsweisenden Erinnerungskultur wollen wir verstärkt die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Mahn- und Gedenkstätten in Hessen einbinden. Die authentischen Stätten des Naziterrors, deren Forschungs- und Jugendarbeit werden wir finanziell und ideell nach Kräften unterstützen.

Besonders verbunden fühlen wir uns den zahlreichen kulturellen Aktivitäten im ländlichen Raum. Wir wollen verstärkte regionale Kooperationen zwischen Tourismus, Wirtschaft und Kultur anregen. Mit dem Kultursommer in Nord-, Mittel- und Südhessen sind hervorragende Netzwerke entstanden; wir wollen sie auch in Zukunft unterstützen und damit kulturelle Potenziale in den Regionen fördern.

Zu den herausragenden kulturellen Identitätsfaktoren unseres Hessenlandes gehört die vielfältige und anspruchsvolle Theaterlandschaft. Sie zu entwickeln, ist eines unserer wichtigen Anliegen. Wir werden als gemeinsame Aufgabe des Landes und der Kommunen die Theaterfinanzierung auf eine gesicherte Grundlage stellen.

Wir werden einen Landestheaterbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichtspunkten für besondere Projekte Zuwendungen vergeben kann. Wir werden ein Konzept für die Entwicklung der Kinder- und Jugendtheater in Hessen vorlegen und die Arbeit auf diesem wichtigen Gebiet deutlich verbessern.

Besonders innovative Kunst hat in Hessen einen festen Platz. Wir unterstützen künstlerische Zukunftsprojekte, die durchaus zum Widerspruch und zur kritischen Auseinandersetzung anregen sollen. Im Mittelpunkt steht alle fünf Jahre die documenta, die als eines der renommiertesten Foren der Gegenwartskunst international Zeichen setzt.

Für uns repräsentiert die Förderung der Musik in Hessen ein wichtiges Anliegen, wobei wir vor allem die professionelle und qualifizierte Ausbildung wie auch die beruflichen Chancen

von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis von der Klassik über die Neue Musik bis zum Jazz, zu Rock und Pop sowie zu populären Sparten sichern wollen.

Für die musikalische Übung von Laien gilt für uns, dass wir möglichst allen Menschen im Lande die Möglichkeit einer Ausbildung anbieten wollen, sodass die musikalische Bildung nicht nur wie ehemals ein Privileg der begüterten Schichten ist. Wir setzen uns nachhaltig für die Förderung der Musikschulen in Hessen ein. Dies gilt sowohl für die Schulen, die im Hessischen Musikschulverband organisiert sind, als auch für andere Initiativen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Förderung in Hessen weit hinter dem Bundesdurchschnitt liegt. Es ist unser Ziel, dieses Missverhältnis zu beseitigen. Die finanzielle Förderung der Landesmusikakademie ist für uns Beitrag zur Qualitätssicherung der Musik in Hessen und zur Identität des Landes.

Die Attraktivität hessischer Museen wollen wir weit über die Grenzen unseres Landes hinaus mit der Bereitstellung notwendiger Investitionsmittel erhalten. Ebenso setzen wir uns für eine Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen sowie eine aktive Museumspädagogik ein.

Denkmalpflege steht für uns unter dem Oberbegriff der Identität auch des Landes Hessen. Die Erhaltung herausragender Bau- und Kulturdenkmäler, somit von Kirchen, Schlössern, Burgen und Gärten, verstehen wir als Aufgabe Hessens. Deshalb werden wir Liegenschaften, die untrennbar zur Identität des Landes gehören, in einer gemeinsamen Verwaltung zusammenführen. Diese soll die Objekte so behutsam wie möglich und ökonomisch sinnvoll einer Nutzung zuführen, ohne dass die Substanz gefährdet wird.

Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen Lebens. Wir unterstützen Autoren und Nachwuchsautoren, Veröffentlichungen und deren Bemühen, Publikum und Resonanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu finden. Der Hessische Literaturrat repräsentiert in hervorragender Weise die literarische Vielfalt des Landes und wird von uns unterstützt.

Wir wollen ein hessisches Bibliotheksgesetz vorlegen, das die Kriterien der Qualitätsstandards und Aufgaben der Bibliotheken als auch deren Förderung vor dem Hintergrund einer „neuen Lust am Lesen“ entwickelt. Auch müssen die Vergabekriterien öffentlicher Bibliotheken in kommunaler oder privater Trägerschaft transparenter werden. Wir werden Qualitätskriterien für Schulbibliotheken entwickeln und die Vernetzung der Leseförderung an Schulen mit denen der Bibliotheken verbessern.

Zukunftsorientierte Sportpolitik

Die vielfältigen Angebote des Sports sind ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität in Hessens Städten, Gemeinden und Kreisen. Sport ist ein wichtiges Element für den inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. In den Vereinen, bei sportlicher Betätigung finden gesellschaftliche Interaktion und sozialer Ausgleich statt, wird Zusammenleben und Demokratie unter Einbindung aller Generationen gestaltet.

Die sozialpolitische Querschnittsaufgabe der Integration erhält aus der Arbeit der Sportvereine, die Alt und Jung, Menschen mit Behinderungen und ohne, Deutsche und Nichtdeutsche aus allen sozialen Schichten unter einem Dach vereinen, wesentliche Impulse.

Sportförderung ist ein bedeutender Standortfaktor. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich als Partner des Sports daher verpflichten, die Sportförderung auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Dies gilt insbesondere für die Sportstätteninfrastruktur und die Unterstützung von Sportangeboten für Kinder, Jugendliche und sozial Benachteiligte.

Sport ist wesentliches Element einer ganzheitlichen Bildung und lebenslangen Entwicklung des Menschen mit Kreativität und Teamfähigkeit als Schlüsselqualifikationen der Zukunftsgesellschaft. Kinder eignen sich über Bewegung und sportliche Fertigkeiten die Welt an, Jugendkultur und Sport übernehmen wichtige Funktionen bei der Herausbildung des Individuums.

Kinder benötigen von klein auf grundlegende Angebote zum Erwerb motorischer und damit zugleich sozialer Kompetenzen. Beim Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersstufen ist sicherzustellen, dass auch der Bedarf an gut ausgebildetem Personal für Bewegungsschulung abgedeckt wird.

Ganztagsschule stellen an Kinder und Jugendliche Herausforderungen, die ebenfalls nur mit einem integrierten Bewegungs- und Sportprogramm zu bewältigen sind. Dazu gehört auch, im gesamten Bildungswesen die vielfältigen positiven Auswirkungen des Schulsports zu steigern. Darüber hinaus müssen bei der Weiterentwicklung von Schule die Auswirkungen auf den Vereinssport, insbesondere auch hinsichtlich der Nutzung der Schulsportstätten, berücksichtigt sowie Synergien durch die Einbindung von Übungsleitern in schulische Angebote genutzt werden. Die inzwischen zahlreichen Modellprojekte müssen zu einem Standard werden, Erzieherinnen und Erzieher müssen eine entsprechende Ausbildung erhalten.

Neben dem Breitensport verdienen auch sportliche Hochbegabungen staatliche Förderung. Dopingprävention einerseits sowie die Schaffung eines leistungsfreundlichen Klimas andererseits sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir werden die Initiative ergreifen, um große nationale und internationale Wettkämpfe nach Hessen zu holen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Identifikation mit unserem Bundesland und dienen der Profilbildung sowie dem Marketing unserer Städte und Regionen.

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Wir bekennen uns zum christlich-jüdischen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. In einer religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft muss sich die Achtung vor dem Andersdenkenden bewähren. Grundlage für die an Religionsfreiheit orientierte Gestaltung unserer Gesellschaft bildet die Verfassung des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates. Für uns ist das besondere Engagement der Kirchen, der Religions- sowie der Weltanschauungsgemeinschaften unersetzlich. Dies gilt insbesondere im Blick auf ihre soziale Verantwortung für das Gemeinwohl und ihre Bedeutung bei der Vermittlung demokratischer Werte. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

Bürgerschaftliches Engagement

Demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Freiheit durch Selbstentfaltung und Selbstbestimmung, das Angebot der Integration müssen in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert sein. Die Politik muss nahe bei den Menschen sein, um ihre Probleme schärfer erfassen zu können und um ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse, ihre eigenen Lösungsvorschläge als auch ihre eigene Lösungskompetenz einbeziehen zu können.

Hessen muss wieder Land der demokratischen Teilhabe und der sozialen Gerechtigkeit werden. Die immer weiter sinkenden Wahlbeteiligungen sind ein ernst zu nehmendes Zeichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes aus Enttäuschung und Verärgerung von der Politik abwenden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement als Ausdruck demokratischer Teilhabe nicht nur erhalten, sondern entscheidend fortentwickeln. Hierbei unterscheiden wir uns aber grundlegend von liberalen und konservativen Ansätzen einer „Bürgergesellschaft“, in der das „bürgerschaftliche Engagement“ den Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung und seine weitgehende Beschränkung auf seine Ordnungsfunktionen.

Die unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen ist für uns seit Langem ein wesentliches Ziel. Wir haben gelernt, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung ihrer eigenen Lebenswelt als selbstverständliches Gebot der Demokratie und ihre Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten als kritische Begleitung, Hilfe und Unterstützung zu verstehen. Deshalb werden wir größere Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, so z. B. durch eine Herabsetzung der Quoren und der damit verbundenen Erleichterung bei Bürgerentscheiden.

XIII. Die Zeit ist reif für ein weltoffenes Hessen

Weltoffenes Hessen in einem wachsenden Europa

Hessen war lange Jahre ein Land des dynamischen Wandels, ein weltoffener und liberaler Ort in der Mitte Europas, an dem Menschen aus vielen Ländern zusammenkamen, um hier zu arbeiten, zu wohnen und zu leben. Wir haben internationale Anregungen produktiv zur Entwicklung von Innovationen für die nächsten Generationen genutzt. Wirtschaftliche Stärke haben wir mit solidarischer Entwicklung und guten Lebenschancen für alle Bevölkerungsteile und einer starken Verankerung in den Regionen verbunden. Tempo und Mobilität gingen hier mit Kooperation und sozialem Ausgleich einher. Diesen hessischen Weg hat die CDU in ihrer Regierungszeit zum Schaden des Landes verlassen. Neue Herausforderungen, kulturelle wie wirtschaftliche, werden nicht mehr als Chance zur Stärkung des Landes angesehen. Das wird ganz besonders dort deutlich, wo die CDU-Landesregierung durch fehlende Förderung und Integration die Zukunftshoffnungen und die Leistungsbereitschaft der Kinder aus zugewanderten Familien ignoriert.

Die SPD-geführte Landesregierung wird Hessen in seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung zurück an die Spitze der EU führen. Als Land in der Mitte Europas werden wir unserer weltoffenen Tradition in Zukunft wieder gerecht werden. Wir wollen Menschen aus anderen Ländern bei uns integrieren und die Verbindungen mit unseren europäischen Nachbarn stärken. In Wirtschaft, Bildung und Kultur wollen wir uns wieder an den besten Leistungsstandards in Europa messen.

Hessen als Partner in Europa

Hessen muss sich wieder als treibender Partner in einem Europa der Regionen verstehen. In enger Abstimmung mit unseren Partnerregionen in der EU, Aquitaine in Frankreich, Emilia-Romagna in Italien und Wielkopolska in Polen werden wir innovative hessische Projekte und Politikansätze in die europäische Debatte einbringen. Beispielsweise werden wir unsere Erfahrung mit umweltverträglicher Produktion und Energiegewinnung, mit Einspartechiken und biologischen Nahrungsmitteln nutzen und als Teil europaweiter Modernisierungspolitik begreifen.

Dies wird die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten durch ressourcenschonendes Wirtschaften ermöglichen. Wachstums- und Exportchancen gerade des innovativen Mittelstandes, aber auch der Industrie und von unternehmensnahen Dienstleistungen werden dadurch steigen.

Das heißt auch, Menschen, Organisationen und besonders die kleinen und mittleren Unternehmen stärker europäisch zu vernetzen. Hierfür werden wir Unternehmen und Beschäftigte aus den Partnerregionen zusammenbringen. Wir werden europäische Initiativen mit den Partnerregionen abstimmen und hierzu einen regelmäßigen Austausch durchführen. Wir werden die hessischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ihren

internationalen Arbeitskontakten unterstützen und ihnen zu einer besseren Vernetzung auf europäischer Ebene verhelfen. Die Vertretung Hessens in der EU wollen wir stärken. Wir werden frühzeitig Impulse setzen, unsere Interessen durchsetzungsstark vertreten und Europa aktiv gestalten, statt nur passiv auf europäische Vorschläge zu reagieren. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf Bereiche legen, welche die Interessen Hessens betreffen. So sind europäische Richtlinien und Verordnungen, die z. B. Fragen des Finanzmarktes, der Bildung, der Umwelttechnik und der Automobilindustrie betreffen, für Hessen Standortfragen.

Hessen europafähig machen

Wir müssen Hessen europafähig machen. Die Chancen Europas müssen wir in Hessen produktiv umsetzen. Dies bedeutet, die Spielräume, welche die EU bietet, auch konsequent zu nutzen, statt durch ideologische Regelungen und unprofessionelle Umsetzung von EU-weiten Gesetzen Löhne und öffentliche Unternehmen zu gefährden. Wer Wettbewerb will, muss dafür sorgen, dass er fair ausgetragen wird und nicht zu Dumpingpraktiken und Abwärtsspiralen bei Löhnen, Umweltbedingungen und Sozialleistungen führt. Wir werden die Spielräume des EU-Rechts mit einem hessischen Tariftreuegesetz konsequent nutzen, um Dumpingpraktiken zu verhindern. Statt Busfahrer zu Hungerlöhnen zu zwingen, wie es die CDU-Landesregierung tut, werden wir Qualität zu fairen Preisen und anständigen Löhnen sicherstellen. Statt die hessischen Sparkassen in ihrem Bestand zu gefährden, werden wir das hessische Sparkassengesetz europafest gestalten.

Hessen vertritt seine Bürger in Europa

Die EU ist keine Regierungsveranstaltung, die von „oben nach unten“ funktioniert. Europa ist vielmehr unser gemeinsames Zukunftsprojekt: das weltweit einzige Beispiel für eine lebendige, grenzüberschreitende Demokratie, in der sich rund 500 Millionen Menschen zu einer von gemeinsamen Werten getragenen politischen Union vereinen. Eine Vielzahl von Menschen und Organisationen – seien es Einzelpersonen, Vereine oder Unternehmen – sind in Europa aktiv. Das Land muss sich als Partner verstehen, für all diese Hessen, die „Europäer“ sind.

Unter der CDU-Landesregierung ist Hessen zurückgefallen. Auch bei der Abrufung von Fördermitteln in der EU stehen wir hinter vergleichbaren Bundesländern zurück. Das werden wir ändern. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Hessen ihnen hilft, ihre europäische Chance besser zu nutzen. Die hessischen Ministerien, Beratungseinrichtungen und die Landesvertretung in Brüssel werden ihnen offen stehen und sie bei ihren Anliegen unterstützen.

Wir werden sicherstellen, dass in allen hessischen Regionen eine ausreichende Beratungsinfrastruktur zur Verfügung steht. So wird gewährleistet, dass die Rahmenbedingungen gerade auch in strukturschwächeren Räumen sowie für kleine und mittlere Unternehmen stimmen. Wir werden uns für eine Vereinfachung der technischen Abwicklung im Rahmen der Förderprogramme und eine Reservierung von weiteren EU-Fördermitteln für kleine und mittlere Unternehmen stark machen. Die EU-Förderung und -Beratung wollen wir mit hessischen Initiativen verknüpfen und zusammenführen, um auf diese Weise einen einfachen Zugang „aus einer Hand“ zu ermöglichen. So stärken wir das Europa der Menschen, das Europa von unten – und damit unser demokratisches Gemeinwesen.

Hessen als solidarischer Partner in der Welt

Die Globalisierung ist für Hessen Herausforderung und Chance zugleich. Hessische Unternehmen exportieren in erheblichem Umfang Waren und Güter in die Welt und profitieren so vom globalisierten Handel. Die engen wirtschaftlichen Beziehungen mit zahlreichen Regionen überall auf dem Globus bringen Pflichten mit sich: Hessen ist in der Verantwortung für die Ärmsten in der Welt. Die Bürgerinnen und Bürger Hessens stehen zu dieser Verantwortung. Das umfangreiche bürgerschaftliche Engagement der Hessen im Bereich „Globalisierung gerecht gestalten – Armut bekämpfen“ ist beispielhaft und Beleg

dafür, dass die Zivilgesellschaft verstanden hat, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Grundlagen für erfolgreiche Armutsbekämpfung, Friedenssicherung sowie ökologischer und ökonomischer Stabilität sind. Die hessische Landesregierung ist gefordert, künftig einen stärkeren Beitrag der staatlichen Ebene zu garantieren. Hessen muss in Zukunft aktiver als bisher auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der Vereinten Nationen hinwirken. Dies bedeutet ebenfalls, dass Hessen seinen Anteil daran zu tragen hat, dass Deutschland die Vorgabe des EU-Stufenplans, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) aufzuwenden, erfüllen kann.

Finanzteil Regierungsprogramm

Sozialer Staat

Bildung, Gesundheit, Wohnen, öffentlicher Nahverkehr, Kultur und öffentliche Sicherheit verkörpern essenzielle Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht in erster Linie den Marktgesetzen und Gewinninteressen unterworfen werden, sondern müssen in gesellschaftlicher Verantwortung effizient und bürgerfreundlich wahrgenommen werden.

Dazu gehört auch, bürokratische Verkrustungen aufzulösen. Dazu gehört aber auch eine angemessene Finanzierung des Staates zur Erledigung seiner Aufgaben. Wir setzen uns daher auch für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer ein, da sie ein Gebot der gerechten Finanzierung wichtiger Aufgabenerledigung ist.

Finanzpolitik: Investieren und Konsolidieren

Für die SPD sind Investitionen in die Zukunft und Schuldenabbau zwei Seiten einer Medaille. Nur beides zusammen macht unser Land stark und sichert die Zukunft. Wir dürfen zukünftigen Generationen keinen Schuldenstaat hinterlassen – aber wir wollen die Zukunft auch nicht kaputt sparen.

Die CDU in Hessen hat aber beides vernachlässigt. Mit ihrer „Operation düstere Zukunft“ hat sie in vielen Bereichen der Landespolitik einen Kahlschlag betrieben. Bei sozialen Initiativen hat die CDU rund 30 Millionen Euro gekürzt, Investitionen wurden reduziert, über 10.000 Stellen hat sie abgebaut, vor allem bei Waldarbeitern, Lehrerinnen und Lehrern und bei der Polizei. Gleichzeitig hat sie ein Drittel aller Nachkriegsschulden unseres Landes innerhalb ihrer neunjährigen Regierungszeit zu verantworten. Und dazu hat die CDU praktisch das gesamte Immobilienvermögen des Landes verkauft.

Steigende Einnahmen

Aufgrund der guten Konjunkturlage – ein Ergebnis des Lohnverzichts der Arbeitnehmer – können seit 2006 wieder deutlich höhere Einnahmen verbucht werden. Die Einnahmen sind so hoch wie nie zuvor in der Geschichte Hessens. Sie eröffnen einer neuen Landesregierung Spielräume für eine gestalterische Politik. Diese wollen wir nutzen.

Konsolidierung des Landeshaushaltes

Wir werden die Verschuldung abbauen, damit wir den folgenden Generationen nicht einen wachsenden Schuldenberg hinterlassen. Die jetzt zur Verfügung stehenden höheren Einnahmen müssen zu einem Teil dafür genutzt werden.

Investitionen in die Zukunft des Landes

- Gleichzeitig werden wir aber einen erheblichen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Landespolitik umzugestalten und die in unserem Wahlprogramm beschriebenen Ziele zu finanzieren.
- Dazu gehören mehr Ressourcen für Schule und Hochschulen.
- Dazu gehören der Umstieg von atomarer und fossiler Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien sowie die Förderung von Innovationen in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

- Dazu gehört die Garantie für ein soziales Hessen.

Nicht alle angestrebten Ziele werden wir sofort umsetzen können; dazu reichen auch die erhöhten Einnahmen nicht aus. Aber im Laufe der Legislaturperiode können wir vieles davon erreichen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Nettoneuverschuldung jährlich gegenüber der noch gültigen Finanzplanung der amtierenden CDU-Landesregierung absenken.
- den weiteren Ausverkauf des Landesvermögens beenden, ohne dass es in unserer Regierungszeit zu einer auch nur annähernd hohen Verschuldung kommt, wie sie Roland Koch zu verantworten hat.
- den kommunalen Finanzausgleich so umstrukturieren, dass Städte, Landkreise und Gemeinden auch mit ihren Haushalten wieder handlungsfähig werden.
- den Haushalt auf seine Einsparpotenziale hin überprüfen. Unsinnige Mittel für eine Pseudomodernisierung der Landesverwaltung und beim völlig überzogenen SAP-Einsatz werden wir streichen; alleine mittels dieser Durchforstung können erhebliche Mittel gespart werden. Durch eine sinnvolle Verwaltungsmodernisierung und Aufgabendurchforstung eröffnen sich zudem Chancen, neue Gestaltungsmöglichkeiten zu erreichen.
- einen Pensionsfonds errichten, der künftig die Ruhegeldzahlungen aller neu ernannten Beamtinnen und Beamten vollständig bestreiten wird. Der Vermögensstock des Fonds wird durch monatliche, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Zuführungen aufgebaut.
- die Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder deutlich aufstocken, um die Einnahmen des Landes langfristig zu erhöhen und die Steuergerechtigkeit nachhaltig zu stärken.
- die in diesem Wahlprogramm niedergelegten Ziele im Laufe der nächsten Legislaturperiode Schritt für Schritt realisieren.

Hessen leistet als starkes Land durch den Länderfinanzausgleich einen erheblichen Beitrag dazu, in Gesamtdeutschland die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, wie es das Grundgesetz fordert. Der derzeitige LFA darf keineswegs zulasten Hessens verändert werden; eine mögliche Veränderung sollte vielmehr dazu beitragen, die Anreize zu stärken, die steuerliche Basis in den Ländern zu verbessern.

Zudem wird es im Rahmen der Föderalismusreform II darauf ankommen, die Nettoneuverschuldung in Bund und Ländern durch handhabbare und durchsetzbare Regelungen zu begrenzen.